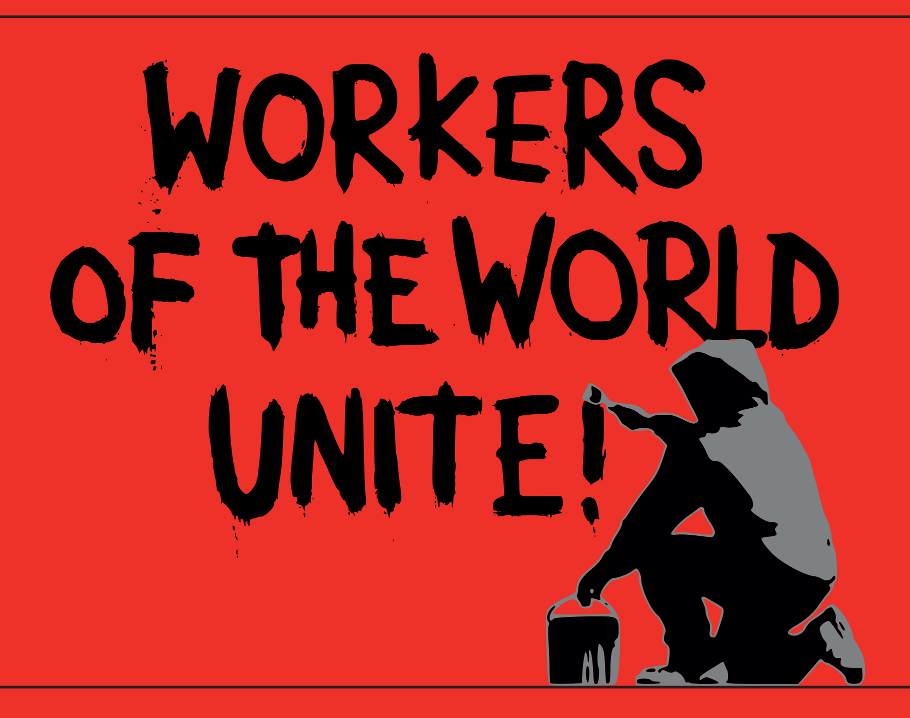
Kommunistisches Programm

Organ der Internationalen Kommunistischen Partei

Nr. 1 • Sommer 2017 **Preis: 1,50 Euro**

Was unsere Partei kennzeichnet:
Die politische Kontinuität von Marx zu Lenin bis zur Gründung der Kommunistischen Internationale und der Kommunistischen Partei Italiens (Livorno 1921); der Kampf der Kommunistischen Linken gegen die Degeneration der Kommunistischen Internationale, gegen die Theorie des „Sozialismus in einem Land" und die stalinistische Konterrevolution; die Ablehnung von Volksfronten und des bürgerlichen Widerstandes gegen den Faschismus; die schwierige Arbeit der Wiederherstellung der revolutionären Theorie und Organisation in Verbindung mit der Arbeiterklasse, gegen jede personenbezogene und parlamentarische Politik.



Inhalt:

Liebe Leserinnen und Leser,

mit dieser Ausgabe erscheint seit langer Zeit wieder das Organ der Internationalen Kommunistischen Partei in deutscher Sprache. In ihr drücken sich Kontinuität und Neuanfang der systematischen Arbeit der Partei im deutschsprachigen Raum gleichermaßen aus.

Die letzte Nummer von „Kommunistisches Programm“ war im September 1981 als „Theoretische Zeitschrift der IKP“ Nr. 28 erschienen. Für viele – nicht nur junge GenossInnen – scheinbar in einer anderen Zeit. Andere – sich immer noch jung fühlende GenossInnen – haben die Atmosphäre dieser Zeit noch deutlich vor Augen: Der hoffnungsvolle Aufbruch, der in der Jugendrevolte fühlbar wurde und die konkrete Perspektive, welche die internationalen Kämpfe der Arbeiterklasse aufzumachen schienen einerseits und andererseits die virulenten Untergangsszenarien eines drohenden Atomkrieges und die (Umwelt-)Zerstörungen der kapitalistischen (Krisen-)Entwicklung.

Mit dem Zusammenbruch des russisch dominierten osteuropäischen Kapitalismus und dem Siegeszug der „freien westlichen Welt“ schien Anfang der 90er Jahre eine neue Ära eingeleitet. Der „orthodoxe Kommunismus“ – in demagogischer Weise mit dem Stalinismus identifiziert – wurde als historisch überholt denunziert und die demokratische Verblödung breitete sich universell aus.

Das was noch an Militanten der scheinbar radikalen Linken vorhanden war, konzentrierte sich auf den „antifaschistischen Kampf“. Andere Teile der Linken bastelten an einem „demokratischen“ Sozialismus, der letztendlich nur eine weichgespühlte Kopie des Stalinismus sein konnte, welcher schon vorher das Wertgesetz in seine famosen „Sozialismuskonzeptionen“ eingeführt hatte.

Doch nichts ist wirkungsmächtiger als die realen materiellen Entwicklungsgesetze. Während die Propagandaglocken von Frieden und Demokratie laut läuteten, begann in den 90er Jahren eine neue Etappe des imperialistischen Wettkampfes um Macht und Einflußsphären auf Basis der ungleichmäßigen ökonomischen Entwicklung der kapitalistischen Staaten. Der Krieg wurde zum Dauerzustand, von Afghanistan über Irak, Syrien, Libyen erreichte er Afrika und ist nach dem Jugoslawien-Krieg mit der Ukraine wieder in Europa angekommen. Die innerimperialistischen Rivalitäten brechen immer deutlicher hervor. Der scheinbare Amoklauf des US-Präsidenten Trump ist dafür nur ein Ausdruck – nicht die Ursache.

Gleichzeitig befindet sich der Kampf der ArbeiterInnenklasse in einer Orientierungskrise. Erst punktuell bricht er aus der staatsgewerkschaftlichen Kontrolle hervor, während der ökonomische und politische Druck auf die Klasse immer stärker wird. In einem lange nicht gekannten Ausmaß organisiert die Bourgeosie nationalistische und rassistische Mobilisierungen. Gleichzeitig wird eine staatstragende antifaschistisch-demokratische Ideologie bemüht, mit der die „freie westliche Welt“ jetzt gegen rechts verteidigt werden soll. Nur Klassenkampf und Kommunismus dürfen keine Perspektive werden, darin sind sich alle rechten und linken Apologeten des Kapitalismus einig.

Demgegenüber verteidigen wir die historische Kontinuität und Notwendigkeit des kommunistischen Programms. Wir greifen den Jahrestag der Oktoberrevolution unter der Perspektive ihrer Bedeutung für die zukünftige proletarische Revolution auf, wir analysieren die Entwicklung des Weltkapitalismus und berichten über die schwierigen kleinen Schritte auf dem Weg zur Neuaufnahme des Klassenkampfes. In der anfangs erwähnten letzten Nummer unseres Organs wurde die wichtige Analyse über den „Abschluss der bürgerlich-revolutionären Phase in der 'Dritten Welt'“ veröffentlicht, die jegliche positive Bezugnahme auf nationale Bewegungen vor dem Hintergrund der Entwicklung des imperialistischen Weltsystems für obsolet erklärt hatte. Die erbärmliche Entwicklung der nicht einmal mehr pseudo-sozialistischen nationalen „Befreiungs“bewegungen haben diese Analyse vollauf bestätigt. Siehe hierzu auch den Artikel „Verfaulte Überreste der sog. nationalen Frage“ in der vorliegenden Nummer. Wir werden vorerst das deutschsprachige Organ der IKP in unregelmäßigen Abständen, auf jeden Fall ein- bis zweimal im Jahr herausbringen und freuen uns auf Eure Resonanz.

Die „Krise“ des deutschen Sozialstaates

Elterngeld, Mindestlohn, Leiharbeit, Hartz IV, Rente...

Von Seiten bürgerlicher Politiker und Ideologen wird permanent behauptet, der Sozialstaat würde sich in einer „Krise“ befinden – in Zeiten knapper Kassen, hoher Arbeitslosigkeit und aufgrund der „Überalterung“ der Gesellschaft seien die Sozialsysteme in ihrer bisherigen Form nicht mehr finanzierbar. Leistungen müssten gekürzt und Leistungsempfänger stärker unter Druck gesetzt werden, schlecht bezahlte Jobs anzunehmen, um die Arbeitslosigkeit und deren Kosten zu reduzieren, das Renteneintrittsalter müsse erhöht werden usw.... Flankiert wird dies durch Kampagnen bürgerlicher Politiker (und der sie unterstützenden staatstragenden Medien) gegen sogenannte „Sozialschmarotzer“. Das wohl lächerlichste und bekannteste Beispiel ist die Kampagne der Bild-Zeitung von 2003 über „Florida-Rolf“, der sich in Florida mit seiner Sozialhilfe ein schönes Leben gemacht haben soll, 2010 folgte der damalige Vize-Kanzler Guido Westerwelle mit einer weiteren berühmten Hetzkampagne gegen Hartz IV-Empfänger_innen: „Wer dem Volk anstrengungslosen Wohlstand verspricht, lädt zu spätrömischer Dekadenz ein.“ Aktuell gibt es in Deutschland wieder Forderungen bürgerlicher Institute wie der Bundesbank nach der Erhöhung des Renteneintrittsalters auf 69 Jahre, auch die weitere Verschärfung von Hartz IV ist in der Diskussion, während andere europäische Staaten „Reformen“ des Arbeitsmarktes nach deutschem Vorbild forcieren (z.B. Jobs Act in Italien oder die französische „Arbeitsmarktreform... ähnlich der deutschen Agenda 2010“, Zitat Spiegel).

Die Behauptung, der Sozialstaat sei nicht mehr finanzierbar ist ebenso wie die Hetze gegen „Sozialschmarotzer“ ein geschicktes Täuschungsmanöver, das sich sozialchauvinistischer Ressentiments bedient – in Wirklichkeit geht es im Wesentlichen um die Senkung der Löhne, um die Erhöhung der Lebensarbeitszeit und darum, Proletarier durch Sanktionen zu jeglicher Art von Lohnarbeit zu zwingen. Eine radikale Kritik an der Politik des Sozialabbaus, am Ausbau von Sanktions- und Kontrollmaßnahmen und an der entsprechenden ideologischen Begleitmusik (die vielfältigen politischen Hintergründe) ist dringend notwendig, jedoch nicht möglich, ohne sich zuvor mit der grundsätzlichen Funktion des Sozialstaates auseinandergesetzt zu haben – mit der Frage, „was der Sozialstaat und dessen Sinn und Zweck ist“. Erst vor diesem Hintergrund kann der aktuelle Umbau des Sozialstaates begriffen und es kann adäquat darauf geantwortet oder zumindest eine klassenkämpferische Perspektive entwickelt werden.

Die herrschende Klasse und die Erfindung des Sozialstaates

Der größte Irrtum, der heutzutage in manchen Köpfen herumgeistert, ist der, dass der Sozialstaat eine Erfindung oder eine Errungenschaft der Arbeiter_innenbewegung sei, den diese verteidigen müsse. Das ist nicht nur historisch falsch, sondern offenbart ein völlig falsches Verständnis von staatlicher Sozialpolitik. Als Erfinder des modernen Sozialstaats gilt der deutsche Reichskanzler Otto von Bismarck, der mit der Einführung der Renten-, Kranken- und Unfallversicherung Ende des 19. Jahrhunderts den Grundstein für diesen gelegt hat. Sein Ziel war es, die großen sozialen Unruhen in den Griff zu kriegen,



dem Sozialismus den Boden zu entziehen und den bestehenden freiwilligen Sozialversicherungen von Gewerkschaften und kirchlichen Arbeiterverbänden die wirtschaftliche Grundlage zu entziehen – die Arbeiter sollten an den Staat gebunden werden.

Mit der Entwicklung des Sozialstaates hat sich der Staat ein Steuerungsinstrument und Kontrollorgan geschaffen, um erstens die Eigentumslosen überhaupt zu Lohnarbeitern zurichten zu können, ein Vorgang der auch heute noch permanent stattfindet, und zweitens um zu gewährleisten, dass Lohnarbeit in einem geordneten Rahmen stattfinden kann. Der Staat diktiert, im Interesse des Kapitals, die Bedingungen, unter denen Lohnarbeit stattzufinden hat und regelt, unter welchen Bedingungen Menschen von Lohnarbeit freigestellt sind (z.B. Reproduktionsarbeit im Haushalt, Fortbildungsmaßnahmen, Krankheit, Alter etc.). Und genau in diesem Sinne ist der Sozialstaat seitdem weiter ausgebaut und perfektioniert worden.

Wenn in der Diskussion häufig die „Demontage des Sozialstaates" angeprangert wird, so ist dies irreführend: es wird nicht der Sozialstaat als solches abgebaut, sondern es werden nur die Leistungen zurückgefahren und zeitgleich wird der Druck auf die Arbeiter_innenklasse erhöht. Zudem werden von der bürgerlichen Linken Illusionen in den Sozialstaat geschürt und an den Staat appelliert, anstatt die einzige Perspektive aufzugreifen, die zu einer Verbesserung unserer Lebens- und Arbeitsbedingungen führen kann: die Wiederaufnahme des Klassenkampfes.

Die allgemeine kapitalistische Krise und die „Krise des Sozialstaates"

Nach dem 2. Weltkrieg erlebte der Kapitalismus einen historisch einmaligen ökonomischen Aufschwung. Die kapitalistischen Krisen schienen überwunden, die Massenarbeitslosigkeit ein Relikt aus der Vergangenheit zu sein. Diese Zeit war, insbesondere in den führenden Industrienationen, geprägt von starken Reallohnsteigerungen, Arbeitszeitverkürzungen und einem Ausbau der sozialen Sicherungssysteme und die bürgerlichen Ideologen versuchten, uns den Kapitalismus als die beste mögliche aller Welten zu verkaufen. Dennoch wurde uns nichts geschenkt, die sozialen Errungenschaften wurden hart erkämpft:

Die goldenen Jahre des sogenannten „Wirtschaftswunders" waren von einer selbstbewussten und starken Arbeiter_innenklasse und von großen Klassenkämpfen bis hin zu Fabrikbesetzungen geprägt. Nur so war es möglich, gegenüber dem Kapital eine Verbesserung unserer Lebens- und Arbeitsbedingungen durchzusetzen und somit zumindest ein paar Krümel vom Festbankett des Kapitals abzubekommen. Als Reaktion auf die sozialen Auseinandersetzungen versuchte der Staat gemeinsam mit den Regime-Gewerkschaften, die Klasse durch einen Ausbau staatlicher Sozialleistungen und durch eine Politik der Sozialpartnerschaft zu befrieden und somit das Proletariat vor den Karren der Demokratie zu spannen und in den Kapitalismus zu integrieren, was leider auch viel zu gut gelungen ist.

Der wirtschaftliche Aufschwung war überhaupt erst möglich geworden durch die Vorbereitung und die Folgen des zweiten Weltkrieges: der Ausbau und die Modernisierung der Produktionsmittel durch die immensen Kriegsausgaben, die gewaltigen Zerstörungen (von Produktivkräften, Waren und menschlicher Arbeitskraft) in weiten Teilen Europas, in Asien und Nordafrika und der anschließende Wiederaufbau waren die Voraussetzung dafür, dass der Kapitalismus eine solche Dynamik entfalten konnte.

Mitte der 70er ist der Kapitalismus allerdings erneut in die Krise gekommen; der Akkumulationszyklus der Nachkriegszeit ist seitdem beendet. Der Kapitalismus hat in den letzten Jahrzehnten eine schwere Krise nach der anderen erlebt (eine unvollständige Aufzählung: die Weltwirtschaftskrisen der 1970er und 1990er, die Asien-Krise 1997, die Argentinien-Krise 1998, die Krise der „New Economy" 2000, die US-Immobilienkrise 2007, die Eurokrise seit 2010) und von Seiten des Kapitals und seines Staates werden immer dramatischere Rettungsversuche unternommen: zunächst eine exzessive Schuldenpolitik der öffentlichen Hand, die Liberalisierung der Finanzmärkte ebenso wie der aller anderen Märkte und Privatisierungen, schließlich die Null- und Negativzinspolitik der Zentralbanken und das Anwerfen der Notenpressen durch EZB und Fed, dazu permanente soziale Angriffe auf sämtliche Lebensbereiche und eine expansive und aggressive Außenpolitik der führenden Nationen verbunden mit immensen Militärausgaben und zahlreichen Kriegen; die Unternehmen reagieren auf die Krise mit

einer Flexibilisierung der Produktion (z.B. durch Outsourcing, Verlagerung der Produktion in Niedriglohnländer, Just-in-time und einer fortschreitenden Automatisierung) sowie mit weiteren Angriffen auf unsere Arbeitsbedingungen. All das mit dem Ziel, die Profite zu steigern, das Wirtschaftswachstum irgendwie anzukurbeln und die Krise in den Griff zu bekommen; in Wirklichkeit wurde die Krise damit immer nur kurzfristig gelöst, um danach wieder von neuem auszubrechen.

Nur vor dem Hintergrund der allgemeinen Krise des Kapitals kann dann auch die aktuelle Diskussion über den Umbau des Sozialstaates verstanden werden. „Ein Beitrag zur Haushaltskonsolidierung war die Reform [Hartz IV] entgegen früheren Verheißungen nie" (FAZ), erkennt selbst die bürgerliche Presse. Der Umbau des Sozialstaates wird nicht durchgeführt, um die öffentlichen Kassen zu entlasten, sondern um die Verwertungsbedingungen des Kapitals zu verbessern, ist also eine unmittelbare Reaktion auf die Krise des Kapitalismus und nicht auf „die Krise des Sozialstaates"! Es geht um die Erhöhung des absoluten und relativen Mehrwertes (um eine höhere Ausbeutungsrate der Lohnarbeit) sprich: Arbeitszeiterhöhungen, eine Intensivierung der Arbeit, Lohnkürzungen und den Zwang für alle Erwerbsfähigen, dem Arbeitsmarkt „bestmöglich" zur Verfügung zu stehen. Der Sozialstaat ist hierbei, wie bereits erläutert, DAS staatliche Steuerungsinstrument und Kontrollorgan, um diese Angriffe gegen das Proletariat durchzusetzen (in Kombination mit dem Erpressungspotential der Massenarbeitslosigkeit und der zunehmenden Konkurrenz um attraktive Jobs).

Wie der Sozialstaat dementsprechend umgebaut wird

Die Verkürzung von Schule, Ausbildung und Studium sowie die Erhöhung des Renteneintrittsalters, die schnellere „Vermittlung" von Erwerbslosen in den Arbeitsmarkt, die Schaffung eines Niedriglohnsektors und die Subvention prekärer Beschäftigungsverhältnisse, der Ausbau von Leiharbeit, die Produktion niedrig- und hochqualifizierter Arbeitskräfte entsprechend den Bedürfnissen des Kapitals, Arbeitsmigration, die Steuerung der Reproduktionsarbeit und Arbeitsteilung in der Familie durch Kindergeld, Elterngeld, Ehegattensplitting und Hartz IV sowie ein stärkerer wirtschaftlicher Druck für Fürsorgeleistende (z.B. Mütter), dem Arbeitsmarkt zur Verfügung zu stehen, eine generelle Senkung des Lohnniveaus und Erhöhung der Arbeitsbelastung auch bei mehr oder weniger privilegierten Proletariern sowohl durch gesetzliche Maßnahmen (z.B. Senkung der Lohnnebenkosten) als auch durch den zunehmenden Druck prekärer Beschäftigungsverhältnisse und durch Hartz IV usw.: all das waren erklärte Ziele der Agenda 2010, die von der sozialdemokratischen Regierung Schröder weitestgehend umgesetzt wurde und von der Regierung Merkel fortgesetzt wird. Während der Sozialstaat in der Vergangenheit stärker die Rolle eines Instruments zur Befriedung von Klassenkämpfen gespielt hat, wird er in Zeiten der Krise immer repressiver umgebaut und zur direkten Kontrolle und Zurichtung des Proletariats angewendet – eine Entwicklung, die wir bereits während des New Deals in den USA und während des Faschismus in Deutschland und Italien beobachten konnten.



Das Herzstück der Agenda 2010 ist das „Vierte Gesetz für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt" – auch Hartz IV genannt – und gilt „als größte Arbeitsmarkt- und Sozialreform der deutschen Nachkriegsgeschichte", an der bis heute weiter gearbeitet wird. Sein Kern besteht in der Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe – die Leistung ist steuerfinanziert und wird nur an „Bedürftige" gezahlt. Sozialversicherungpflichtig Beschäftigte bekommen im Falle der Erwerbslosigkeit normalerweise bis zu 12 Monate Arbeitslosengeld I und danach Hartz IV;

prekär Beschäftigte fallen unmittelbar bei Erwerbslosigkeit unter Hartz IV – genauso wie „Aufstocker_innen“, deren Einkommen unterhalb des Hartz IV-Satzes liegt und die diese Leistung ergänzend zum Niedriglohn bekommen.

Die Höhe des Regelsatzes beträgt 404 Euro pro Monat (2016) zuzüglich die „angemessenen“ Kosten der Unterkunft inkl. Heizung z.B. bis zu 444 Euro in Berlin mit Gasheizung. Bis zu 100 Euro können anrechnungsfrei hinzuverdient werden; von 100 bis 1000 Euro Zuverdienst dürfen nur 20 Prozent behalten werden (insgesamt bis zu 280 Euro); von 1000 bis 1200 Euro nur 10 Prozent (insgesamt bis zu 300 Euro). Mit Hartz IV wurde der Sozialstaat in Deutschland zu einem regiden Kontroll- und Repressionsorgan ausgebaut, denn es handelt sich hierbei um Sozialleistungen, die nur unter bestimmten Bedingungen bezogen werden können:



Zum einen muss vorher das so genannte „Schonvermögen“ aufgebraucht werden (30jährige dürfen beispielsweise maximal 4.500 Euro besitzen) und hierzu müssen alle Vermögenswerte offengelegt werden (z.B. Bankauszüge). Wer also in guten Zeiten vorgesorgt und gespart hat, wird bestraft. Des weiteren wird geprüft, ob Familienangehörige im selben Haushalt (Kinder, Eltern oder Lebenspartner) den Antragssteller alimentieren können (sogenannte Bedarfsgemeinschaft). Wohnen in der selben Bedarfsgemeinschaft mehrere Menschen, werden die Leistungen gekürzt; es wird von einem geringeren Bedarf gegenüber von Singlehaushalten ausgegangen, auch das Kindergeld und sämtliche Unterhaltszahlungen werden angerechnet. Um einen „Missbrauch“ zu verhindern, werden von den Ämtern unangekündigte Wohnungsbesuche bei unverheirateten Paaren durchgeführt, auch der Zahlungsverkehr auf den Bankkonten wird bei Leistungsempfänger_innen regelmäßig auf „Unstimmigkeiten“ geprüft...

And last but not least wird vom Leistungsempfänger eine weitgehende Mitwirkungspflicht bei der Arbeitsvermittlung erwartet: er soll eine „Eingliederungsvereinbarung“ mit dem Jobcenter abschließen – bei Verweigerung der Unterschrift wird diese per Verwaltungsakt durchgesetzt, was aufs Gleiche hinausläuft. Das bedeutet beispielsweise die Zusendung von Stellenausschreibungen und die Verpflichtung, sich regelmäßig zu bewerben – inklusive Kontrollanrufe seitens des Jobcenters – zumutbar ist grundsätzlich jegliche Art von Job (unabhängig von der beruflichen Qualifikation), außerdem die Teilnahme an „Maßnahmen zur Aktivierung und beruflichen Eingliederung“ (Qualifikationsmaßnahmen aber z.B. auch der Zwang zu „gemeinnütziger“ Arbeit für 1 Euro pro Stunde, um die Arbeitsbereitschaft zu prüfen) und regelmäßige Termine beim Jobcenter, um sich für die eigene Situation zu rechtfertigen. Wer gegen seine „Verpflichtungen“ verstößt, dem drohen drastische Sanktionen (erst Kürzungen in Höhe von 30 Prozent, bei Wiederholung 60 Prozent und schließlich vollständig).

Für die Betreuung, Vermittlung und Kontrolle einer Armee von 6 Millionen Hartz IV-Bezieher_innen (2016) durch die Jobcenter, 800.000 Bezieher_innen von Arbeitslosengeld I durch die Arbeitsagenturen und all die abgelehnten Antragsteller_innen wurde ein gigantischer Verwaltungsapparat geschaffen, um die lückenlose Erfassung aller Daten, Maßnahmen und Sanktionen, die Unterteilung in verschiedene Zielgruppen, ein Profiling und schließlich die zwanghafte Integration in den Arbeitsmarkt durchführen zu können. Der Umbau des deutschen Sozialstaates erfüllt somit seinen eigentlichen Zweck – entgegen des öffentlichkeitswirksam inszenierten Medienkampagnen, dass er nicht mehr finanzierbar sei: Durch öffentliche Stigmatisierung als Schmarotzer und Drangsalierung durch die Ämter werden die Proleta-

rier dazu gebracht, jede verfügbare Arbeit anzunehmen – der staatlich subventionierte Niedriglohnsektor sorgt für die entsprechenden Jobs. All jene, die sich noch in so genannten Normalarbeitsverhältnissen befinden, werden massiv unter Druck gesetzt und teilweise in Angst und Schrecken vor dem sozialen Abstieg – die kollektive Kampfkraft des Proletariats wurde durch den Umbau des Sozialstaates ebenso wie individuelle Formen des Widerstandes geschwächt, das allgemeine Lohnniveau gesenkt, die Arbeitsbelastungen erhöht. Diese beabsichtigten Folgen der Angriffe seitens des Sozialstaates können wir in den letzten Jahren permanent spüren: am Arbeitsplatz und im Jobcenter sowie in Diskussionen mit Kolleg_innen und Gewerkschaftler_innen in den Betrieben, sie sind außerdem in zahlreichen Artikeln (z.B. über Opel Bochum), Büchern und Filmen (z.B. über BSH Berlin) dokumentiert.

Die Wiederaufnahme des Klassenkampfes ist die einzige Perspektive

Angesichts der massiven Angriffe und sozialen Verschlechterungen der letzten Jahrzehnte verfällt ein großer Teil der bürgerlichen Linken immer wieder in Sozialstaatsromantik oder stellt vermeintliche Alternativkonzepte auf wie die Forderung nach einem Bedingungslosen Grundeinkommen (BGE), einer selbstbestimmten Arbeitswelt und einer „gerechten" Verteilung von Arbeit und des im Überfluss vorhandenen materiellen Reichtums – angeblich würde dem Kapitalismus aufgrund der Roboterisierung ohnehin die Arbeit ausgehen. In Vergessenheit gerät dabei schnell der grundsätzliche Charakter des Kapitalismus als antagonistische Klassengesellschaft, dessen einziger Sinn und Zweck in der immer fortlaufenden Profitproduktion durch die Ausbeutung der Ware Arbeitskraft und in der Kapitalakkumulation besteht. Verantwortlich für die strukturelle Krise des Kapitalismus ist der Zwang, immer mehr Kapital verwerten zu müssen und hierzu die menschliche Arbeitskraft immer stärker ausbeuten und die Produktivität immer schneller steigern zu müssen – hinzu kommt eine immer größere Menge an Waren, der sich auf dem kapitalistischen Markt nicht veräußern lässt. Dieser Prozess stößt immer mehr an seine Grenzen und wird in den letzten Jahrzehnten von immer stärkeren Verwertungskrisen und einem Fall der Profitraten überschattet. Dies (und weder mangelnde Gerechtigkeit noch die Roboterisierung) verursacht immer weitere Angriffe auf unsere Lebens- und Arbeitsbedingungen, immer neue Kriege, immer mehr Flucht, Elend und Zerstörung in allen Ländern der Erde. In solch einer Welt ist nicht nur kein Platz für oben genannte Illusionen – schlimmer noch...

Erstens ist die bürgerliche Gesellschaft sehr gut in der Lage, Konzepte wie das BGE bei Bedarf zu übernehmen und ad absurdum zu führen, z.B. in Form eines Bürgergeldes, wie es von der wirtschaftsfreundlichen FDP gefordert wird: da es zum Sterben zu viel und zum Leben zu wenig wäre, würden die Menschen so dazu gebracht werden, Jobs im Niedriglohnsektor anzunehmen, von denen alleine niemand mehr leben könnte. Dies ist eine Subvention und Umverteilung von Arbeit als „kreativer" Versuch, mit der kapitalistischen Krise und der zunehmenden Entwertung großer Bereiche der Lohnarbeit fertig zu werden – eine neue Form von Armutsverwaltung. Die linken Anhänger_innen des BGE würden zwar an dieser Stelle auf eine angemessene Höhe in Abgrenzung zum Bürgergeld bestehen – jedoch ist die Illusion, der Staat des Kapitals würde „im Interesse der Mehrheit seiner Bürger" Arbeit

und Reichtum gerecht verteilen oder gar die Lohnarbeit als Existenzbedingung der eigenen Ausbeutungsgesellschaft aushebeln, denkbar naiv. Das Kernproblem des Kapitalismus ist es ja gerade, dass genug Reichtum, Fortschritt und Wohlstand vorhanden ist, dies aber immer weniger der Bevölkerung sondern vielmehr einer blindwütigen und zerstörerischen Produktionsmaschinerie zu Gute kommt.

Zweitens ist diese Illusion genau deshalb irreführend, gefährlich und schlichtweg Unsinn: kein Appell an den „vermeintlich neutralen" bürgerlichen Staat, keine Mitarbeit in staatstragenden Organisationen, keine Mystifizierung der Demokratie, keine gutgemeinten Rechen- und Umverteilungsmodelle können den Angriffen des Kapitals etwas entgegensetzen. Da Kapitalismus eine Klassengesellschaft ist, sind unsere Lebens- und Arbeitsbedingungen stets eine Frage des gesellschaftlichen Kräfteverhältnisses zwischen den Klassen – also eine Frage der Stärke des Proletariats und seiner Kämpfe.

Deshalb ist die Wiederaufnahme des Klassenkampfes die einzige Perspektive. Das Proletariat muss sich der eigenen Kraft und Stärke wieder bewusst werden und einen kollektiven Klassenkampf gegen das Kapital führen! Nur so ist es überhaupt noch möglich, gegenüber dem Kapital in Zeiten der Krise Zugeständnisse zu erzwingen. Um dahin zu kommen ist es notwendig, mit den Regime-Gewerkschaften zu brechen, die als verlängerter Arm des Staatsapparates nur noch das Wohl des nationalen Standortes und der bürgerlichen Gesellschaft im Blick haben und sich immer dort, wo die Arbeiter_innenklasse kämpferischer und rabiater auftritt, auf die Seite des Kapitals stellen und versuchen, Kämpfe zu sabotieren und zu befrieden. Um seine Kämpfe erfolgreich führen zu können, muss sich die Arbeiter_innenklasse neue gewerkschaftliche Strukturen schaffen – echte Klassengewerkschaften, die nicht am Runden Tisch konzipiert werden können, sondern Ergebnis konkreter Kämpfe sein werden.

Nur so ist es dann auch möglich, perspektivisch einmal dahin zu kommen, diese Gesellschaft von Ausbeutung und Unterdrückung, die sich in einer schweren strukturellen Krise befindet, grundsätzlich in Frage zu stellen und Schluss zu machen mit einem System, das einen permanenten Angriff auf unsere Lebens- und Arbeitsbedingungen führt, das weltweit nur noch Kriege, Elend und Zerstörung produziert und dabei die Proletarier in nationalistischer, rassistischer, religiöser, sexistischer und chauvinistischer Manier gegeneinander aufhetzt, in eine brutale Konkurrenz setzt und spaltet – in seinem verzweifelten und blutigen Überlebenskampf. Mit dieser Perspektive arbeitet unsere Partei, die Internationale Kommunistische Partei.



Die kommunistische Kritik des Antifaschismus

Im Januar 2017 führten wir in Berlin eine Veranstaltung durch, zu der mit einem Flugblatt unter der Parole „Klassenkampf und Kommunismus kontra Antifaschismus und Demokratie“ mobilisiert wurde. Da es sich um die erste öffentliche Veranstaltung der IKP in Berlin nach drei Jahrzehnten handelte, haben wir eingangs einige Anmerkungen zu unserer Partei vorangestellt, die wir hier wiedergeben wollen.

Die IKP ist keine Neugründung. Sie ist kein neues Projekt zur linken politischen Selbstverwirklichung. Die IKP steht in direkter politischer und organisatorischer Kontinuität zu den Anfängen der Kommunistischen Internationale, besonders zur Gründung der Kommunistischen Partei Italiens Anfang 1921. In den ersten Jahren wurde diese Partei von den sog. linken Kommunisten geführt. In diese Zeit fällt auch der Kampf gegen den Faschismus in Italien. Einer der bekannteren Vertreter dieser Linken war Amadeo Bordiga. Vielen in Deutschland ist er vielleicht nur noch durch seine kurze Erwähnung in Lenins Schrift „Der linke Radikalismus, die Kinderkrankheit im Kommunismus“ bekannt. Dort wird er von Lenin fälschlicherweise in einer Reihe mit den niederländischen Rätekommunisten (Gorter und Pannekoek) behandelt. Die einzige wirkliche Differenz Bordigas mit Lenin bestand in der damaligen Haltung gegenüber den Zentristen („Maximalisten“ in Italien) der Sozialistischen Partei und deren parlamentarischer Politik. Diese wurde von den Linken als unvereinbar mit der kommunistischen Politik eingeschätzt, während Lenin auf einer Vereinigung von Maximalisten und Kommunisten drängte.

Die kommunistische Linke und die KP Italiens standen von Anfang an auf marxistischen Grundlagen und verfolgten eine revolutionäre Klassenpolitik, die wie die Lenins und der Bolschewiki auf Machteroberung und Weltrevolution orientierte. Ihre Praxis in der zugespitzten Situation des Klassenkampfes in Italien nach dem Ersten Weltkrieg beruhte auf einer klaren kommunistischen Strategie und Taktik. Die Förderung der Kämpfe der Arbeiter/innen und die Schaffung roter militärischer Formationen waren ihre Kampfmethoden auch gegen den Faschismus. Politische Bündnisse und taktische Kombinationen mit bürgerlichen und reformistischen Parteien schlossen sie aus. Dies betraf nicht nur ihre Ablehnung des Parlamentarismus sondern auch ihre Arbeit in den damaligen Gewerkschaften. Die radikale Klassenposition unserer Genossen im Kampf gegen den Faschismus wird auch deutlich in einer Erklärung der „linken“ Parteizentrale über die Frage des „direkten Kampfes gegen die Reaktion“ von 1922: „Zu den Aktionsformen, die auf die Eroberung der Massen ausgerichtet sind, gehört auch die Aktion der Partei im direkten Kampf gegen die Reaktion, auch dort, wo sie nur mit ihren eigenen Kräften rechnen kann. Die Kommunistische Partei muss sich mit der Vorbereitung und Bewaffnung befassen, die notwendig sind, um den Kleinkrieg gegen einen kräftemäßig überlegenen Feind, der sich in einer vorteilhaften Lage befindet, mit den angemessenen technischen Mitteln unterstützen zu können.“ Diese Haltung steht in einem deutlichen Gegensatz zu dem politischen Nihilismus z.B. des Rätekommunismus, der die Kämpfe der Arbeiterklasse auf den wirtschaftlichen Kampf reduziert und damit in letzter Konsequenz vor dem faschistischen Terror kapitulieren muss. Auch zu dem antifaschistischen Gejammer, das nur in die Arme des „demokratischen“ Staates führen und damit ebenso vor dem faschistischer Terror kapitulieren muss, steht die Haltung der italienischen Genossen in deutlichem Gegensatz: „Der Faschismus benutzt die terroristische Methode, um das Proletariat zu demoralisieren und zu schlagen. Er möchte den Eindruck verbreiten, man könne ihn weder besiegen noch ihm Widerstand leisten. Will man diesem Prozess der Demoralisierung der Massen entgegentreten, so muss man dem Proletariat das Gefühl geben, dass der Einsatz von Gewalt gegen die Gewalt, von Organisation gegen die Organisation, von Waffen gegen die Waffen keine unbestimmte Losung für eine ferne Zukunft ist – sondern eine praktische und durchführbare Aktion bedeutet, die man in Angriff nehmen muss, um einen bewaffneten Gegenangriff des Proletariats vorzubereiten. (…) Man muss zwar dem Faschismus die ganze Verantwortung zuschreiben, man muss aber vermeiden, in eine Haltung des Klagens und Jammerns abzugleiten, und zugleich muss man die Gewalttaten, mit denen unsere Kräfte oder spontan

das Proletariat den Schlägen des Feindes entgegentreten, auf das äußerste hervorheben." Es waren die italienischen „linken" Kommunisten, die als einzige dem Vormarsch des Faschismus einen konsequenten Widerstand entgegensetzten.

Nach der Verhaftung der Führung der KPI durch die siegreichen Faschisten 1923, geriet die Parteiführung in die Hände von Gramsci und Togliatti, welche in den nächsten Jahren die KPI auf den Weg des Nationalkommunismus und Stalinismus führen sollten. Die Linke verteidigte erst innerhalb (Thesen von Lyon) und dann außerhalb der KPI und der Kommunistischen Internationale die Grundpositionen kommunistischer Politik:

- Orientierung auf die gewaltsame proletarische Revolution und die Diktatur des Proletariats unter Führung der Kommunistischen Partei mit dem Ziel des weltweiten Kommunismus.

- Ablehnung jeglicher klassenübergreifenden und staatsorientierten demokratischen Politik (taktische Bündnisse, „Einheitsfronten" mit reformistischen Organisationen, parlamentarische Kombinationen mit bürgerlichen Parteien).

- Eine klare Ablehnung jeglichen „Nationalkommunismus" (wie auch eines vermeintlichen „Sozialismus in einem Land").

Bevor die linken Kommunisten die Kommunistische Internationale verließen, schlug Bordiga vor, dass die Kommunistische Internationale die Sowjetunion regieren sollte, um die Perspektive der Weltrevolution lebendig zu halten. Bekanntermaßen wurde stattdessen die Kommunistische Internationale durch die außenpolitischen Erwägungen der Sowjetunion drangsaliert und ihnen letztendlich geopfert. Eine Konsequenz der kommunistischen Linken aus der Zerstörung der Kommunistischen Internationale war die Orientierung auf eine wirkliche Internationale Kommunistische Partei statt auf einen Zusammenschluss nationaler Parteien.

Mit dem Wiederaufflammen der ArbeiterInnenkämpfe am Ende des Zweiten Weltkrieges wurde in Italien auch wieder eine Organisation der Kommunisten lebendig, die nicht den Weg der antifaschistischen nationalen Wiedergeburt (d.h. Rettung und Fortführung des Kapitalismus) der stalinistischen KP gehen wollte. 1943 wurde die Partito Comunista Internazionalista – PCInt gegründet. U.a. Bordiga war in den 50er und 60er Jahren aktiv im Kampf für die Wiederherstellung des revolutionären Marxismus erst in der PCInt und dann in der daraus hervorgegangenen IKP, die in den 70er Jahren eine große Ausdehnung erfuhr und bis in die 80er Jahre auch in Deutschland existent war.



Bewaffnete kommunistische Einheit, September 1920 in Turin

Die Ideologie des Antifaschismus

Ein wesentliches Merkmal, eine inhaltliche Position, die den Linkskommunismus auszeichnet, ist eine konsequente Kritik an der Ideologie des Antifaschismus und an demokratischen Illusionen. Es geht hier – bei der Ideologie des Antifaschismus – um Antifaschismus als Selbstzweck, also um ein stupides Abarbeiten an „Rechtsextremisten". Was bedeutet diese Ideologisierung des Antifaschismus konkret und real und worauf läuft diese letztendlich hinaus (wenn es um den Umgang mit Rechtspopulisten und „Rechtsextremisten" geht)?

Zentral bei dieser Ideologie ist zunächst immer, dass das Schreckgespenst einer vermeintlichen (abstrakten oder realen) faschistischen Gefahr an die Wand gemalt wird. Und diese Gefahr am Horizont steht dann letztendlich auch immer im Fokus der eigenen Politik, wird also zu deren Ausgangspunkt gemacht. Ein besonderes Gewicht bekommt diese Argumentation durch die moralisch zugespitzte Bezugnahme auf den historischen Faschismus und insbesondere durch die Verbrechen von Auschwitz. Statt diese Verbrechen dem Kapitalismus insgesamt zuzuordnen steht plötzlich nur noch eine spezifische Regierungsform im Fokus der Kritik – und es wird letztendlich die gute Demokratie gegen den bösen Faschismus verteidigt, statt beides zu bekämpfen. Soweit dann doch eine Kritik an der Demokratie stattfindet, dann nur, weil es eben keine „echte Demokratie" wäre und man diese von faschistischen Elementen säubern müsse. Es gibt aber keine „echte" oder eine „falsche" Demokratie.

Kritik an Demokratie und Faschismus

In Wirklichkeit verhält es sich stattdessen so, dass Demokratie und Faschismus zwei Seiten der selben Medaille sind; dass beides untrennbar miteinander verbunden ist; dass die heutige Demokratie nicht nur historisch und personell auf dem Faschismus aufbaut, sondern auch politische, ökonomische und soziale Elemente des Faschismus übernommen und verfeinert hat (einiges befindet sich bereits in Anwendung, anderes auf Abruf für „schwierigere" Zeiten); die Demokratie hat vom Faschismus gelernt und konnte nahtlos daran anknüpfen. Faschistische und demokratische Erfahrungen sind also beides Erfahrungen der bürgerlichen Gesellschaft und es ist eben kein Widerspruch, dass sich die bürgerliche Gesellschaft aus dem gesamten Repertoire ihrer Erfahrungen bedient.

Es ist notwendig, bürgerliche Politik zu bekämpfen, und zwar unabhängig davon, ob sie demokratisch legitimiert wird oder ob sie faschistisch ist – deren Unterschiede verschwimmen ohnehin mehr und mehr. Die Frage, wo Faschismus anfängt und wo Demokratie aufhört, ist für uns nicht die entscheidende Frage, wenn wir uns mit Repressions- und Kontrollmechanismen, Einschränkung von z.B. Streikrecht, Presse- und Versammlungsfreiheit, Ausnahmezustand usw. beschäftigen (vgl. beispielsweise die unterschiedlichen Regime in den USA, Türkei, Frankreich, Italien, Deutschland usw.).

Formale Unterscheidungskriterien (Gewaltenteilung, Pressefreiheit, Vereinigungsfreiheit, freie Wahlen usw.) helfen hier nicht weiter; erstens sind sie nur formaler Natur und abstrahieren von der Realität (wie frei sind die Medien real? In welchem Rahmen sind z.B. Streiks trotz Streikrecht überhaupt legal, wie werden Streiks durch die Regime-Gewerkschaften kontrolliert usw.); zweitens lassen sie sich fast beliebig einschränken.

Das was wir als „Faschisierung der Demokratie" bezeichnen, ist nicht die „feindliche Übernahme" der Demokratie durch reaktionäre Kräfte (wie früher vom „Kommunistischen Bund" propagiert: Strauss, Trump, Le Pen, AfD...) sondern die unvermeidliche Entwicklung der Demokratie in der Phase des Imperialismus, in der die bürgerliche Gesellschaft ihre progressive und revolutionäre Rolle längst eingebüßt hat und nur noch regressiv und reaktionär ist: in Richtung mehr Integration, Kontrolle und Repression – unter Anwendung der vom Faschismus geerbten Erfahrungen. Ja, auch die Integration der Arbeiter_innenklasse durch Nationalismus und Volksgemeinschaft und staatstragende Massenorganisa-

tionen ist eine „Errungenschaft“ aus dem Faschismus, auf die in demokratischen Regimes gerne zurückgegriffen wird!

Antifaschismus oder Antikapitalismus?

Das Problem am Antifaschismus ist, dass er den Kapitalismus nicht als Klassengesellschaft begreift, kein Verständnis davon hat, wie gesellschaftliche Veränderungen durchgesetzt und die bestehenden Ausbeutungs- und Unterdrückungsverhältnisse abgeschafft werden können – „die Geschichte ist die Geschichte von Klassenkämpfen“ hat uns eigentlich schon Marx gelehrt. Im Fokus stehen in der Antifa-Ideologie somit nicht die Angriffe auf unsere Lebens- und Arbeitsbedingungen, die „soziale Frage“ bzw. Klassenkämpfe oder die mehr oder weniger offenen Konflikte z.B. am Arbeitsplatz (Arbeitsbedingungen und Löhne) oder im Stadtteil (z.B. Mieten). Wer nicht davon ausgeht, dass gesellschaftliche Veränderungen durch Klassenkämpfe – der Arbeiter_innenklasse gegen das Kapital und dessen Staat – durchgesetzt werden müssen, dem bleibt nur noch linke Symbolpolitik, eine abstrakte oder rein moralische Kapitalismuskritik oder – schlimmer noch – die Beteiligung an bürgerlichen Politikfeldern in breit angelegten bürgerlichen Bündnissen und in parlamentarischen Spielereien als bürgerliche Nachwuchspolitiker_innen.

Zwar würden viele antifaschistische Gruppen dieser Kritik nun widersprechen und dem entgegenhalten, das die „sozialen Frage“ ja aufgegriffen werden würde. Die entscheidende Frage ist aber die der politischen Analyse und Perspektive und die der inhaltlichen Ausrichtung und Zielsetzung der eigenen Politik. Und hier ist auch wieder das Kernproblem bei der Ideologie des Antifaschismus: Antikapitalismus und soziale Frage werden aus der Antifa-Ideologie abgeleitet und dieser funktional untergeordnet. Also sei Kapitalismus demnach vor allem deshalb zu bekämpfen, weil er in bestimmten Situationen Faschismus hervorbringen könnte. Und die soziale Frage müsste vor allem deshalb aufgegriffen werden, um den Nazis nicht das Feld zu überlassen usw.

„Naziaufmärsche verhindern – auf allen Ebenen – mit allen Mitteln!“

Dieser häufig verwendete Spruch ist, auch wenn er anders besonders radikal gemeint ist, eine unfreiwillige Selbstentlarvung. Denn für den Antifaschismus ist am Ende jedes Mittel recht und das endet in der Verteidigung der Demokratie gemeinsam mit allen aufrechten Demokraten. So findet man sich dann plötzlich in der absurden Situation wieder, dass man zwar symbolisch gegen Kapitalismus und Sozialabbau vorgeht, dann aber Bündnisse mit Kriegstreibern und Hartz-Befürwortern in einer Volksfront gegen den Faschismus schmiedet. Wie passt das zusammen?

Man lässt sich von Rechtsextremisten die Tagesordnung diktieren, indem man von einem Naziaufmarsch zum nächsten mobilisiert, man ordnet seine Politik und seine Inhalte dem Kampf gegen die faschistische Gefahr unter und macht sich zum Schoßhündchen der bürgerlichen Demokratie, indem man dieselbige gemeinsam mit deren staatstragenden Vertretern, dem sogenannten Establishment, verteidigt. Auch die verbale Bekundung eines revolutionären Antifaschismus ändert daran nichts – die Rechten können sich in dieser Gemengelage dann auch noch als „einzige Opposition“ darstellen.

Die Logik des „kleineren politischen Übels“

„Die Ausgangsvoraussetzung der bürgerlichen Linken ist die entschiedene Antithese zwischen Faschismus und Demokratie: die Demokratie ist für sie ein oberstes Gut, für das jedermann, Bürger oder Proletarier, kämpfen muss, um es zu schützen, wohingegen der Faschismus von ihnen als ein autoritäres und reaktionäres Regime verstanden wird, das jetzt wieder aufzuerstehen droht. In so einer Sichtweise verschwindet jegliche Klassenanalyse des Faschismus; es wird eine reduzierte Sichtweise vom Faschismus als ein autoritäres Regime, die Freiheit ablehnend, eingenommen und man idealisiert stattdessen die bürgerliche Demokratie, indem man versucht, das kapitalistische Wesen vom Faschismus

und von der Demokratie zu verbergen, beides verschiedene Formen bürgerlichen Regimes, die sich nach den Erfordernissen der herrschenden Klasse abwechseln, aber mit einer fortlaufenden Faschisierung der Demokratie – was wir als “gepanzerte Demokratie” bezeichnet haben. Die revolutionären Kommunisten haben hingegen immer die substantielle Kontinuität zwischen Faschismus und Demokratie angeprangert.“ (aus unserem Text „Existiert heute eine faschistische Gefahr?“ von 1995).

Die Logik des „kleineren politischen Übels“ besteht darin, dass die Demokratie, gemeinsam mit allen aufrechten Demokraten, gegen den Faschismus (oder Rechtspopulisten) verteidigt wird (die eigenen Positionen geraten dabei unter die Räder) oder dass gestaffelte Wahlempfehlungen für Politiker oder bürgerliche Parteien abgegeben werden. Oder dass in einer antifaschistischen Volksfront Bündnisse gegen bereits gewählte Regierungen geschmiedet werden.

Es läuft also im Grunde auf die Verteidigung des Status quo hinaus und auf eine positive Bezugnahme auf die bestehenden Ausbeutungs- und Unterdrückungsverhältnisse, mit dem Versuch vermeintlich taktische Vorteile oder Verbesserungen durch realpolitische Manöver zu erreichen. Die eigenen Positionen, eine linke Perspektive usw. geraten dabei zwangsläufig in den Hintergrund.

Dem zugrunde liegt ein völlig falsches Verständnis davon, wie soziale Verbesserungen durchgesetzt werden können und wie längerfristig eine revolutionäre Perspektive entwickelt werden kann. Es ist eben nicht die Fixierung auf Parlamentarismus und demokratische Mitarbeit in bürgerlichen Institutionen und Bündnissen, mit denen soziale Verbesserungen durchgesetzt werden, sondern durch (Klassen-)kämpfe auf der Straße und reale klassenkämpferische Bewegungen bzw. Strukturen (also gewerkschaftlicher Natur) idealerweise im Zusammenspiel mit einer existierenden revolutionären Organisation.

Die eigene radikale Position aufrechterhalten statt sich integrieren zu lassen

Statt auf bürgerliche und parlamentarische Optionen und auf Mitverwaltung und Mitregieren innerhalb des kapitalistischen Systems zu setzen ist die einzige Perspektive für soziale und gesellschaftliche Veränderungen die Wiederaufnahme des Klassenkampfes und darauf müssen wir bei unserer Arbeit orientieren. Wir müssen das gesamte Feld der bürgerlichen Politikformen aufbrechen und überwinden, weil es eine Sackgasse ist, die zu einer Demobilisierung und Unglaubwürdigkeit führt und aus revolutionärer Sicht ohnehin perspektivlos ist.

Plakat von 1946: Antifaschismus als bürgerlicher Mainstream

Es ist notwendig, eine materialistische Analyse der bestehenden Ausbeutungs- und Unterdrückungsverhältnisse durchzuführen und ein Verständnis dafür zu entwickeln, wie Kapitalismus und die bürgerliche Gesellschaft grundsätzlich funktionieren sowie sich mit deren Folgen (Krise, Kriege, politische Maßnahmen: Gründe, Zusammenhänge etc) auseinanderzusetzen. Nur so kann die eigene radikale Position aufrechterhalten und verhindert werden, dass wir in die bürgerliche Gesellschaft integriert werden. Wir sind uns durchaus unserer geringen Stärke bewusst; das ändert aber nichts an der Notwendigkeit unserer Arbeit.

Die Laufbahn des Weltkapitalismus

Wir drucken im Folgenden den ersten Teil einer Ausarbeitung ab, welche die Grundlage der Diskussion auf der letzten Generalversammlung unserer Partei im Oktober 2016 in Mailand darstellte. Sie erschien ebenfalls in „Il Programma Comunista“ Nr.1, 2017 unter dem Titel „Continuando il lavoro sul corso del capitalismo mondiale (1)“. Da die kontinuierliche Untersuchung der kapitalistischen Entwicklung in der Praxis der Partei durch das jahrelange Fehlen derselben in Deutschland nicht so bekannt ist, haben wir der Ausarbeitung eine Einleitung vorangestellt.

Die bisherigen Untersuchungen der Partei über die Laufbahn des Weltkapitalismus

Die konkrete und fortlaufende Untersuchung der kapitalistischen Entwicklung ist eine zentrale Aufgabe der Internationalen Kommunistischen Partei. Diese marxistische Praxis lässt keinen Platz für schematische ideologische Konstruktionen wie die Theorien von Dekadenz und Todeskrise, welche die richtige Erkenntnis der historischen Überholtheit des Kapitalismus mit seiner vermeintlichen Lebensunfähigkeit verwechseln. Sicherlich, die Zunahme der innerimperialistischen Widersprüche, von Handelskriegen und realen Kriegen, ja die Verwüstung ganzer Erdteile durch permanente militärische Konflikte, zeugen von den Schwierigkeiten des kapitalistischen Akkumulationsregimes. Die auf die Ebene zwischenstaatlicher Konflikte gehobene kapitalistische Konkurrenz lässt vor dem Hintergrund der zunehmenden Verwertungsschwierigkeiten des Kapitals die gesamte kapitalistische Existenz als dauerhafte Krise erscheinen. Und für Millionen Proletarier weltweit bedeutet sie auch eine dauerhafte existenzielle Krise. Gleichzeitig gelang es dem Kapital, die seit dem Ende der Wiederaufbauphase nach dem zweiten Weltkrieg wieder auftretenden zyklischen Krisen durch staatliche Maßnahmen zu meistern und v.a. einen proletarischen Ansturm abzuwehren und die Revolution zu verhindern.

Dass jegliche kapitalistischen „Krisenlösungen“ (durch zunehmende Ausbeutung der Arbeiterklasse, galoppierende Staatsverschuldung, Aufblähen der Finanzspekulationen oder einfach die Vernichtung von Produktivkräften) nur noch größere Krisen vorbereiten ist eine von Marx festgestellte Grundwahrheit der kapitalistischen Entwicklung. Sie ist gleichzeitig auch die Grundlage für die Praxis der Internationalen Kommunistischen Partei um sowohl soziale Konflikte zu antizipieren und die Bedingungen für den proletarischen Kampf zu analysieren, als auch Orientierung zu geben und den Kampf an den entscheidenden Stellen zuspitzen zu können. Allerdings impliziert ein Konstatieren der Krise des Kapitalismus weder sein automatisches Ende noch die unmittelbare proletarische Revolution, wie es die Anhänger der „Theorie der Todeskrise des Kapitalismus“ suggerieren.

Schon in einer der ersten regelmäßigen Publikationen der Partei in deutscher Sprache wurde die damalige „Laufbahn des Weltimperialismus“ einer Analyse unterzogen. Einleitend hieß es: „Unsere Partei untersucht ständig die wirtschaftliche, politische und militärische Entwicklung des Weltimperialismus. Die Ergebnisse dieser Untersuchung werden regelmäßig zusammengefasst und veröffentlicht. Eine solche Arbeit erfüllt drei wesentliche Aufgaben. Zunächst zeigt sie, dass das ganze empirische Material und die Linien der kapitalistischen Entwicklung den orthodoxen Marxismus voll bestätigen. Die „neuartigen Entwicklungen“, die „unerwarteten Phänomene“, die dem Opportunismus immer als Vorwand für die liberal-kapitalistische Verwässerung des Marxismus dienen, werden auf ihre lang erkannte Gesetzmäßigkeit reduziert (…). Gleichzeitig können die Gesetze des Kapitalismus anhand dieser Untersuchungen illustriert werden, so dass sie immer wieder die Brücke zwischen der unmittelbaren, sich vor unseren Augen abspielenden Wirklichkeit und der Theorie schlagen. Die dritte – und in ihren strategischen Folgen nicht zu unterschätzende – Funktion einer solchen Untersuchung besteht darin, dass sich in ihrem Rahmen die Grundlinien und Schwerpunkte der kapitalistischen Krisen und Konflikte von Morgen abzeichnen, in deren Gärungsphase und während deren Ablaufs die Partei den entscheidenden Einfluss auf die Arbeiterklasse gewinnen bzw. gewonnen haben muss. Die wichtige Aufgabe der wissenschaftlich genauen Prognose wird dadurch in Angriff genommen.“ (Auszüge aus der Presse der IKP

Nr.2, Juli 1974)

Direkt nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges, konfrontiert mit einer Situation des Ausbleibens der proletarischen Revolution und des Siegeszuges des Kapitalismus unter den ideologischen Postulaten der Demokratie und des Antifaschismus, begann unsere Partei mit einer Analyse der „Nachkriegsperspektiven im Lichte der Parteiplattform". Sie erklärte: „Mit dem vollständigen militärischen Sieg der verbündeten 'drei Großen' bzw. mit der Zerschlagung der Staatsapparate ihrer Gegner (Deutschland und Japan) eröffnet sich eine neue Periode, deren Entwicklungsperspektiven genau untersucht werden müssen. Will man aber daraus absolut klare Richtlinien für die zukünftige Aktion ableiten, so muss diese Untersuchung in einem vollkommenen Zusammenhang mit unseren früheren geschichtlichen Einschätzungen stehen." (Prometeo, Oktober 1946)



Sich nicht von den betrügerischen ideologischen Postulaten blenden lassend und die Sowjetunion Stalins klar als Teil des Weltkapitalismus erkennend, schrieben die GenossInnen: „Diese politische Herrschaft im Weltmaßstab ist Ausdruck des Versuchs, die unerbittliche Diktatur der Bourgeosie nach einem einheitlichen Plan zu organisieren und hinter Formeln wie 'Rat der Vereinten Nationen' oder 'Sicherheitsrat' zu verschleiern. (…) Diese Perspektive einer internationalen totalitären Regierung des Kapitals steht ebenso wie ihre Dauer im Zusammenhang mit den ökonomischen Aussichten, die sich dem fast intakten Produktionsapparat der Siegermächte, allen voran dem der Amerikaner, eröffnen. In den Wüsten, die der Krieg hinterlassen hat, und in den Ländern, die infolge der Kriegszerstörungen von der höchsten Stufe der kapitalistischen Entwicklung auf das Produktionsniveau einer Kolonie herabsanken, kann man im Sinne einer maßlos fortschreitenden kapitalistischen Akkumulation jahrelang ergiebig investieren. Die grundlegende Perspektive der revolutionären Marxisten zeigt, dass ein solcher einheitlicher Plan bürgerlicher Organisatoren sich nicht endgültig durchsetzen lässt. Schon allein das schwindelerregende Tempo, das dadurch allen menschlichen Tätigkeiten verliehen wird, die unerbittliche Unterwerfung der arbeitenden Massen und der gesteigerte Einsatz aller Produktionsmittel, die damit einhergehen werden, schon allein das wird zu neuen Konflikten und Krisen führen: einerseits zu Klassenzusammenstößen, andererseits zu einem Bruch in der Sphäre der bürgerlichen Diktatur und zu neuen imperialistischen Zusammenstößen zwischen den grossen Staatskolossen." (ebenda)

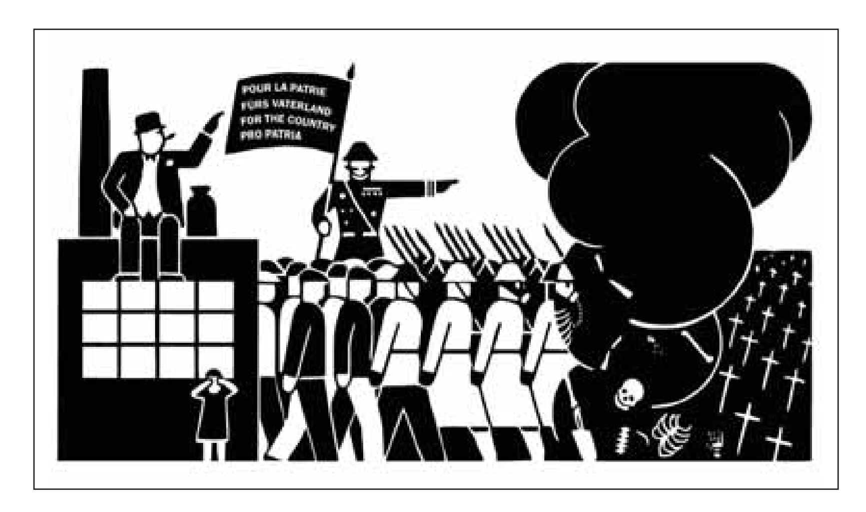
Schon in der Situation unmittelbar nach dem Ende des Zeiten Weltkrieges war die Partei aufgrund ihrer marxistischen Analyse in der Lage sowohl die kommende relativ stabile kapitalistische Entwicklung zu verstehen und jegliche aktivistischen Illusionen bezüglich vermeintlich bevorstehender proletarischer Aufstände zu vermeiden, als auch die Perspektive kommender Krisen (und Klassenkämpfe) nach dem Ende der Nachkriegsprosperität zu erklären. Diese machte sich Ende der 60er Jahre bemerkbar und kam Mitte der 70er Jahre voll zum Durchbruch. In dem Bericht an die Generalversammlung vom September 1976 wurde festgestellt: „Die vorhergehenden Berichte über die 'Laufbahn des Weltimperialismus' haben gezeigt, wie sich in der Wirtschaft der großen entwickelten kapitalistischen Länder nach der Phase rasender Akkumulation, die durch die Zerstörungen des zweiten imperialistischen Weltkrieges eröffnet wurde, nach und nach wieder ökonomische Zyklen herausbildeten, die in allen Punkten mit der marxistischen Theorie der periodischen Krisen der kapitalistischen Produktionsweise übereinstimmen. Während die Zyklen dieser großen Länder zeitlich auseinanderfielen, haben sie sich dann nach und nach im Laufe der letzten Jahre durch das Spiel der gegenseitigen Handelsbeziehungen einander genähert, um dann schließlich zu einem einheitlichen Zyklus zu verschmelzen, der seinen Rhythmus der Weltwirtschaft aufzwingt." (Kommunistisches Programm Nr. 13, Januar 1977)

Am Ende dieses Berichtes wurde konstatiert: „Ob nun ein wirklicher wirtschaftlicher Wiederaufschwung die Belebung, die sich 1976 abzeichnete, ablöst oder ob wegen Fehlens der dafür erforderlichen Bedingungen eine neue Krise schneller als vorgesehen auf die vorhergegangene folgt, die allgemeine Tendenz des Kapitals kann in den kommenden Jahren immer nur die sein, die Verarmung und Unsicherheit der Arbeiterklasse zu verschärfen.“ (ebenda)

In den weiteren Untersuchungen beschreibt die Partei eine verschärfte Krisenentwicklung und richtet sich gleichzeitig gegen diejenigen, „die sich vorstellen, das Anstimmen eines Lobgesanges auf die Krise würde ausreichen, damit der Kapitalismus von selbst zusammenbricht, oder die die Revolution als eine einfache Begräbnisfeier für die bürgerliche Gesellschaft begreifen. Wie bereits Lenin gesagt hatte, stirbt der Kapitalismus, selbst wenn er krank und bereits seit langem einem Fäulnisprozess ausgesetzt ist, nicht von alleine. Und er ist um so weiter von seinem Tod entfernt, als es ihm gelungen ist, in Abwesenheit einer revolutionären Kraft, die in der Lage wäre, ihn zu zerschlagen, neue Kraft zu schöpfen, indem er seinem zuvor vom Gift des 'Arbeiterreformismus' gelähmten Opfer weiteres Blut aussaugte.“ (Kommunistisches Programm Nr. 21 vom März 1979)

Ausgehend von einer Untersuchung der konkreten Auswirkungen des Marx'schen Gesetzes vom tendenziellen Falls der Profitrate in den westlichen Ländern wird in der gleichen Nummer von Kommunistisches Programm bezüglich der 1976 aufgeworfenen Frage eines verkürzten Krisenzyklus geschrieben: „Der heutige Abstand erlaubt es uns festzustellen, dass die Weltwirtschaft eine Entwicklung genommen hat, die den Mittelweg zwischen den beiden ins Auge gefassten Hypothesen eingeschlagen hat.“ Von dieser Entwicklung erwarteten die GenossInnen an der Wende zum neuen Jahrzehnt ein Ende der Periode, „in der das Kapital von seiner Prosperität profitieren [konnte], um mehr oder weniger großen Schichten der Arbeiterklasse zwar einige Verbesserungen zuzugestehen, sie aber gleichzeitig im riesigen Spinnennetz der Klassenkollaboration auf allen Ebenen und der Verstärkung ihrer Ketten durch die zahllosen Mechanismen des Fürsorgestaates gefangen zu halten.“ (ebenda)

Die Anfang der 80er Jahren in mehreren Ländern West- und Osteuropas stattfindenden großen Arbeiterkämpfe aber auch das Aufkommen einer militanten Jugendbewegung (Hausbesetzer und Autonome) verleiteten die GenossInnen der deutsche Sektion der IKP dazu, ein Anwachsen des proletarischen Klassenkampfes (und sei es auch nur „an den Rändern der Arbeiterklasse“) überzubetonen und die Stabilität und Integrationsfähigkeit des kapitalistischen Staates zu unterschätzen. 1983 zerfiel die deutsche Sektion der IKP in einer Phase des Aktivismus. Die italienischen GenossInnen setzten die Arbeit fort. In Einzeluntersuchungen widmete sich die Partei der kapitalistischen Krise. Jetzt liegt eine umfangreiche Arbeit vor, in der die Laufbahn des Kapitalismus seit dem Zweiten Weltkrieg vertiefend und bis heute erweitert dargestellt wird.



Die Weiterführung der Arbeit über die Laufbahn des Weltkapitalismus

Der vorliegende Text ist ein Konzept für eine umfassendere Arbeit, die in den nächsten Monaten entwickelt werden muss... und die schon viele Seiten unserer Zeitung gefüllt hat. Dieses Papier behandelt einen Zeitraum vom Ende des 2. Weltkrieges bis in unsere Tage. In den nächsten Monaten, ausgehend von den ökonomischen und sozialen Wechselfällen der wichtigsten Länder der Welt und dem sich gegenseitigen Beeinflussen, werden wir zeigen, wie sie in einer unübertroffenen Art und Weise durch den Marxismus erklärt werden können und wie auch die Rückschlüsse, die hieraus folgen, durch die realen Tatsachen nicht geleugnet werden können.

Erster Teil: Dynamiken des Imperialismus in der Nachkriegszeit nach 1945

Der Krieg ist zu Ende

Mit dem Ablauf des 2. Weltkrieges (1945) findet sich die Welt wieder, dominiert durch einen neuen imperialistischen Chef, die USA. Mit ihrem Eintritt in den Krieg, hatte der Konflikt eine erbarmungslose Richtung eingeschlagen, und die Machtdemonstration des amerikanischen Produktionsapparates war in unmissverständlicher Weise nicht nur ihren direkten Konkurrenten sondern auch ihren Alliierten haushoch überlegen. Es reicht zu bedenken, dass während des gesamten Konfliktes, Deutschland 93.000 Kriegsflugzeuge, England 145.000 und die USA 300.000 produziert hatte. Daraus entspringt, dass wir dies unmittelbar als „Imperialismus der Flugzeugträger“ bezeichnet haben.

Mit 60 Millionen Toten und tiefgreifenden Verwüstungen hatte der Krieg die Überproduktionskrise der 20er und 30er Jahre des 20. Jahrhunderts beendet. Aber der zerstörerische Aspekt ist nicht in der Lage, alleinig, die Langlebigkeit der kapitalistischen Produktionsweise zu rechtfertigen, die noch heute die gesamte Welt dominiert, 70 Jahre nach Ende des 2. Weltkrieges. Wir müssen deshalb die Realität erkunden und jene Gegentendenzen des tendenziellen Falls der durchschnittlichen Profitrate zum Vorschein bringen, die in einer wechselseitigen und komplexen Weise stimulierend gewirkt haben und weiterhin wirken und somit die Existenz dieser Produktionsweise verlängern.

Die Wiederaufrüstung und dann der Wiederaufbau haben für das weltweite kapitalistische System eine echte und neue Morgendämmerung dargestellt. Die Präsenz eines potenten, dominanten Imperialismus (USA) und eines ausreichend bedeutsamen Gegenspielers (Russland) begründete das fruchtbarste Terrain für die Expansion des Kapitalismus. Außerdem begründete Russland den „großen Betrug“, der, unter dem täuschenden Gewand eines „sozialistischen Staates“, eine beeindruckende Reihe von falschen Ideologien, falschen Positionen, falschen Zielen in den Körper der weltweiten proletarischen Klasse eingeimpft hat. Auf Grundlage dieser expansiven strukturellen und überstrukturellen Basis, gut unterstützt durch eine erbarmungslose ideologische Konterrevolution, wurde die Arbeiterklasse umorientiert und in den Tunnel der Akzeptierung der eigenen „Sklaverei“ gedrückt, eine Bedingung in der sie noch immer ruht.

Die expansive Phase des Kapitals hatte eine dreißigjährige Dauer und ist dann von neuem in eine Überproduktionskrise geraten. Wir zeigen deshalb, in groben Zügen, was die Gründe für eine so lange expansive Phase gewesen sind: sowohl unter dem produktiven als auch dem Handels-, Finanz und auch dem landwirtschaftlichen Gesichtspunkt war die Nachkriegszeit von bemerkenswerten Neuerungen und Entwicklungen begleitet.

Die produktiven Aspekte

Die Situation, die sich uns unmittelbar nach dem Ende des Krieges präsentiert hat, ist gut bekannt: ehemals große industrielle Gebiete (jene des klassischen europäischen Kapitalismus, aber nicht nur) waren zerstört oder in desaströsem Zustand; Russland, Deutschland, Italien, Frankreich, Japan mit riesigen Schäden am eigenen produktiven Apparat mit einem Produktionsniveau in der Verarbeitung von weit unterhalb des Niveaus, welches in den folgenden 70 Jahren kapitalistischen Wachstums erreicht wurde.

Die Masse des konstanten, produktiven Kapitals hatte sich stark reduziert und mit ihr reduzierte sich die Masse der Ware Arbeitskraft: der zweite Weltkrieg stellte die erste grundsätzliche Erfahrung der Einbeziehung und Massakrierung von enormen Massen von Zivilisten dar: in der großen Mehrheit von Proletariern. Auf diesem substanziellen produktiven „Nullpunkt“, konnte sich ein hundertster expansiver Zyklus stützen: die Maschine war zur Abfahrt bereit, und startete mit großem Getöse!

Wichtige Neuheiten haben zu der expansiven Phase beigetragen, auch diese haben als Gegentendenzen zum tendenziellen Fall der durchschnittlichen Profitrate fungiert. Im Besonderen entpuppten sich einige Technologien als fundamental, die in der kriegerischen Anstrengung entwickelt wurden. Diese produktiven Neuheiten wirkten über zwei fundamentale Aspekte der kapitalistischen Produktion: auf der einen Seite haben sie fortlaufend den Wert der Produktionsmittel und des konstanten Kapitals im Allgemeinen verringert; auf der anderen hatten sich dank dieser neue industrielle Prozesse entwickelt, die die Produktivität des gesamten Systems stark erhöhten und auch dazu beitragen haben, den Wert der Unterhaltsmittel der Arbeiterklasse zu verringern.

Einige Beispiele:

Die endgültige Ersetzung von Kohle durch Erdöl als hauptsächliche Energiequelle; die Verbreitung von Kunststoffen (Plastik), die fortlaufend die Stoffe ersetzt haben, die davor im Allgemeinen teurer waren wie Metalle und Holz (die gesamte Chemie machte große Sprünge nach vorne); die neuen Technologien, die an der Montagekette angewendet wurden; die Innovationen in der Agrikultur und der Biochemie, die nicht nur neue Maschinen anstelle des menschlichen Arms eingeführt hatten, sondern direkt auf die Kultivierung einwirkten, durch die Selektion von neuen Pflanzen, die in der Lage waren, die Produktivität des Feldes zu verdoppeln oder zu verdreifachen oder auf Ländereien kultiviert zu werden, die vorher nicht genutzt werden konnten aufgrund der Umweltbedingungen und des inneren Stoffwechsels; die Innovationen im Bereich des Transportes; die regelrechte Revolution der Telekommunikation, und noch vorher der Elektronik, mit der Entdeckung und der massenhaften Benutzung der Halbleiter, der Anfang der Informatik; die Explosion der Luxusgüter, welche die produzierten Waren weit diversifiziert haben und so eine Diversifizierung von Investitionssektoren ermöglicht haben für das enorme Kapital, das in diesen Jahren das Phänomen der Entpersonalisierung des Eigentums fortsetzte, typisch für die imperialistische Phase: es verschwindet immer mehr das persönliche Eigentum (der ideologische Mythos des inhabergeführten Unternehmens) um den Aktiengesellschaften und all diesen Eigentumsformen, mehr oder weniger staatlich oder mit staatlicher Beteiligung, größeren Raum zu geben. Auf diesem Gebiet wird in der bürgerlichen Propaganda auch eine ideologische Partie gespielt: das staatliche oder verstaatlichte Eigentum oder letztlich eine staatliche Beteiligung wird als „Sozialismus“ ausgegeben, während die klassische Struktur der Aktiengesellschaften als „Liberalismus“ ausgegeben wird...

In anderen Worten, das Kapital hat demonstriert, in der Lage zu sein, sich der wissenschaftlichen Entdeckungen nicht nur zu bedienen, wie dies schon in der Vergangenheit passiert ist, sondern, mit massiven Investitionen (gewiss öffentlichen, aber auch privaten), selber der Förderer und erste Nutznießer von einer langen Serie von technologischen und wissenschaftlichen Entdeckungen zu werden, in der Lage den Wert der Produktionsmittel zu verringern, und so als Gegentendenz zum Fall der Profitrate zu wirken. Das soll heißen, dass der Wiederaufbau und die expansive Nachkriegs-Phase nicht auf einer

produktiven Basis ähnlich oder vergleichbar zur Vorkriegs-Phase stattfanden, sondern auf einem Terrain von großen technologischen Innovationen.

Zu diesem Prozess, wir nennen in endogen, in den älteren, schon kapitalistischen Ländern, ist es notwendig, auch die exogenen Dynamiken hinzuzufügen. Die Verlagerung des Herzens des kapitalistischen Systems vom europäischen Kontinent zum amerikanischen brachte den alten „Eroberer" Imperialismus endgültig in die Krise. Hand in Hand mit der Expansion des klassischen Kapitalismus und wirklich als natürliche Antwort des gesamten weltweiten Systems beschleunigte und beendete der Kapitalismus in den folgenden 30 Jahren die Durchdringung als dominantes produktives System in allen Ländern der Welt. Am Ende des 2. Weltkrieges behielten die europäischen Staaten (natürlich exklusiv der besiegten) ihre koloniale Macht von vor dem Krieg quasi noch intakt. Aber diese Situation erwies sich als ungewiss: tatsächlich, seit dem folgenden Tag nach dem Krieg, entflammte eine eindrucksvolle Serie von nationalen Befreiungskriegen die afrikanischen und asiatischen Kontinente. Der Prozess der nationalen Formierung der kolonialisierten Völker, Kind der unumgänglichen Notwendigkeit der Expansion des kapitalistischen Systems in die Welt, nahm Formen an und folgte historischen Wechselfällen, die auf ihre Weise von den besonderen Bedingungen von jedem geopolitischem Gebiet produziert wurden, und zeichneten so die komplexen Ereignisse und die historischen Geflechte, die bis zum Ende der 70er Jahre aufeinanderfolgten. Vom produktiven Gesichtspunkt haben sich die Resultate von dieser Expansion multipliziert.

Wir zählen hier einige auf:

Wachstum der proletarischen Population mit der Enteignung immenser Massen von weiteren Bauern; Schaffung von neuen produktiven Bereichen mit Profitraten aus der ursprünglichen Akkumulation; Eröffnung von neuen Märkten, auf denen die eigene Überproduktion ausgekippt werden konnte; kontinuierliche und fortschreitende Teilung der internationalen Arbeit mit relativer Verstärkung der Produktivität dank der Spezialisierung; neue „Protagonisten", die die Wettbewerbsrate erhöhten und folglich den Druck zur kontinuierlichen Notwendigkeit der Revolutionierung der Produktionssysteme, um auf einem immer größeren und globaleren Markt zu konkurrieren. Und so weiter.

Zum Schluss konnte der Kapitalismus, in diesen ersten 30 Nachkriegsjahren auf Grundlage der Absenkung des Wertes des konstanten Kapitals agieren (aber auch des variablen Kapitals), durch die Innovationen. Indem er dies gemacht hatte, arbeitete er konstant sowohl im Sinne der Erhöhung des absoluten Mehrwertes als auch der Erhöhung des relativen Mehrwertes: deshalb eine Erhöhung der totalen Profitmasse, aber auch von den Teilen des neuen Wertes, der an sich produziert wurde, zum Nachteil von dem, was dem Proletariat gelassen wurde. Dies erlaubte es dem Kapital, den Fall der Profitrate stark abzubremsen: aber sicherlich nicht das Problem zu eliminieren. Wie Marx uns erklärt, stellen die selben Triebkräfte, die den Kapitalismus befördern, die Bedingungen für seine zyklischen Krisen dar.

Finanzielle und kommerzielle (Handels-) Aspekte

Bevor wir in der Mitte der 70er ankommen (die, wie wir gut wissen, eine neue Krise verzeichneten), ist es notwendig, auch die Handels- und Finanzaspekte dieser Periode zu betrachten. Zum Ende des Krieges gab es auch vom Finanz- und Handelsaspekt aus gesehen eine Art von Nullstellung der vorhergehenden Situation. Die grundsätzlichen Aspekte waren insbesondere die Einführung einer neuen Währung im System des internationalen Austausches und ihre fortlaufende Dematerialisierung. Gleichzeitig dazu gab es die fortlaufende Privatisierung des gesamten weltweiten Banksystems und vor allem der Institute, die Geld herausgeben. In anderen Worten: das System setzte neue Kniffe in die Praxis um, um die Kosten der Zirkulation der Kapitale zu reduzieren – ein Fakt, der schon an sich dazu beitrug, die Gegentendenzen zu stimulieren, welche schon auf der produktiven Ebene wirkten.

Der erste Schritt wurde durch den einzigen Gewinner des Krieges, die USA, verwirklicht. Vor dem Hintergrund, dass sie ihren eigenen Produktions- und außerdem Finanzapparat intakt gehalten hatten, intervenierten die USA unmittelbar, um den anderen Ländern, die aus dem Krieg herausgekommen waren, vor allem in Europa, zu helfen. Das Problem war nicht nur das Zusammenbrechen der Produktion: es war auch das Fehlen von Geld, das den internationalen Austausch stimulieren konnte, oder es den Europäern erlaubt hätte, die eigene Bevölkerung zu ernähren und den Amerikanern, den eigenen produktiven Überschuss zu verkaufen, wo es nur wenige Andere gab, die in der Lage waren zu produzieren. Die USA entschieden also einen Fond einzurichten, um den Nationen zu helfen, die eine Anfrage gestellt hatten (inklusive Russland, das die Einladung aber ablehnte, und die Länder unter seiner Einflusssphäre zwang, dies genauso zu verweigern): der Marshallplan (1947). Die Europäer konnten so in den eigenen Finanzkreisläufen wieder eine ausreichende Masse an Dollars sehen, um von Neuem damit zu beginnen, die Finanz- und Handelsmaschine in Bewegung zu setzen. Der Marshallplan, der vom produktiven Standpunkt aus gesehen einen geringen Impact hatte, war aber von großer Wirkung in zwei anderen Aspekten der Kapitalverwertung. An erster Stelle haben die Amerikaner den großen Teil der entwickelten Länder durch die Hilfen an sich und ihre eigenen Bedürfnisse gebunden, an zweiter Stelle stellten sie den internationalen Kreislauf des Waren- und Kapitalaustausches wieder her, der während des Kriegs sofort einen beachtlichen Rückgang verzeichnet hatte.

Der Marshallplan ist durch die Abkommen von Bretton Woods (1944) vorweggenommen worden, mit denen die USA ihre eigene Herrschaft vom finanziellen Standpunkt aus festigten und die Basis für „Stabilität“ für den Handelsaustausch legten: damit entschied sich, dass der Dollar die weltweite Referenzwährung werden würde (etwas, das natürlich die schon existente produktive und technologische Vormacht der USA festigte) und es wurden alle anderen Währungen der Mitgliedsländer an die US-Währung gebunden, mit festen Wechselkursen; auf seine Weise wurde der Dollar dann zu einem festen Wechselkurs an Gold gebunden, somit wurde das System des Gold Exchange Standard eingeweiht. Gleichzeitig wurden die zwei Institute geschaffen, die als Bulldozer für die imperialistischen amerikanischen Interessen dienen mussten: der IWF und die Weltbank.

Das Finanzwesen in der Nachkriegs-Phase war die konsequente Entwicklung des Systems, welches Lenin Anfang des 20. Jahrhunderts in seiner Arbeit über den Imperialismus analysiert hatte. Das Finanzwesen, das zu Beginn des Jahrhunderts bereits weitgehend monopolistisch und eigenständig war, setzte seinen Kurs fort in Richtung des absoluten Wachstums und der zunehmenden Privatisierung: also in Richtung einer starken „Autonomisierung“ vom produktiven Kapital. Die Vergrößerung des kapitalistischen Systems in der Welt ging somit einher mit der offensichtlichen Hegemonie des Finanzwesens über das Produktionswesen und dem kontinuierlichen Entstehen und sich Vergrößern der Monopole – für jeden produktiven Sektor – was keine Neuigkeit sondern die natürliche Entwicklung des kapitalistischen Systems darstellte, was schon von Marx Mitte des 19. Jahrhunderts analysiert wurde. Im zweiten Teil dieser Einführung zur Arbeit der nächsten Jahre werden wir sehen wie, parallel zur Entwicklung des Finanzwesens auch die Bankensysteme immer mehr den Weg zu einer klaren Autonomie vom politischen und produktiven System gehen.

Die Politik, Dollars zu drucken und in den europäischen und japanischen Kreislauf einzuführen, und dann auch in den asiatischen, hatte sicherlich den Vorzug, eine größere Geschwindigkeit des investierten Kapitals zu begünstigen und gab damit den Raum für einen Kreislauf, der anfangs meisterhaft war… aber nur anfangs. Die Probleme begannen als direkte Folge des ökonomischen Wachstums der Länder: solange die Investitionen und die Dollars de facto kontrolliert wurden durch ihr natürliches Zurückströmen in den Ursprungsort dank der enormen Nachfrage nach amerikanischen Waren (häufig die einzig vorhandenen auf dem Weltmarkt) war die Kontrolle über die Ausdehnung und das Schrumpfen der Geldbasis unerschütterlich unter amerikanischer Kontrolle; aber als auf diese Anfangsphase noch eine erneuerte Produktionskapazität der klassischen Kapitalismen folgte (und auch von einigen weiteren aufsteigenden Kapitalismen), gerieten die in den internationalen Kreislauf eingeführten Dol-

lars außerhalb der US-Kontrolle, in dem Maß wie sie zwischen den Ländern ausgetauscht wurden. Ohne weitere Kontrolle auf die Währungsbasis und letztlich dazu gezwungen, auf ihre Weise Geld für den Erwerb von Waren auszugeben, haben sich die USA in der ungemütlichen Position des obersten Verwahrers von Zahlungszertifikaten auf Goldbasis wiedergefunden. Tatsächlich enthielt jeder Dollar für seinen Besitzer, formal, ein reales Recht auf einen Goldanteil im offiziellen Austausch (eine Dynamik, die als „Frage der Eurodollars" in die Geschichte einging). Jedes Land, soweit es einen Überschuss an Dollars für die eigenen Bewegungen auf dem Weltmarkt hatte, konnte sich mit realem Geld, und zwar mit Gold eindecken, direkt in Fort Knox, dem „zentralen Geldsafe" der Amerikaner. Und teilweise ist dies auch in solchem Maße passiert, dass die USA zu der Entscheidung gedrängt wurden, das Goldsystem abzuschaffen und 1971 die Inkonvertibilität des Dollars zu erklären. Es ist kein Zufall, dass das Jahr des Endes der Konvertibilität des Dollars in Gold auch mit dem Jahr der ersten negativen Werte in der Handelsbilanz der USA zusammenfällt, die sich das erste Mal (aber ab dem Moment blieben die Dinge so bis in unsere Tage) in Netto-Importeure von Waren transformierten, nachdem sie viele Jahrzehnte lang Netto-Exporteure waren.

Mit dieser Entscheidung ist ein jahrhundertelanger Prozess endgültig zum Ende gekommen: die Dematerialisierung des Geldes. Nun hatte die Währungsbasis kein direktes Verhältnis mehr mit Geld-Gold, sondern ihr Preis wurde auf Basis des Vertrauens festgelegt, das die Finanzmakler und im Allgemeinen die Unternehmer und die Staaten dem generellen ökonomischen System des Landes entgegenbringen, das die neue Währung ausgibt. Das, was am wichtigsten ist, ist dass jetzt die Währungsbasis, mit welcher der internationale Austausch zu verwirklichen ist, nicht mehr durch die Fessel der Parität von Gold-Waren gehemmt war, per Definition beschränkt durch die effektive Fähigkeit das Gold zu produzieren, und nicht abhängig von der Notwendigkeit der Zirkulation. Jetzt konnte die Währungsbasis liquide den Bedürfnissen der Produktion folgen, die enorm anwuchsen mit dem absoluten Wachstum der produktiven Basis und mit dem relativen Wachstum der Produktivität. Das System war demnach besser geschmiert, als es in der Vergangenheit möglich war. Die Entwicklung des Geldes war angemessen und adäquat geworden zu einer Notwendigkeit von größerer Geschwindigkeit und Liquidität in der Zirkulation und Realisierung der Waren auf dem Markt. Gleichzeitig brachte diese Entwicklung eine Reihe von widersprüchlichen Konsequenzen mit sich: mit einer beschleunigten Produktion und mit einem Wachstum des internationalen Finanzsystems korrespondiert außerdem ein enormes Wachstum des internationalen Handelsaustausches, auch dank neuer Technologien, die die Transportkosten auf weltweiter Ebene zum Einsturz brachten.

Die Demografische Frage

Es ist notwendig, den Blick auf einen letzten Aspekt zu richten, um die Entwicklung des Kapitalismus in den Folgejahren des Zweiten Weltkrieges zu verstehen: die demografische Frage, die Marx im Übrigen schon im dritten Buch des Kapitals gut eingeordnet hat. In anderen Worten, zur Überproduktion von Kapital und Waren, die sich Mitte der 70er offenbarte, gesellte sich (das eine konnte es nicht ohne das andere geben) die Überproduktion von Proletariern, Tochter der demografischen Explosion, die die Welt überrollte: in Asien, zuallererst, aber auch im „leeren Kontinent" (natürlich aus der Sichtweise des Kapitals: Afrika), der heute nicht mehr besonders leer ist. Während es zum Ende des 2. Weltkrieges noch circa zwei Milliarden waren, die auf dem 3. Planeten des Sonnensystems herumtrampelten, sind wir heute mehr als sieben und in ständiger Vermehrung.

Natürlich hatte das abnormale Anwachsen des Proletariats, zumindest anfangs, die Funktion, sowohl die Abschöpfung des absoluten Mehrwerts zu stimulieren, der – wie Marx erklärt – unabdingbar an die absolute Anzahl der beschäftigten Arbeiter gebunden ist, als auch zur Schaffung einer enormen industriellen Reservearmee, die tendenziell helfen wird, den Anstieg des totalen und weltweiten variablen Kapitals [Löhne] einzudämmen und letztlich wird es nicht wenig dazu beitragen, die zu ernährenden Münder zu vermehren: oder die Mindestbasis des Weltmarktes enorm zu vergrößern. Aber wir werden

in der Zukunft die Gelegenheit haben, um diesen Aspekt, wie die anderen, die bis hierhin in einer grundsätzlichen Linie behandelt wurden, besser zu auszuführen.

Die synchrone Überproduktionskrise Mitte der 70er

Wie wir gesehen haben, haben die technologischen Verbesserungen, die Innovationen auf dem Gebiet der Finanzen und des Handels, aber vor allem die Zerstörung des Produktionsapparates (und demnach des konstanten Kapitals) durch das Werk des 2. Weltkrieges, die enorme Expansion der weltweiten Ökonomie erlaubt. Aber (nochmals Marx): die selben Aspekte, die es dem Kapital erlauben zu expandieren, sind die Basis für seine Krisen. Es war so, dass mit dem Erreichen der Mitte der 70er das weltweite kapitalistische System erneut in eine Überproduktionskrise fiel: nämlich von generellen produktiven Zuwächsen von 10% zu einem Einsturz der Zuwächse in allen am meisten fortgeschrittenen Ländern. Es gibt zwei Phänomene, die größtenteils zu diesem Stillstand beitragen: an erster Stelle, die Faktoren, die zu einer größeren Produktivität geführt haben, haben sich schon verallgemeinert und konnten in Folge nicht länger als Gegentendenzen fungieren; an zweiter Stelle benötigte die enorme Produktivität der vergangenen 30 Jahre eine Vergrößerung des Weltmarktes, unmöglich mit der selben Geschwindigkeit zu realisieren, mit der sich die Produktion ausweitete.



Ein letzter Aspekt, auch dieser ein Ergebnis der Überproduktionskrise, war dann die Konfusion auf dem Gebiet der Währung: das Ende der Konvertibilität des

Dollars eröffnete für das weltweite Finanzsystem eine Periode von maximaler Flüchtigkeit, von der der Ölschock der 70er und die in dieser Periode immer hohe US-Inflation nur oberflächliche Erscheinungen waren. Es haben sich die Effekte der Gegentendenzen erschöpft, wie von uns oben beschrieben, die Dynamik des tendenziellen Falls der durchschnittlichen Profitrate konnte erbarmungslos wieder beginnen. Wie wir in den Artikeln gesehen haben, die in den letzten Jahren in unserer Presse veröffentlicht wurden, ist der tendenzielle Fall der durchschnittlichen Profitrate gut sichtbar durch die Untersuchung der dargestellten Daten: nach 1975 trat der Rückgang der Wachstumsraten wieder in Kraft, sowohl in der Produktion als auch im Außenhandel und in den Investitionen des Kapitals ins Ausland. Die Frage, die es zu beantworten gilt ist: wie war es möglich, dass der Kapitalismus diese hundertste Überproduktionskrise überlebte? Um diese Frage zu beantworten, ist es notwendig, drei Phänomene zu untersuchen, die sich seit Mitte der 70er entwickeln: es gab neue Technologien und insbesondere die Explosion der Informationstechnologien; die Krise und der anschließende Zusammenbruch des „Sowjet-“blockes; Beginn des Ausnutzens des Finanzhebels, der bis zur Mitte der 70er nur zu einem minimalen Teil ausgeschöpft wurde. Die Informationstechnologien erlaubten eine generelle Verringerung des Wertes der Produktionsmittel und eine Ersparnis an variablem Kapital; der Zusammenbruch des russischen Imperiums öffnete dem Westen neue Märkte, die bis dahin versperrt waren; schließlich wurde der Finanzhebel (und wird es noch heute) bis zu Exzess und darüber hinaus ausgenutzt: seine Ausnutzung und sein scheinbarer Erfolg waren derart, dass, für die folgenden 30 Jahre, der ganzen Welt falsche Hoffnungen gemacht wurden, von der Möglichkeit des Kapitals, sich von der Produktion zu emanzipieren – die hartnäckige kleinbürgerliche Illusion, Geld nur aus Geld zu generieren. All diese Themen, und noch weitere, werden in der künftigen Arbeit über die Entwicklung des Kapitalismus ausgeführt werden.

Deutsche Bahn 2017 –
Auf Streik von Anfang an verzichtet

Der Streik ist das wichtigste ökonomische Druckmittel, welches die Arbeiter_innenklasse in einem Arbeitskampf in der Hand hat, denn es greift das Kapital direkt dort an, wo es am meisten weh tut: am Profit. Bereits während der Tarifverhandlungen dienen Warnstreiks dazu, die Geschlossenheit der Belegschaft zu demonstrieren und die Unternehmer von Anfang an unter Druck zu setzen, um ein möglichst gutes Ergebnis durchsetzen zu können.

Die GDL (Gewerkschaft Deutscher Lokomotivführer), die die bei ihr organisierten Lokführer und Zugbegleiter bei der Deutschen Bahn vertritt, hat von Anfang an auf Streiks verzichtet, indem sie bereits letztes Jahr ein bis 2020 geltendes Stillhalteabkommen unterzeichnet hat. Dieses verpflichtet die GDL, beim Scheitern von Tarifverhandlungen, zunächst ein Schlichtungsverfahren zu akzeptieren. Hierzu schrieben wir 2016: „Da während einer derartigen Schlichtung die Friedenspflicht herrscht, müsste die GDL zur Durchführung eines Arbeitskampfes zunächst die Annahme eines Schlichterspruches verweigern, womit sie sich ein erhebliches Akzeptanzproblem in der Öffentlichkeit schaffen würde (auch hinsichtlich ihrer Mobilisierungsfähigkeit)“.

In der aktuellen Tarifauseinandersetzung war die GDL somit nach dem Scheitern der Verhandlungen im Dezember 2016 dazu gezwungen, zuerst ein Schlichtungsverfahren zu akzeptieren, bevor sie den DB-Konzern durch Streiks unter Druck setzen darf. Nach fast drei Monaten wurde dann das Ergebnis präsentiert – identisch mit dem, welches die unternehmerfreundliche Konkurrenzgewerkschaft EVG bereits im Dezember 2016 mit der Deutschen Bahn vereinbart hat: Eine Einmalzahlung von 550 Euro, 2,5 Prozent mehr Lohn ab April 2017 und ab Januar 2018 eine Verkürzung der Referenzarbeitszeit um 2,6 Prozent (plus einige Details wie bessere Planbarkeit der Schichtpläne). Insgesamt eine sehr moderate Erhöhung, die sich an der Inflation orientiert.

Das einst von der GDL hochgehaltene Ziel, gegen die im internationalen Vergleich geringe Bezahlung der deutschen Lokführer vorzugehen, lässt sich „nur auf dem Verhandlungstisch“ nicht durchsetzen – hierzu sind entschlossene Streiks der Arbeiter notwendig. Im April 2015 wurde ein vergleichbares Ergebnis (3,2 Prozent und im Folgejahr 1,5 Prozent mehr) von der GDL noch unter der Überschrift „das Zugpersonal hat die Nase gestrichen voll!“ mit aller Vehemenz abgelehnt.

Damit bestätigt sich unsere Einschätzung, dass es sich bei der GDL ebenso wie bei anderen Spartengewerkschaften weder um Basis- geschweige denn um Klassengewerkschaften handelt, die das proletarische Klasseninteresse besonders vertreten und die aktive Beteiligung und Organisierung der Arbeiter in den Kämpfen vorantreiben würden. Sie stellen deshalb keine grundsätzliche organisatorische Alternative zu den DGB-Gewerkschaften zur Vorbereitung neuer Klassenkämpfe dar. Sie sind zwar meistens konfrontativer und kämpferischer als die DGB-Gewerkschaften, jedoch vor allem deshalb, weil sie sich vor ihren Mitgliedern gegenüber dem DGB profilieren müssen und ein organisatorisches Eigeninteresse vertreten. Dies kann für die Arbeiter_innenklasse von Fall zu Fall von Vorteil sein, aber eben auch falsche Illusionen schüren und zur Befriedung der Arbeiter_innenklasse beitragen und die Konflikte in institutionelle Bahnen lenken.

Verdi sabotiert den Arbeitskampf der Bodendienst-arbeiter_innen an den Berliner Flughäfen

Groß war die Wut und Entschlossenheit der Bodendienstarbeiter_innen an den Berliner Flughäfen, Anfang 2017 für höhere Löhne und bessere Arbeitsbedingungen zu kämpfen – in Anbetracht der schlechten Bezahlung und der hohen Arbeitsbelastung. Entsprechend deutlich war mit 99% auch die Zustimmung und Teilnahme der rund 2.000 Beschäftigten am unbefristeten Streik, der dann nach 3 Tagen von ver.di am Verhandlungstisch abgewürgt und befriedet wurde. Ein weiteres Lehrstück für die Rolle der staatstragenden Gewerkschaften.

Die Bodendienstarbeiter_innen sind für Tätigkeiten wie Boarding, Checkin, Gepäckabfertigung, Enteisung, Betankung und Reinigung von Flugzeugen verantwortlich – unter Zeitdruck und Personalmangel, mit schweren körperlichen Tätigkeit wie Kofferschleppen und verantwortungsvollen Aufgaben in sicherheitsrelevanten Bereichen – im Schichtbetrieb bei Eiseskälte im Winter oder gleißender Hitze im Sommer.

Das niedrigste im bisherigen Tarifvertrag vereinbarte Einstiegsgehalt in Berlin/Brandenburg lag bei 9,30 Euro die Stunde, im Durchschnitt waren es rund 11 Euro in der Stunde. Pro Monat sind das dann netto zwischen 1.150 und 1.300 Euro bei Vollzeit – wer wegen Arbeit auf Abruf auf weniger als 40 Stunden die Woche kommt, hat häufig nicht mehr als 900 Euro zum Leben. Hinzu kommen befristete Verträge bei bis zu 40% der Beschäftigten und Leiharbeit. Für 83% der Beschäftigten ist die Arbeit deshalb nicht existenzsichernd (laut einer Umfrage von ver.di).

Ver.di stellte außerdem fest: „Seit der Privatisierung der Globeground im Jahr 2008 ist das Lohnniveau bei Neueinstellungen bei den Berliner Bodenverkehrsdienstleistern um rund 30 Prozent gefallen und gleichzeitig die Arbeitsbelastung enorm gestiegen." Verantwortlich für diese Situation sind sowohl ver.di selber als auch SPD und PDS (Vorgängerorganisation der Linkspartei). Denn 2003 wurde der mehrheitlich im öffentlichen Besitz befindliche Abfertiger Globeground auf Druck des SPD-PDS Senats in die Billiglohntochter Ground Service International ausgegliedert (Betriebsrat und ver.di stimmten zu) und dann 2008 an den Facility Management-Dienstleister Wisag verkauft.

Da immer weniger der fast 2.000 Bodendienstarbeiter_innen an den Berliner Flughäfen bereit sind, noch länger still zu halten und zu diesen Konditionen zu arbeiten, sah sich die Dienstleistungsgewerkschaft ver.di nach anfänglichen Warnstreiks am 8.2. und 16.2. und einem lächerlichen Angebot der Arbeitgeber_innen (Steigerung von 0,27 Euro pro Stunde) dazu gezwungen, in einer Urabstimmung zum unbefristeten Streik aufzurufen und sich somit an die Spitze des Streiks zu stellen – fast 99 Prozent der gewerkschaftlich Organisierten stimmten dafür – es wurde 1 Euro mehr pro Stunde gefordert bei einer Laufzeit von 12 Monaten. Aus dem unbefristeten Streik der Belegschaften aller Unternehmen, der die Berliner Flughäfen fast vollständig still legte, wurden ganze 3 Tage (der 10., 13. und 14. März). Obwohl (oder gerade weil!) ver.di feststellte, “die Tarifrunde hat gezeigt, wie



mächtig die Beschäftigten des BVD sind...", wurde diese Kampfkraft nicht dazu genutzt, die Konditionen wesentlich zu verbessern, sondern nur dazu, um etwas Dampf abzulassen und um die Streiks anschließend am Verhandlungstisch wieder zu beenden. Als Vermittler schlug ver.di ausgerechnet den ehemaligen Berliner Innensenator Körting vor, der in Zeiten der SPD-PDS-Regierung 2003 dafür verantwortlich war, dass das Land Berlin aus dem Bundestarifvertrag des öffentlichen Dienstes ausgetreten ist und 2008 die Privatisierung der Berliner Bodendienste durchsetzte, beides um erfolgreich Sozialdumping betreiben zu können. Vom 4. bis 6. April stellte ver.di dann das Ergebnis zur Abstimmung:

Für die Beschäftigen wird eine Gehaltserhöhung von 1 Euro bis 1,80 Euro vorgesehen (laut ver.di 14 Prozent) – allerdings in einem Zeitraum von drei Jahren. Da ein Teil davon ohnehin durch die Inflation aufgefressen wird, werden die Bodendienstarbeiter_innen weiterhin für eine Bezahlung arbeiten müssen, die knapp über der Armutsgrenze liegt. An der hohen Arbeitsbelastung, am Schichtsystem und der Arbeit auf Abruf wird sich nichts ändern. Hinzu kommt, dass die Vertragslaufzeit bis 2020 dauert – bis dahin gilt die Friedenspflicht und weitere Streiks sind gesetzlich verboten. Ein bundesweit koordinierter Arbeitskampf gemeinsam mit den anderen Standorten in Frankfurt, Köln, Hamburg, Düsseldorf und Stuttgart mit dem Ziel eines gemeinsamen Tarifvertrages ist von ver.di entgegen anderslauternder Bekundungen nie ernsthaft beabsichtigt gewesen – stattdessen wurden an jedem Standort unterschiedliche Tarifverträge abgeschlossen und die Arbeitskämpfe somit örtlich isoliert.

Fast 57 Prozent der ver.di-Mitglieder_innen stimmten gegen dieses Ergebnis – aufgrund einer Besonderheit des deutschen Streikrechts gilt es damit dennoch als angenommen – trotz einer breiten Ablehnung innerhalb der Arbeiterschaft: Obwohl es in vielen Fällen ohnehin schwer genug ist, eine einfache "demokratische Mehrheit" unter den Arbeiter_innen zu erzielen, angesichts der mächtigen Propagandaapparate der staatstragenden Gewerkschaften und der Hetze der bürgerlichen Medien, ist laut Satzung der DGB-Gewerkschaften eine Mehrheit von 75 Prozent notwendig – von den Mitglieder_innen der entsprechenden DGB-Gewerkschaft, die sich für den Streik ausspricht (also auch ausschließlich der Mitglieder_innen anderer Gewerkschaften – somit kann eine Minderheit von mehr als 25 Prozent jeden Streik verhindern wie in diesem Fall). Ver.di setzt noch eins drauf mit der unverschämten Äußerung: "Das Ergebnis zeigt aber auch, dass es keine weitere ausreichende Streikbereitschaft mehr gibt. Insoweit ist die notwendige Zustimmung von mindestens 75% für weitere Streiks nicht mehr gegeben." Abgesehen davon, dass es hier sehr wohl eine große Streikbereitschaft gab: es wäre eine der primären Aufgaben einer Gewerkschaft (die diesen Namen verdient), auch dort, wo nur eine geringe Streikbereitschaft herrscht, alles dafür zu tun, die Arbeiter_innen zum Kampf um die Verbesserung der eigenen Lebens- und Arbeitsbedingungen zu animieren.

Hinzu kommt: Zu den demokratischen Zahlenspielereien haben wir stets die Auffassung vertreten, dass Streiks keine Frage von rein rechnerischen, demokratischen Mehrheiten sind (egal ob von 75 oder 50 Prozent), sondern von realen Kräfteverhältnissen; dass es also unter gewissen Umständen durchaus sinnvoll sein kann, wenn selbst eine Minderheit, soweit sie dazu in der Lage ist, eine Verbesserung der eigenen Lebens- und Arbeitsbedingungen durch Arbeitskämpfe durchsetzt.

Der Arbeitskampf beim Bodenpersonal bei den Berliner Flughäfen zeigt sehr deutlich die Rolle der staatstragenden Gewerkschaften und wie immer wieder versucht wird, Streiks und wirksame Arbeitskämpfe mit allen Mitteln zu verhindern. Das besondere an dieser Situation war die sehr hohe Kampfbereitschaft unter den Arbeiter_innen und dementsprechend nun die Wut auf ver.di – eine Erfahrung, die sich hoffentlich bei vielen Arbeiter_innen ins Bewusstsein einprägt. Was in Deutschland leider fehlt sind relevante kämpferische Gewerkschaften bzw. Klassengewerkschaften, die in der Lage wäre, enttäuschte Arbeiter_innen zu organisieren. Diese kann jedoch nicht am runden Tisch konstruiert werden, sondern muss aus den Kämpfen entstehen und Ergebnis der Kampferfahrungen unserer Klasse sein. An diesem Ziel arbeiten wir als Kommunist_innen.

Modena/Norditalien:

Neue Angriffe von Polizei, Justiz und Unternehmer auf die Basisgewerkschaft S.I. Cobas und die Kämpfe der Arbeiter

Aldo Milani, der Koordinator der S.I. Cobas, einer kämpferischen italienischen Basisgewerkschaft, wurde am 26.1.2017 verhaftet – unter dem Vorwurf der Erpressung der Levoni Group, eines der größten fleischverarbeitenden Unternehmen Modenas, im Norden Italiens. Die Verhaftung ist Teil einer staatlichen und unternehmerischen Kampagne, um streikende Arbeiter und kämpferische Gewerkschaften einzuschüchtern und zu kriminalisieren und das Streikrecht anzugreifen.

Weder die Entlassung von hunderten an der Basis aktiven Arbeitern, noch Polizeiknüppel gegen Streikposten, noch Anzeigen und Gerichtsverhandlungen gegen Arbeiter_innen und Aktivist_innen, noch die Kriminalisierung von Streikposten haben ausgereicht, um die Ausbreitung der Organisierung von Arbeiter_innen und der Streiks im Logistiksektor durch S.I. Cobas und ADL Cobas zu stoppen. 55 S.I. Cobas Mitglieder, die für die Levoni Group arbeiteten, wurden entlassen, nachdem sie gestreikt hatten. S.I. Cobas hat eine Reihe von Streiks in Levoni Fabriken durchgeführt, um die Wiederaufnahme von Entlassenen und die Zahlung von ausstehenden Beiträgen zur Arbeitslosenversicherung durchzusetzen. S.I. Cobas hat außerdem die Levoni Group auf Zahlung von fast einer Million an ausstehenden Löhnen, Beiträgen und Krankengeld verklagt.

Was ist genau passiert?

Am 26.1. wurden Verhandlungen zur Wiedereinstellung von entlassenen Arbeitern und zur Zahlung von Arbeitslosenversicherungsbeiträgen einberufen. Nachdem die Polizei versteckte Kameras postierte, überreichte einer der Manager dem von Levoni eingesetzten Vermittler einen Umschlag mit 5.000 Euro. Nach der Verhandlung wurden neben dem Vermittler auch der S.I. Cobas-Gewerkschaftler Aldo Milani verhaftet. Die Anklage: Sie hätten 90.000 Euro gefordert, um im Gegenzug weitere Streiks zu verhindern.

Die staatstragenden Zeitungen und TV Kanäle haben anschließend über mehrere Tage hinweg die Falschmeldung verbreitet: "ZWEI S.I. Cobas Anführer wurden verhaftet, weil sie Schmiergelder gefordert haben, um die Arbeiter zu verraten." Aldo Milani wurde nach 2 Tagen Gefängnis am 28.1. wieder unter Auflagen (Meldepflicht und die Verpflichtung, Mailand nicht zu verlassen) freigelassen – am 21. Februar wurden diese Auflagen vom Gericht noch einmal verlängert.

Unsere Genoss_innen vor Ort haben unmittelbar am 27. Januar mit einem Flugblatt und noch einmal am 30. Januar mit einer Erklärung auf diese Angriffe reagiert – wir geben hier den Inhalt wieder:

Gegen die unternehmerisch-polizeilichen Täuschungskampagnen, die Kampffront erweitern und die Verteidigungsorganisation der Lebens- und Arbeitsbedingungen der Proletarier stärken

Jetzt, wo viele Fakten bezüglich der Inhaftierung des nationalen Koordinators der S.I. Cobas während einer gewerkschaftlichen Verhandlung in Modena geklärt wurden, mit dem Vorwurf der Erpressung (insbesondere bezüglich der Rolle und Identität der Person, die auf Anweisung von Levoni eine Vermittlungsfunktion eingenommen hat und den Umschlag mit dem Geld entgegengenommen hat), wird die miese unternehmerisch-polizeiliche Täuschungskampagne immer offensichtlicher, um die S.I. Cobas zu diskreditieren. Die Reaktion der eingetragenen Arbeiter war gewaltig und hat unverzüglich stattgefunden, mit der totalen Blockade der Arbeitsorte – und in der blamablen Ruhe oder – schlimmer noch – in der Distanzierung der anderen sogenannten Basis-“Gewerkschaftler“ (nicht zu reden vom

Gift, das die großen Tricolore-Gewerkschaften gespuckt haben, die integraler Bestandteil der bürgerlichen Staatsgewalt sind). In Wirklichkeit findet seit vielen Monaten eine echte Einschüchterungskampagne mit dem immer termingerechten Beitrag der landesweiten Desinformationsmittel gegen die S.I. Cobas statt, die es bei allen Widersprüchen verstanden hat, durch entschiedene und radikale Kämpfe, die am stärksten ausgebeuteten Sektoren eines migrantischen Proletariats zu organisieren, das nicht durch die großen, zentralen Gewerkschaften vertreten wird. Die vehementen Kämpfe der Lagerarbeiter und der Arbeiter in den Schlachthöfen und der Fleischindustrie, die einer bestialischen Ausbeutung unterworfen sind, mit fürchterlichen Arbeitsbedingungen, Hungerlöhnen, ständigen Erpressungen seitens der Unternehmer und der Kooperativen, Provokationen von der „Ordnungsmacht“ und der Gerichte – diese Kämpfe waren, sind es noch immer und müssen auch weiterhin eine wirkliche klassenkämpferische Lehrstunde sein, aufgrund ihrer Wirksamkeit und Geschlossenheit, für ein Proletariat, das noch in großem Maße die Schläge der ökonomischen Krise und der Angriffe von Staat und Unternehmen erleidet, quasi ohne zu reagieren. Und diese Kampfbereitschaft, die es dort gibt, begrüßen wir mit Enthusiasmus.



Aber die Arbeiter müssen auf der Hut sein: Täuschungskampagnen wie diese, und noch schlimmere (die herrschende Klasse hat lange, einschlägige Erfahrungen!) werden von neuem durchgeführt werden, um ihre Entschlossenheit in der Verteidigung der eigenen Lebens- und Arbeitsbedingungen zu schwächen. Es ist notwendig und dringend, die Mobilisierung aufrechtzuerhalten, aus jeglichem „Ghetto einer Berufsgruppe“ herauszukommen, die Front der Kämpfe aufs Territorium auszuweiten und zu verstärken, die eigenen Basisorganisationen zu konsolidieren in der Weise, Infiltrierungen und Provokationen zu neutralisieren und vor allem damit fortzufahren, die Unternehmer (egal ob individuell, staatlich oder als „Kooperative“) dort zu treffen, wo sie am sensibelsten sind: am Profit.

Kompakte Streiks ohne örtliche und zeitliche Grenzen, Blockade des Wareneingangs und -Ausgangs, organisatorische Strukturen, die in der Lage sind, sich allen Fragen bezüglich der proletarischen Bedingungen anzunehmen und die Kontinuität der Organisation zu sichern, die Konstituierung einer echten, soliden und stabilen „Streikkasse“ mit transparenter Verwaltung, die wirklich in der Lage ist, die kämpfenden Arbeiter ökonomisch zu unterstützen und sofortige und konkrete Klassensolidarität zu organisieren für jeden, der getroffen wird („der Angriff auf einen ist ein Angriff auf alle“ ist seit jeher eine Parole des Proletariats und muss mit Kraft wieder erklingen): dies müssen die Ziele von jedem Verteidigungsorgan der Lebens- und Arbeitsbedingungen der Proletarier sein.

Wie immer sind wir und werden wir als internationalistische Kommunisten immer entschieden an der Seite der Arbeiter sein, um die Kämpfe – in den Grenzen unserer Kräfte – zu verteidigen, zu befördern und zu lenken aber ohne diese oder jene Basisorganisation „zu heiraten“.

Verfaulte Überreste der sogenannten „Nationalen Frage“

Die sogenannte „Nationale Frage“ wird heute durch kleine politische Banden und echte Seiltänzer wieder ausgegraben, im vollständigen Chaos und im Mief eines politischen Opportunismus, der überhaupt nicht in der Lage ist, sich dem Opportunismus des letzten Jahrhunderts zu stellen, als Sozialdemokratie und Stalinismus auf die Proletarier einschlugen.

Und das nicht nur in der bunten Welt der „Medien“ oder des „Netzes“, sondern in der realen Welt von Gruppen mit national-“kommunistischer“ Herkunft in allen Ländern: neu aufgefrischte Stalinisten, Neosituationisten, Rot-Braune, Trotzkisten, Kommunitaristen usw., die versuchen, den proletarischen Aufstand fernzuhalten, geben sich zum Spiel in die Arena bürgerlicher Politik, ausgerechnet während die Krise des Kapitalismus chronisch wird und unsere Klasse etwas ganz anderes benötigen würde. Auf der anderen Seite: präsentiert sich die Tragödie nicht als Possenspiel, in der nochmaligen Aufführung der Geschichte?

Die proamerikanischen Hofnarren, beispielsweise (Anhänger einer nationalen Souveränität, Populisten, Liberale und Protektionisten) und die Partisanen der „russischen Salatschüssel“ (im baltischen und kaukasischen Gebiet, im Donbas und der Krim) dienen der Ablenkung, um ein Proletariat zu desorientieren, das sich noch immer damit abmüht, aus den Trümmern von entsetzlichen historischen Niederlagen, von blutigem Verrat, hervorzukommen. Den imperialistischen Bourgeoisien reichte es nicht aus, das Puzzle der Völker zu zerlegen und neu zusammenzusetzen: es war ebenso notwendig, die sogenannten Nationen, die künstlich geschaffenen Staaten, mit pseudo-ethnischen Vertreibungen durcheinanderzuwirbeln, dort, mit Hilfe von direkten Kriegen oder per Zwang, Rohstoffströme zu erschließen, Waffen, Drogen, Währungs- und Finanzmittel, echte Autobahnen für den immensen imperialistischen Verkehr...

Hier sind wir also, von Neuem, um den verfaulten Überresten der sogenannten „Nationalen Frage“ entgegenzutreten, weil sich die Schauplätze immer mehr ausweiten und sich die blutigen Rampenlichter des Mittleren Ostens wieder entzünden. Die Frage ist deshalb: ist das Postulat des Selbstbestimmungsrechtes der Völker in der aktuellen historischen Situation noch aktuell, wo die Phase der bürgerlichen Revolutionen und der doppelten Revolutionen abgeschlossen ist, wo die historisch-sozialen Bedingungen für eine „rein proletarische“ Revolution gegeben sind, nicht nur in Europa, sondern auf der gesamten Welt. Für uns ist die Antwort klar: NEIN. Aber wir können uns nicht auf das Einsilbige beschränken. Stattdessen kommen wir auf die Positionen von Lenin 1914 kurz zurück:



Zeichnung von Robert Minor für das Bündnis des Proletariats mit den unterdrückten Völkern von 1925

„Vor allem […] die Notwendigkeit, zwei unter dem Gesichtspunkt der nationalen Bewegungen grundverschiedene Epochen des Kapitalismus streng zu unterscheiden. Zunächst ist das die Epoche des Zusammenbruchs des Feudalismus und Absolutismus,

die Epoche der Herausbildung der bürgerlich-demokratischen Gesellschaft und des bürgerlich-demokratischen Staates, die Epoche, in der die nationalen Bewegungen zum erstenmal zu Massenbewegungen werden und so oder anders alle Klassen der Bevölkerung durch die Presse, durch die Teilnahme an den Vertretungskörperschaften usw. in die Politik hineinziehen. Dann aber haben wir es zu tun mit der Epoche der völlig herausgebildeten kapitalistischen Staaten mit einer seit langem eingebürgerten konstitutionellen Ordnung, mit stark entwickeltem Antagonismus von Proletariat und Bourgeoisie – einer Epoche, die man als den Vorabend des Zusammenbruchs des Kapitalismus bezeichnen kann.

Für die erste Epoche ist typisch, daß die nationalen Bewegungen erwachen und die Bauernschaft als die zahlreichste und am schwersten in Bewegung zu bringende Bevölkerungsschicht im Zusammenhang mit dem Kampf für politische Freiheit im allgemeinen und für die Rechte der Nationalität im besonderen in diese nationalen Bewegungen hineingezogen wird. Für die zweite Epoche ist typisch, daß bürgerlich-demokratische Massenbewegungen fehlen, während der entwickelte Kapitalismus, der die schon völlig in den Handelsverkehr einbezogenen Nationen einander immer näher bringt und immer mehr vermischt, den Antagonismus zwischen dem international verfilzten Kapital und der internationalen Arbeiterbewegung in den Vordergrund rückt. Gewiß ist die eine Epoche von der anderen nicht durch eine Mauer getrennt, sondern sie sind durch zahlreiche Zwischenglieder miteinander verbunden, wobei die einzelnen Länder sich noch in dem Tempo der nationalen Entwicklung, in der nationalen Zusammensetzung der Bevölkerung, ihrer Verteilung usw. usf. unterscheiden. Es kann keine Rede davon sein, daß die Marxisten eines bestimmten Landes an die Aufstellung ihres nationalen Programms schreiten, ohne alle diese allgemeinen historischen und konkreten staatlichen Bedingungen zu berücksichtigen.“ Und etwas weiter unten fügt er hinzu: „ In den meisten westlichen Ländern ist sie schon längst gelöst. Es ist lächerlich, in den westlichen Programmen Antwort auf dort nicht existierende Fragen zu suchen.“

So also Lenin. In Bezug auf die „Nationale Frage“ stellt sich ganz klar die Frage: Muss das „Selbstbestimmungsrecht der Nationen“ in den Mehrvölkerstaaten heute im Programm der Partei der Weltrevolution vorkommen? Ist es noch möglich, die Taktik der „demokratischen Diktatur des Proletariats im Bündnis mit den armen Bauern“ wiederaufzunehmen (die „doppelte Revolution“ oder die „wirkliche Volksrevolution“)? Welches sind die historisch-konkreten Besonderheiten, wie Lenin sagen würde, die uns noch verpflichten würden, diese Losung in unserem Programm beizubehalten? Welche historisch-konkreten Besonderheiten würden uns auf weltweiter Ebene verpflichten, genauso, die Thesen von Baku wiederaufzunehmen, notwendig zur Zeit der Kommunistischen Internationalen in seinem II. Kongress von 1920? Die Internationale in der Zeit der ersten Kongresse hatte damals die Notwendigkeit, sich mit den Themen der „Nationalen Frage“ auseinanderzusetzen: damals war diese Frage in einem immensen Teil der Welt offen und die „doppelte Revolution“ stand noch auf der Tagesordnung. Die Epoche, in der wir leben, ist stattdessen diejenige, in der die Nationale Frage historisch nicht mehr auf der Tagesordnung steht. Sie ist durch eine Komplexität von historischen Verläufen gekennzeichnet, aber die Richtung dieser Bewegung ist vorgezeichnet und die häufig widersprüchlichen Ereignisse, die eintreten können, können ihren Verlauf nicht verändern. Es geht hier nicht um die ökonomische Unabhängigkeit der Nationen, die in der Epoche des Imperialismus niemals möglich ist, sondern um die formale Unabhängigkeit der Nationalstaaten in den verschiedenen Gebieten der Welt, in welchen die Frage des Rechts auf Lostrennung eine positive Rolle spielte, als dort Mehrvölkerstaaten existierten. Das internationale Proletariat in seinem Klassenkampf gegen den Kapitalismus hat die Forderung nach formaler Unabhängigkeit eines Staates immer als fundamental betrachtet, sicher nicht um ihn aufzubauschen, aber als Voraussetzung um ihn niederzureißen, vor allem in Gegenwart des „lokalen“ Proletariats, das bereits durch die Produktivkräfte aufgerüttelt wurde.

Wir können vor allem nicht die Wichtigkeit vergessen, die noch heute die „unreinen“ Widersprüche in einigen Gebieten der Welt und selbst im „fortschrittlichen“ Westen haben: sprich dass sie sich nicht auf die zwischen industriellem Kapital und Lohn-Proletariat beschränken (nebensächliche nationale Bewe-

gungen, übriggebliebene Bewegungen der Bauern). Die Frage ist: können diese Widersprüche, nebensächlich in der realen Dynamik der derzeitigen Geschichte, in den Kräfteverhältnissen zwischen den Hauptklassen die revolutionäre Bewegung des Proletariats voranbringen? Können sie zumindest ein Potential haben, entsprechend dem der Heldentaten der „farbigen Völker“ in der Phase nach dem 2. Weltkrieg? Gegenüber einer „reinen Dynamik“, in der einzig und allein die beiden verfeindeten Klassen offen gegenübergestellt wären, das Proletariat und die Bourgeoisie, würde uns nichts übrig bleiben als die nebensächlichen Dynamiken zu vernachlässigen. Andererseits, wer könnte die Massen an Bauern in Afrika und Asien vernachlässigen (das selbe in China und Indien), die vor allem immer weniger in der Lage sind, „agrare Bewegungen“ zu schaffen, und die ethnisch-nationalen Kämpfe, die unter dem Stoß der innerimperialistischen Zusammenstöße umgekippt werden könnten? Außerdem, innerhalb der Widersprüche, wie kann man die Kraft der Mittelklassen und der Arbeiteraristokratie in der imperialistischen Phase ignorieren, in der Lage eine umfassend reaktionäre Front zu konstituieren, indem sie gerade die ethnischen, religiösen, nationalen Bestrebungen ausnutzen? Und könnte der mächtige Marsch nach vorne desselben Proletariats morgen nicht, im Laufe des revolutionären Bürgerkrieges, einen Mitnahmeeffekt haben, derartig, die Massen, auch die rückständigsten, in eine entgegengesetzte Richtung mitzureißen?

Mit dem Ende des alten Kolonialismus und der Entstehung des modernen Imperialismus haben sich alle Großmächte stark darum bemüht, aus den Schwierigkeiten der Verwaltung der besetzten Territorien und der erzwungen Annektionen herauszukommen. Diese haben sie in ökonomische und politische „Vereinbarungen“ umgewandelt: in Wirklichkeit schamlose Allianzen und materielle und finanzielle Unterwerfungen. Das „Selbstbestimmungsrecht der Völker“, kommt, wie wir wissen, von oben von der Generalversammlung der Uno; „die Gleichheit der Nationen“ ist universell in Kraft getreten; die Anerkennung, sich zu trennen, wenn es den Interessen der Bourgeoisie dient, wurde jetzt erfolgreich durchgesetzt: die diffuse ideologische Hinterlassenschaft der imperialistischen Bourgeoisie ist nun in der politischen Gesellschaft und der weltweiten Ökonomie dominierend. Die letzten Ereignisse auf dem Balkan attestieren, dass die Zerfallskräfte von Ex-Jugoslawien (seine Balkanisierung, wie im 19. Jahrhundert) ein Produkt der Machtpolitik von Deutschland und den USA war, des ultraentwickelten Westens. Es sind die Großmächte, die Feuer auf das Pulver der territorialen Spaltungen (Kroatien, Slovenien, Bosnien, Kosovo usw.), die sich „Nationen“ nennen, gegeben haben. Dies kaschiert nicht, dass nicht anderswo das „Recht auf Abspaltung“ der Minderheiten durch die eine oder andere Bourgeoisie niedergeschlagen wird, durch das Großbürgertum wie das Kleinbürgertum (Nord-Irland, Baskenland, Tschetschenien, Kurdistan, Palästina, Tibet, zu viele um alle aufzuzählen). Und nicht nur dort. In der Aufzählung fehlen kleine nationale Gruppen, Überreste des alten Kolonialismus, verflochtene territoriale Gebilde im Gespinst von mehreren Nationen, Grenzzonen, aus denen sich die lokalen Kriege speisen, ohne Möglichkeit einer realen Mündung. In Zentralafrika findet sich ein Gewirr von Völkern, von Staaten, von ethnischen Gruppen. Aber das verhindert nicht, dass die verschiedenen fingierten, erfundenen und neukonstruierten Staaten imperialistische Brückenköpfe wären, deren antiproletarische Gewalt um nichts geringer ist als jene der supermächtigen Staaten. Es reicht, einen Blick auf den Mittleren Osten zu werfen! Aber unter den National-Kommunisten gibt es immer jemanden, der ein „sozialistisches Vaterland“ heilig findet, versunken im Erdöl (Venezuela) oder kandiert im Zucker (Kuba).

„Überreste“: sprich, unbedeutende Wirklichkeit, ihre Lösung beeinflusst wenig oder gar nicht die Dynamik des gesamten Klassenkampfes (weltweit, kontinental). Und, vor allem, kann vielleicht die Neubeurteilung des Postulats der Selbstbestimmung der Völker in den Grenzen, in denen es in der Vergangenheit gestellt wurde, deshalb die „Nationale Frage“ von selbst verschwinden lassen? Nein. Es gibt die, in der „Linken“, die einer pseudo-proletarischen, möglichen Zukunft des „antiimperialistischen Krieges“ vertrauen, zur Unterstützung der „sozialistischen Vaterländer“. Die vaterländische Identitätsmarke stärkt, unterstützt und tauft andererseits sowohl das Großbürgertum als auch das Klein-

bürgertum von rechts und links, nicht zu vergessen Anarchisten und Proudhonisten (und, nicht zuletzt, „Lokalpatrioten“ und „Regionalisten“). Für die Kommunisten ist jedes Vaterland, real, fingiert, ethnisch, eingeschlossen „der Insel, die es in der kapitalistischen Gesellschaft nicht gibt“ eine Zugehörigkeitsmarke, eingebrannt auf der proletarischen Haut: die proletarische Revolution beseitigt diese Zugehörigkeitsmarke der Proletarier zur Nation, die eins ist mit dem Kapital, dem Betrieb, mit dem Eigentümer und dem Berufsgewerkschaftler. Die sogenannte „Nationale Frage“ ist ein „Problem“ des internationalen Klassenkampfes: ein Problem, das es zu lösen gilt und nicht zu liquidieren. Die Realität des Kapitals wird natürlich voll von Widersprüchen sein, aber die Aufgabe der kommunistischen Revolution ist es, sie diktatorisch und definitiv zu beseitigen.

Das Proletariat darf sich nicht länger die nationalistischen Überreste aufbürden lassen, mit der Illusion, sie könnten eine Startrampe für die sozialistische Revolution werden (die nordirländische, baskische, katalanische, slawische, palästinensische, kurdische, tschetschenische, ukrainische Frage usw.). Dies sind echte verfaulte Überreste. Das revolutionäre Proletariat kämpft in einem Horizont von 360 Grad, ohne nationalistische Einschränkung, und findet dort keine „unterdrückte Bourgeoisie aus anderen historischen Phasen“, keine Wiederaufstellung eines „Rechts auf Selbstbestimmung“ oder auf „Lostrennung“, um den Weg der proletarischen Revolution zu beschleunigen, weil das Problem sowohl quantitativ als auch qualitativ längst „jenseits von Raum und Zeit“ ist. Das soll nicht heißen, dass diese Bewegungen von kleinbürgerlicher Natur keinen Raum für zaghafte und unwesentliche Kämpfe bieten können, die den sich lokal gebildeten Widersprüchen geschuldet sind, im Verlauf von Kriegsbesetzungen. Die Gründe sind jedoch andernorts. Selbst die Explosion des ersten weltweiten Konfliktes hatte ihren Grund nicht auf dem Balkan, wie aber behauptet wurde, mit all dem Aufmarsch von fiktiven balkanisch-ethnischen Gebilden; und noch weniger war der 2. Weltkrieg in den nicht klar festgelegten italienischen, polnischen, französischen, tschechischen, österreichischen Grenzen begründet, sondern in den äußerst komplexen Destruktivkräften, die die imperialistischen Mächte angehäuft hatten.

Der grundlegende Motor findet sich im tödlichen Kampf zwischen Kapital und Arbeit. Sich vorzustellen, dass das Kleinbürgertum, „heute“ angeblich unterdrückt, als Zündkraft der revolutionären proletarischen Bewegungen dienen kann (die einzige Sache, die uns interessieren würde), ist, wie Lenin schrieb, eine sehr naive und gefährliche Illusion: die Zündkraft ist zu schwach geworden, hinsichtlich auf gesamt Westeuropa bis 1871 und seit 1905 in Osteuropa, in Asien und in Afrika. Heute ist diese Phase bereits auf weltweitem Niveau abgeschlossen. Eine revolutionäre Bourgeoisie, die einen Krieg, offensiv, aggressiv, revolutionär, demokratisch führt, wie die Bismarksche vor dem französisch-preußischen Krieg von 1870-71, existiert nicht und wird nicht mehr existieren: die Anstrengungen, die Italien und Deutschland aufbringen mussten, um sich als Nation zu konstituieren, zeigen heute die Unmöglichkeit, im Gesamtbild der heutigen Realität (ökonomisch, politisch und militärisch) einen neuen nationalen Epos zu begünstigen und folglich irgendeine Möglichkeit des Proletariats, die politisch-sozialen Widersprüche auszunutzen und diese in eine permanente Revolution zu transformieren, wie es im Kommunistischen Programm von 1848 geschrieben wurde. Der Schwung der „Farbigen Völker“, gegen den die imperialistische Bourgeoisie als Kolonialistin die eigene Kraft entgegensetzte,



Vom nationalen Befreiungskampf zum internationalen proletarischen Klassenkampf!

verkleidet als „Kalter Krieg“ zwischen imperialistischen Kolossen (die in Jalta die eigenen Einflusszonen ausgehandelt hatten), wurde hart unterdrückt und befriedet aufgrund der Sorge, dass andere junge Bourgeoisien auf der historischen Szene auftauchen könnten, um ihre eigene Kriegsbeute in der Welt einzufordern.

Das internationale Proletariat kann sich nicht mehr irgendeine nationale Forderung auf die Schulter laden. Es kann in einem Mehrvölkerstaat weder die an erster Stelle unterdrückte Nation (oder das Sprachrohr der Bourgeoisie), die am stärksten betroffene, noch offensichtlicherweise die herrschende Nation unterstützen, weil es damit die Verteidigung der Existenz- und Lebensbedingungen der Klassenbrüder, der Proletarier, negieren würde – indem es Privilegien, Rassismen, Spaltungen durch die zwei „feindlichen“ Bourgeoisien unterstützen würde. Befindet sich das Proletariat (und die Masse derjenigen, die nichts zu verlieren haben) jedoch in der Rolle der „unterdrückten Nation“, dann muss es sich erheben, um seine eigene Klassendiktatur gemeinsam mit dem Proletariat der „herrschenden Nation“ zu errichten, mit der Losung „Proletarier aller Länder, vereinigt euch!“ und mit der Taktik des revolutionären Defätismus gegen die zwei Bourgeoisien. Es gibt noch unterdrückte ethnische Gruppen: ökonomisch marginale Überreste, Anwärter zu lokalem und kulturellem Föderalismus und Autonomie, als Auswirkungen von alten oder kürzlichen imperialistischen Neuaufteilungen. Es gibt Kriegsbesetzungen, wie in Palästina, auf der Haut des palästinensischen Proletariats, des arabisch-israelischen, und der elendigen Flüchtlinge der Nakba: Besetzungen, die das palästinensische Groß- und Kleinbürgertum nicht in Frage stellen, das sich seinen ökonomisch lebensnotwendigen Raum ausschneidet, mit dem Rückhalt der herrschenden israelischen Bourgeoisie. Es gibt Ausschnitte der politisch gezeichneten Karte, erst durch den Kolonialismus, dann durch den Imperialismus im gesamten Mittleren Osten, wie Kurdistan, die in neue und alte Teilungen auseinanderbrechen, die sich auf die Gesamtheit derselben „unterdrückten Nation“ auswirken: iranische, irakische, syrische, türkische Kurden, die sich politisch und ökonomisch das aufteilen, was von einem Gebiet übrigbleibt, das sich als „kurdische Nation“ formieren müsste, wie sich das gesamte Territorium von Algerien bis an die Türkei als „arabische Nation“ formieren müsste. Und der lateinamerikanische Traum einer einheitlichen Nation von Kolumbien bis Chile, wo ist er zu Ende? Unterdrückte und/oder Unterdrücker, diese Populationen sind das Resultat von Unterteilungen und gemeinsamen Zugriff der Einflusssphäre nicht nur des Imperialismus (die USA in erster Linie), sondern der eigenen einheimischen Bourgeoisie: weitere territoriale Ausschnitte, die schon die Durchsetzung einer vollständig kapitalistischen Ökonomie gesehen haben. Im selben Territorium lebt ein materiell und geistig unterdrücktes Proletariat, das nicht mehr auf eine nationale noch auf eine ethnische Befreiung wartet, sondern auf eine gesellschaftliche Befreiung von der Klassenausbeutung: unterdrückt in solchem Maße, dass es nicht mehr gelingt, aus der eigenen Brust ein Bewusstsein für die eigenen simplen Überlebensinteressen herauszuschälen.

Es bleibt unsere Revolution, die vorbereitet, begleitet und zum Abschluss gebracht werden muss: die Perspektive ist nicht weit, wenn sich sogar das ägyptische Proletariat in den Textilfabriken und in den Kampagnen Gehör verschafft hat... Im sogenannten „arabischen Frühling“, hat das Proletariat versucht, die Ausbeutung abzuschütteln, die nicht nur von der imperialistischen Bourgeoisie praktiziert wird, sondern von derselben industriellen und agrarischen National-Bourgeoisie und von ihren konfessionellen Varianten. Durch den Krieg unterdrückt, durch die Emigrationen gezwungen, durch die Auffanglager, durch den Hass des Kleinbürgertums und des Subproletariats, durch die religiösen Machthaber präsentiert sich das Proletariat, in seiner materiellen Realität, ohne Vaterland und ohne Reserven, in der Willkür des konterrevolutionären Sturms. Das Proletariat von diesem Gebiet ist auf der Suche nach der eigenen Klasse, nach der „Brüderlichkeit der Erniedrigten und Beleidigten“ und erweitert dabei seinen Horizont. Diese Bindung konstituiert tatsächlich die Voraussetzung der weltweiten Revolution, sowohl in den ultra-entwickelten Ökonomien also auch in den Ökonomien, die die Grenze des eigenen Überlebens noch nicht überschritten haben.

Der G20-Gipfel – eine Riesenshow demokratischer Illusionen

Es fällt den von inner-imperialistischer Konkurrenz zerrissenen und der ökonomischen Krise getriebenen kapitalistischen Staaten immer schwerer ihre Herrschaft als Gipfel der menschlichen Gesellschaftsentwicklung zu verkaufen. Doch gerade dieser Mythos der historischen Alternativlosigkeit ist eine Existenzbedingung der kapitalistischen Herrschaft. Die Ausgebeuteten und Unterdrückten sollen mit der Illusion einer grundlegenden demokratischen Wandelbarkeit dieses Systems politisch integriert bzw. mit reaktionärer und nationalistischer Mobilisierung als Fußvolk für inner-imperialistische Rivalitäten und die Herrschaftssicherung des Systems aktiviert werden. Vor diesem Hintergrund findet am 6. und 7. Juli 2017 in Hamburg die Gipfelshow von 20 mächtigen kapitalistischen Staaten statt, kongenial ergänzt durch Alternativveranstaltungen mit vielerlei Vorschlägen einer besseren / regulierteren Organisierung des Kapitalismus und seiner doch zu schlimm gewordenen Finanzspekulation, Verschuldung, Umweltzerstörung, Rüstungs- und Kriegsproduktion. Doch auch antikapitalistisch gesinnte und revolutionär gestimmte AktivistInnen und Gruppen mobilisieren Anfang Juli zum „Gipfelsturm", ein Ereignis, das für die Entwicklung der linken politischen Szene nicht nur in Deutschland von Bedeutung ist.

Die imperialistische Realität

Es kracht im imperialistischen Gebälk. „America first", mit dieser Parole geht der US-Imperialismus unter seinem neuen Präsidenten Trump seine Konkurrenten direkt an. Das militärische Muskelspiel ist nicht neu. Schon in den vergangenen Jahrzehnten konnte die USA ihre führende Weltmachtrolle immer weniger durch ihre ökonomische Stärke, denn ihre militärische Potenz erhalten. Der sinnbildliche Dollar-Imperialismus gerät allerdings zunehmend in eine Krise, je mehr seine Konkurrenten eigene Wege gehen. Allen voran China, dessen Wirtschaftstandem mit den USA an seine Grenzen gestoßen ist. Inzwischen verfügt China über US-Staatsanleihen von mehr als einer Billion Dollar, während das Handelsbilanzdefizit der USA mit China im letzten Jahr auf fast 350 Milliarden gestiegen ist. China versucht seine Dollarabhängigkeit zu reduzieren und intensiviert mit seinen riesigen Devisenreserven den eigenen Kapitalexport. Das „Reich der Mitte" propagiert offen seine eigenen imperialistischen Ziele unter der Parole einer „neuen Seidenstrasse". Eigene Häfen und Militäranlagen am Horn von Afrika (Djibouti) und eine stärkere Wirtschaftsaktivität in Europa weisen den Weg dieser „Seidenstrasse". Die Tatsache, dass China auf dem Weg zum zweitgrößten Direktinvestor der Welt hinter den USA ist und in den deutschen Außenhandelsbeziehungen schon auf Platz 1 steht, lässt BRD-Außenminister Gabriel von einer „Neuvermessung der Welt" sprechen. Eine Neuvermessung, die auch militärisch begleitet wird. Allein die USA und China steigern ihre Militärausgaben jährlich im zweistelligen Prozentbereich.



Anti-G20-Demonstration am 9. April in Hamburg

Groß war die Empörung beim deutschen Imperialismus, dass sich die USA beim schon stattgefundenen G-20-Finanzministertreffen im März weigerten, die üblichen Floskeln der Abschlusserklärung für Freihandel und gegen Protektionismus zu unterschreiben und stattdessen den enormen Leistungsbilanz-

überschuss der BRD kritisierten. Der deutsche Handelsbilanzüberschuss (2015 z.B. mehr als 250 Milliarden Euro) ist auch eine ökonomische Grundlage der Erosionsprozesse in der EU, die mit dem Austritt Großbritanniens (das 2015 ein Handelsbilanzdefizit von knapp 150 Milliarden Euro hatte) einen vorläufigen Höhepunkt gefunden haben. Gleichzeitig versucht die EU in die Lücken zu stoßen, welche die USA aufmachen (z.B. Beratung über ein Freihandelsabkommen mit Japan, welche Trump Anfang des Jahres aufkündigte) oder die von China noch nicht besetzt sind („Marshallplan für Afrika").

Die historisch unveränderliche Weltordnung, welche Merkel und ihre Konsorten Anfang Juli in Hamburg bewerben wollen, gleicht eher einem verhüllten Trümmergebäude, zu dessen Enthüllung Lenins während des Ersten Weltkrieges geschriebene Imperialismus-Studie empfohlen sei, in der u.a. zu lesen ist: „'Interimperialistische' oder 'ultraimperialistische' Bündnisse sind daher in der kapitalistischen Wirklichkeit, und nicht in der banalen Spießerphantasie englischer Pfaffen oder des deutschen 'Marxisten' Kautsky, notwendigerweise nur 'Atempausen' zwischen Kriegen – gleichviel, in welcher Form diese Bündnisse geschlossen werden, ob in der Form einer imperialistischen Koalition gegen eine andere imperialistische Koalition oder in der Form eines allgemeinen Bündnisses aller imperialistischen Mächte. Friedliche Bündnisse bereiten Kriege vor und wachsen ihrerseits aus Kriegen hervor, bedingen sich gegenseitig, erzeugen einen Wechsel der Formen friedlichen und nicht friedlichen Kampfes auf ein und demselben Boden imperialistischer Zusammenhänge und Wechselbeziehungen der Weltwirtschaft und Weltpolitik." (Lenin. Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus, in Werke Bd. 22, S.301)

Der Gipfel und seine Alternativen

Direkt vor der Gipfelshow der imperialistischen Staaten, wollen die Reformisten auf einem „Gegengipfel" in Hamburg alternative Politikansätze in die Diskussion einbringen. Sie wollen „partizipative und demokratische Rechte" stärken, um die G20-Staaten zu einem Politikwechsel gegen die Verelendung und den Hunger zu motivieren. So bedauern sie in ihrer Einladung z.B. dass noch keine „globalen Regeln für eine stabile Finanzwirtschaft" vereinbart worden sind. Schon anlässlich des Finanzministertreffens im März hatte ATTAC bemängelt, dass vom G20-Treffen „keine demokratischen und gerechten Antworten auf globale Probleme zu erwarten sind" und gefordert „gegen Steueroasen und den Steuerunterbietungswettbewerb vorzugehen sowie eine wirksame Regulierung der Finanzmärkte voranzutreiben". Genauso wie die „Erlassjahrkampagne", die ebenfalls gegen das G20-Finanzministertreffen in Baden Baden und für einen „fairen und demokratischen Umschuldungsmechanismus" demonstrierte, fordern die Staatsapologeten von ATTAC vom Staat des Kapitals eine Politik zur Linderung der kapitalistischen Krisenfolgen. Es lohnt sich nicht ernsthaft mit diesen absurden und prokapitalistischen Positionen auseinanderzusetzen, über die schon Lenin in seiner Imperialismus-Studie treffend schrieb: „Bürgerliche Gelehrte und Publizisten treten als Verteidiger des Imperialismus gewöhnlich in etwas verkappter Form auf, indem sie die völlige Herrschaft des Im-



Studentischer G20-Protest in der Hamburger Innenstadt

perialismus und seine tiefen Wurzeln vertuschen, dafür aber Einzelheiten und nebensächliche Details in den Vordergrund zu rücken versuchen, um durch ganz unernste „Reform“projekte von der Art einer Polizeiaufsicht über die Trusts oder Banken u.a. die Aufmerksamkeit vom Wesentlichen abzulenken.“ (Lenin Werke Bd. 22, S.291)

Eine Auseinandersetzung mit den scheinbar konsequenteren Positionen, wie sie z.B. von den Autonomen vertreten werden, lohnt sich dagegen schon. So wird in deren Aufruf zur antikapitalistischen Demo am 6.Juli eine radikale Abgrenzung von der Gipfelshow propagiert: „Dem Gipfel wollen wir dabei ebenso entgegentreten wie dem Versuch, politische Kritik und Proteste zu einem Teil von dessen Inszenierung als demokratischer Institution zu machen.

Radikale Kritik ohne Konsequenz

Vor dem Hintergrund des personellen und theoretischen Niedergangs der autonomen Bewegung seit dem Ende der 80er Jahre, finden deren Mobilisierungen zu den Gipfelprotesten auf einem hohen Niveau statt und zeichnen sich deren Verlautbarungen durch eine bemerkenswerte verbale Radikalität aus. Statt diffuser Bündnispolitik stellen sie die Systemfrage und positionieren sich deutlich gegen den Reformismus. „Im Gegensatz zur bürgerlichen Opposition werden wir den Herrschenden keine Alternativen vorschlagen, um das kapitalistische System am Leben zu erhalten.“ (Demoaufruf 6.7.) „Der G20-Gipfel ist ein zentraler Ausdruck des politischen Dilemmas des Kapitalismus: Seine Widersprüche werden von der Politik und ihrem Personal nicht wie behauptet gelöst, sondern bloß verwaltet. (...) Der G20 ist daher - nicht zuletzt auch vor der Bundestagswahl 2017 - vor allem ein Repräsentationsevent, das Legitimation durch Spektakel erzeugen soll. (...) Zugleich eskalieren die zahlreichen, systemisch bedingten Krisen des globalen Kapitalismus munter weiter...“(Aufruf zur Hafenblockade am 7.7.).

Eine radikale Ablehnung des Kapitalismus erfordert allerdings auch eine Analyse seiner Funktionsweise, seiner Widersprüche und v.a. der materiellen Basis seiner Überwindung. Und gerade an diesem Punkt zeigen sich die Grenzen der autonomen Radikalität. Statt von der gesellschaftlichen Kraft auszugehen, die der Kapitalismus geschaffen hat, auf deren warenförmig organisierter gemeinschaftlicher Produktion seine Existenz beruht und die damit letztendlich auch die Kraft zur Abschaffung des Kapitalverhältnisses hat - der Arbeiterklasse - bleiben sie subjektivistisch und diffus und damit letztendlich politisch kompatibel. So präzise die Kritik des Reformismus in den autonomen Aufrufen ist, so diffus bleibt dort das Gerede von „widerständigen Praktiken“ und „neuen Widerstandsperspektiven“. Mit keinem Wort werden Arbeiterklasse und internationaler Klassenkampf erwähnt oder Bezüge zwischen kapitalistischer (Krisen-)Entwicklung und Klassenkampfdynamik hergestellt. Wenn im Demoaufruf zu lesen ist, „Die kapitalistische Durchdringung der Welt verbindet aber auch das Terrain des Widerstandes“, so hört sich das erstmal gut an. Wenn allerdings danach geschlussfolgert wird: „Der Widerstand zum Beispiel gegen Tagebauprojekte in Kolumbien hat einen Bezug zu stadtpolitischen Kämpfen gegen das Kohlekraftwerk Moorburg im Hamburger Hafen, das kolumbianische Kohle als Rohstoffquelle nutzt. Verwüstung und Migration durch Klimaerwärmung stehen in direktem Zusammenhang mit Kämpfen um Bleiberecht. Die Verknüpfung von kapitalistischen Verwertungsinteressen lässt sich aufzeigen, kritisieren und politisch angreifen.“, so wird damit nicht das Terrain des internationalen Klassenkampfes skizziert, sondern die alte Praxis von Bürgerinitiativen (die letztendlich nur demokratisch und staatsorientiert sein können). Es muss uns um die Aufhebung der kapitalistischen Verhältnisse und nicht um ihre politische Kritik gehen! Da der autonome „Antikapitalismus“ den letzten Schritt zum proletarischen Klassenkampf nicht gehen will, bleibt er selbst auf der Ebene bürgerlicher Politik und wird die von ihm propagierte „soziale Revolution“ zur hohlen Phrase.

Die kommunistische Perspektive

Es ist das Verdienst des Marxismus die Triebkräfte der gesellschaftlichen Entwicklung analysiert, den Kapitalismus in seiner historischen Rolle eingeordnet, und den Gang des proletarischen Klassenkamp-

Make CLASS WAR great again...!

fes vorgezeichnet zu haben. Das Auftreten der Arbeiterklasse auf dem gesellschaftlichen Schlachtfeld, seine Formierung zur historischen Partei wurden von Marx und Engels schon theoretisch erkannt und praktisch unterstützt, als der Kapitalismus noch in seiner historisch fortschrittlichen Phase war. Sie haben den Weg des unabhängigen Klassenkampfes aufgezeigt und aus den Erfahrungen des realen Kampfes (z.B. der Pariser Kommune) die Notwendigkeit der gewaltsamen Machtergreifung und diktatorischen Herrschaft des Proletariats abgeleitet. Die zugespitzten Bedingungen des Klassenkampfes im imperialistischen Stadium des Kapitalismus, die Lenin treffend analysierte, haben die Notwendigkeit der Verteidigung der marxistischen Lehren gegen den Opportunismus auf die Tagesordnung gesetzt. Der revolutionäre Klassenkampf gegen den Kapitalismus ist ein langwieriger historischer Prozess. Weder die vielfältigen Revisionsversuche des Marxismus noch die zahllosen opportunistischen Verrätereien haben den auf dem Boden des Kapitalismus selbst entstehenden Klassenkampf beseitigen können. Die historische Partei der Arbeiterklasse hat sich nach dem Verrat der Sozialdemokratie die Form der zur Kommunistischen Internationale zusammengeschlossenen Parteien gegeben. Nach der stalinistischen Konterrevolution war es die prinzipienfeste theoretische und praktische Arbeit der italienischen kommunistischen Linken, welche die Grundlage für das Wiederenstehen der Klassenpartei in Verbindung mit dem proletarischen Kampf in der Endphase des Zweiten Weltkrieges in Italien darstellte. Mit der einheitlichen Internationalen Kommunistischen Partei erschien die historische Partei der Arbeiterklasse wieder auf dem Schlachtfeld. Diese Kontinuität der realen Klassenpartei lebendig zu halten und aus dem organisatorischen Kern eine wirkungsmächtige Weltpartei zu entwickeln, ist heute die Hauptaufgabe.

Auch wenn heute die Übermacht der reformistischen, demokratischen und selbst wieder faschistischen Apologeten des kapitalistischen Systems schier erdrückend ist, so bringt dieses System selbst immer wieder die Risse hervor, in denen Teile der Klasse anfangen, für ihre Interessen zu kämpfen und nach Alternativen zu suchen. Es ist unsere Aufgabe, diese Kämpfe zu fördern, zu erweitern und den roten Faden des historischen Klassenkampfes aufzunehmen. Nur so kann der reichhaltige Erfahrungsschatz des Kampfes unserer Klasse genutzt und eine Perspektive jenseits subjektivistischer Projektemacherei und systemkonformen politischen Spektakels ergriffen werden.

Vorwärts mit der Internationalen Kommunistischen Partei!

1917-2017. Es lebe der Rote Oktober! Es lebe die zukünftige proletarische Revolution!

Wir sind uns sicher, dass das Jahr 2017, der hundertste Jahrestag der Oktoberrevolution, im Zeichen eines abstoßenden und außer Rand und Band geratenen Antikommunismus stehen wird. Es wird eine Neuauflage (in einer bis zur Idiotie banalisierten Version, wie es einer herrschenden Ideologie entspricht, die nur noch den fortschreitenden Verfall der kapitalistischen Produktionsweise und all ihrer gesellschaftlichen Beziehungen zum Ausdruck bringen kann) all jener Verleumdungskampagnen und Angriffe, Mystifizierungen und Verzerrungen, Manipulationen und Falschdarstellungen geben, mit denen die Ideologen der herrschenden kapitalistischen Klasse seit dem Sturm auf den Winterpalast versucht haben, die immer dringender und dramatischer werdende Notwendigkeit der klassenlosen Gesellschaft zu bestreiten, den Kommunismus. Ohne dass es ihnen je gelingen würde: Der Hass und die Perversion, mit dem sich die ideologische Mobilisierung der herrschenden Klasse gegenüber dem Roten Oktober manifestiert, sind der deutlichste Beweis dafür, dass ihre Angst vor dem Kommunismus immer noch lebendig ist, umso mehr aufgrund der Sackgasse, in die der Kapitalismus geraten ist, ohne zu wissen, wie er aus ihr herausfinden kann, die seine schlimmsten Alpträume nährt. Es wird aber auch und vor allem (ein weiterer Aspekt des Antikommunismus, obwohl es den Unerfahrenen nicht so erscheint) Versuche der Einbalsamierung des Roten Oktober geben, von den Erben und Nachfolgern der demokratischen Tradition in Form von Sozialdemokraten und Stalinisten, die sich in rhetorische Betriebsamkeit werfen werden, in der Hoffnung ein Stück Identität zurückzugewinnen. Sie machen es natürlich unter allen notwendigen Vorbehalten, mit den akrobatischsten Distanzierungen, mit all den Heucheleien, die wir von den Reuigen und Verrätern her kennen - mit all den Verrenkungen und Kapriolen, an die sie sich im Verlauf ihrer niederträchtigen Geschichte der letzten hundert Jahren so sehr gewöhnt haben. Die Grenzen zwischen beiden Aufgeboten sind fließend, sie überlappen sich, sind austauschbar und wechseln sich ab. Vor allem stehen sie bereit, um in einer einzigen, massiven antiproletarischen Front zu verschmelzen, wenn es der Moment erfordert. Wenn unsere Klasse zeigt, dass sie die Unterdrückung nicht mehr passiv erdulden will, der sie Tag für Tag ausgesetzt ist, und wenn sie damit droht, auf eine klassenkämpferische und revolutionäre Art und Weise zu antworten.



Zum Roten Oktober zurückzukehren, wie wir es im Laufe dieses Jahres mit Artikeln und öffentlichen Initiativen überall dort machen werden, wo es unsere Kräfte zulassen, bedeutet für uns kein pathetisches „wie wir einmal waren“, keine x-te Version der „mumifizierten Erinnerung“. Die Erfahrung von 1917 (ebenso wie die der Pariser Kommune von 1871), Endpunkt der langen Arbeit einer Partei, die 1848 begonnen hat und die die Ausbreitung des revolutionären Prozesses in Raum und Zeit voraussetzt

(etwas das die bürgerliche Konterrevolution, in ihren demokratischen und sozialdemokratischen, nazifaschistischen und stalinistischen Ausprägungen für so viele Jahrzehnte blockiert hat), ist für uns ein lebendiges Material, um wertvolle Lehren zu ziehen und unverzichtbar für eine Zukunft, die sich in der Materialität der Fakten unweigerlich vorbereitet. Für uns ist „Roter Oktober!“ kein nostalgischer Slogan, keine harmlose Ikone: es ist ein Schlachtruf, den wir seit damals mit Zähnen und Klauen verteidigen, um ihn an die jüngeren Generationen weiterzureichen, die den verheerenden Zuckungen einer Produktionsweise entschlossen entgegentreten müssen, die bereits sämtliche historischen Beschränkungen der eigenen Existenz erreicht hat. Und die deshalb zerstört werden muss, bei Strafe unaussprechlichen Leids (aufgrund von Ausbeutung, Elend, Hunger, Verwüstungen, Krieg) derjenigen Spezies, die sich erst im Kommunismus schließlich menschlich nennen kann.

Hundert Jahre

Wenn wir auf die letzten hundert Jahre seit 1917 zurückblicken und uns den heutigen „Gesundheitszustand“ der kapitalistischen Gesellschaft ansehen, finden wir genügend Gründe mit dieser Produktionsweise ein für allemal Schluss zu machen. Gab es einen Moment in diesen hundert Jahren, in denen die Waffen geschwiegen haben? Zwei Weltkriege, unzählige Kriege und mehr oder weniger lokale „Konflikte“, eine unendliche Aufeinanderfolge von Invasionen und Staatsstreichen, von Überfällen und Massakern, Bombardierungen und ethnischen Säuberungen, mit zahlreichen, hunderten von Millionen Toten, ein Blutbad, das kein Ende zu nehmen scheint: im zivilisierten Europa genauso wenig wie an der „Peripherie der Hölle“, in Asien oder Lateinamerika. Aber auch wenn wir im Heute bleiben, in diesem Heute, das dem jammernden Spießer solche Sorgen bereitet, müssten die anhaltenden Zerstörungen von Leben zu denken geben, etwa im Mittleren Osten, das von sämtlichen militärischen Mächten, regionalen wie globalen, massakriert wird - oder in Afrika, das Jagdrevier für ausgedehnte Safaris der ehemaligen Kolonialmächte, die sich in Imperialmächte verwandelt haben (herrschende oder solche die Anspruch auf Herrschaft erheben), mithilfe der lokalen bürgerlichen Eliten, die in der langen Zeit der kapitalistischen Penetration herangezüchtet worden sind. Genauso zu denken geben müsste das exponentielle und beeindruckende Wachstum der Entwicklung und des Verkaufs von immer ausgefeilteren und tödlicheren Massenvernichtungswaffen, mit ihren gern gesehenen Rückwirkungen auf die Wirtschaften aller Länder - noch mehr Waren zum produzieren und verkaufen (legal oder illegal), konsumieren und schnellstmöglichen reproduzieren, um üppigen Profit zu machen und ein hinkendes BIP zu stützen... Woher kommt das wohl alles? Wollen wir wirklich auf die dumme Platitüde der herrschenden Ideologie hören, ob sie nun laizistisch oder religiös daherkommt? Das Böse, der Wahnsinn, die Unehrlichkeit, das Schlechte, das Monster, die ewige bösartige Natur des Menschen... Wollen wir uns wirklich mit ähnlichem Unsinn zufrieden geben, der die Gegenwart und Zukunft der kleinbürgerlichen Ohnmacht ausliefert, die die Arme als Zeichen der Kapitulation hebt - aber dann sofort bereit ist zu den Waffen zu greifen, „wenn das Vaterland ruft“, und gegen den jeweils aktuellen Feind in die Schlacht zu ziehen?

Und gab es auch nur einen einzigen Moment in dem die kapitalistische Wirtschaft, ob in ihren expansiven Phasen der Kapitalakkumulation oder ihren rezessiven der Überproduktion und Krise, keine Menschenleben gefordert hat – Millionen und Abermillionen von Leben sowohl im entwickelten Westen als auch in den „Entwicklungsländern“, eine immer größer werdende Masse von Proletariern, die nichts außer ihrer Arbeitskraft besitzen, für den Galeerendienst in den Fabriken, in den Bergwerken, den mehr oder weniger illegalen Werkstätten, an Land und auf dem Wasser, auf den Straßen und in den Büros. Wie viele Abermilliarden Stunden von Mehrarbeit wurden aus den Muskeln und Nerven extrahiert, aus den vom Arbeitsrhythmus, den Giften und Maschinen gemarterten Körpern, aus den von pausenloser Arbeit erschöpften Gehirnen, deren einzige Perspektive darin besteht, die immer gleichen Tage in Abfolge zu verbringen. Wie viele Millionen Morde auf Arbeit (und Attentate auf aufbegehrende und kämpfende Proletarier, auf Streikposten, im Streik, auf Demonstrationen, oder, am „einfachsten“, in den Arbeitervierteln) wurden von der bürgerlichen Klasse mit den Mitteln ihres bewaffneten Arms, der

sich Staat nennt, in diesen hundert Jahren begangen? Wie viele Abermilliarden von Stunden wurden aus den Leben von Kindern, Frauen, Alten extrahiert und dabei Qualen auf Qualen akkumuliert? Wie viele Abermilliarden von unnützen Stunden auf der Suche nach einem Arbeitsplatz, bis zur Verzweiflung und oft auch bis zum Selbstmord, haben diejenigen ohne Arbeit bedrückt und gequält, nicht nur in den Ausnahmefällen einer Krise, sondern auch während der normalen Phasen des Produktionsprozesses, der auf der Anarchie der Produktion beruht? Wie lassen sich diese Leiden „quantifizieren“? Jedes mal, wenn die Lebensbedingungen der illegalen Landarbeiter beschrieben werden, der Arbeiter, die unter einstürzenden Bergwerken begraben wurden oder in Fabrikbränden verglüht sind, gehen einige bürgerliche Ideologen, einige Schreiberlinge, soweit, von „Verhältnissen wie zu Zeiten der industriellen Revolution“ zu sprechen - als bestünde der Skandal darin, dass man an diesen Orten „rückwärtsgewandt“ sei. Nein! Diese „Verhältnisse“ haben den Kapitalismus immer begleitet und werden ihn weiterhin immer begleiten, gestern, heute und morgen, über seinen gesamten Lebenszyklus aus kontinuierlichen technologischen Umwälzungen und Innovationen hinweg.

„Aber was soll man sonst machen?“, fragt der Spießer. Genau.

Eines der häufigsten verwendeten Wörter aus dem zynischen Wortschatz unserer Tage ist der „Flüchtling“. Aber wie viele millionen Flüchtlinge können wir im Zeitraum dieser hundert Jahre zählen, auf der Flucht vor Elend und Hunger, Krieg und Zerstörung, Mangel an Arbeit oder sozialer und politischer Unterdrückung? Massive Migrationsströme, Verschiebungen ganzer Bevölkerungen unter unbeschreiblichen Leiden - um wohin zu gehen? Wo befindet sich dieses „wo“, das diese Leben irgendwie retten kann, in einer Welt die vom Kapital beherrscht wird, das nur wachsen kann solange es zerstört, das sich in ewiger Konkurrenz zwischen seinen einzelnen Unternehmenssegmenten befindet, lokalen, regionalen und nationalen, gemäß dem Motto, das noch nie so gekonnt und rücksichtslos in die Praxis umgesetzt wurde „Mors tua, vita mea“ (Dein Tod ist mein Leben)?

Der jammernde Spießer ist besorgt über die Umweltzerstörung, die exponentielle Zunahme der Gewalt gegen Frauen und Kinder, die Verrohung des gesellschaftlichen Lebens auf allen Ebenen, den voranschreitenden Verfall der zwischenmenschlichen Beziehungen: der „Rassismus“, der „Populismus“, der „Maskulismus“, die „Pädophilie“, die „Frau als Objekt“ ... oh, armer Naivling! Er fordert „mehr Kontrolle, mehr Polizei, mehr Soldaten, mehr Staat“ - als wären es nicht die Instrumente mit denen sich die gleiche herrschende Klasse ausrüstet (und die sie geschickt anwendet) die für diese Grausamkeiten verantwortlich ist. Oder



„mehr Kultur“, als ob es sich um eine reine Frage der individuellen Unwissenheit und Rückständigkeit handeln würde. Stattdessen haben diese materiellen und ideologischen, chemischen und psychischen Gifte schon immer die „großartigen und fortschrittlichen Geschicke“ der Klassengesellschaft begleitet, die auf der Extraktion von Mehrwert, der Suche nach Profit, der Kommerzialisierung der Individuen und Massen beruht - immer, seit sie die gerechte und notwendige Schlacht gegen die vorhergehende Produktionsweise gekämpft hat, die feudale (und sie tat es mit gezogenen Waffen). Es reicht zu sehen, wie Afrika durch das Eindringen des Kapitals, erst das koloniale, dann das imperialistische, zugerichtet wurde, mit der Verwüstung enormer Landstriche, endemischer Hungersnot ganzer Bevölkerungen, ethnischer Kriege, die künstlich angeheizt werden (teile und herrsche), die unaufhörliche Migration aufgrund von Hunger und Krankheit; oder es reicht die „Stellung der Frauen“ zu analysieren (aber materialistisch und nicht moralisch), in den „entwickelten“ wie in den „unterentwickelten“ Ländern, in den laizistischen wie in den religiösen, um sich darüber klar zu werden.

An dieser Stelle kommt meist der Einwand: „Aber wir sind doch auf den Mond geflogen, wir haben das Antibiotikum erfunden und das Internet!“ Lohnt es sich darauf zu antworten?

Heute ist die herrschende Klasse nicht in der Lage, die Krise der eigenen Produktionsweise zu lösen, so sehr sie sich auch anstrengen mag. Im Gegenteil, neue verheerende Krisen zeichnen sich am Horizont ab und es verschärfen sich die innerimperialistischen Konflikte. So akkumuliert sich der Sprengstoff, der, wenn sich jede andere „Lösung“ als unpraktikabel erwiesen hat, zu einem neuen allgemeinen Konflikt führen wird, diesmal nicht mehr lokal oder begrenzt - ein dritter Weltkrieg.

Hundert Jahre. Es scheint als wäre es gestern.

Die Notwendigkeit des Kommunismus

Der Kapitalismus ist keine Inkarnation des Teufels: Wir wissen genau, was seine fortschrittliche Funktion bei der Überwindung der vorhergehenden Produktionsweise, der feudalen, gewesen ist. Aber jetzt ist seine Zeit gekommen, und es hat die Stunde geschlagen, um seine Totenglocke zu läuten. Deshalb kommen wir auf den Roten Oktober zurück (und die Pariser Kommune), um nach vorne zu blicken: auf den notwendigen Kampf und die Organisierung um diese Produktionsweise zu besiegen, die selbst in ihrer Agonie nicht von alleine stirbt, sondern stattdessen ihr Keuchen nur noch vergifteter und zerstörerischer wird.

Auf allen Ebenen wird die Notwendigkeit des Kommunismus immer dringender, in der Wirtschaft wie in der Politik, in der Gesellschaft wie in der Umwelt oder den zwischenmenschlichen Beziehungen - sie wird dringender, weil die ideologische und materielle Vergiftung, die allgemeine Zerrüttung, die Verschlechterung der Lebensbedingungen der überwältigenden Mehrheit der Weltbevölkerung ein ungekanntes Niveau erreicht haben, das auch die Zukunft unserer gesamten Spezies bedroht.

Die herrschende Ideologie beharrt seit Jahrzehnten auf dem „Scheitern des Kommunismus.“ In Wirklichkeit ist der Kommunismus ein Kapitel das erst noch geschrieben werden muss. Der Kommunismus hat als eine Produktionsweise, die sich von der kapitalistischen radikal unterscheidet, noch gar nicht existiert, weder in Russland, noch in China oder auf Kuba oder der gesamten Landkarte der „nationalen Sozialismen“, die im Verlauf der jahrzehntelangen Konterrevolution erfunden worden sind. Nicht erst seit jetzt beharren wir darauf. Seit der Mitte der 20er Jahre des 20. Jahrhunderts haben die Kommunisten einen langen und erbitterten Kampf geführt, den man durchaus heroisch nennen kann, um auf praktischer und theoretischer Ebene den falschen und schädlichen Mythos des „Sozialismus in einem Land“ zu widerlegen, und gegen all seine destruktiven Konsequenzen auf die Bewegung der Arbeiter und Kommunisten. Das zeigt mit unangreifbarer Klarheit die Erfahrung unserer Organisation: ihre gesamte Arbeit der Analyse, die Schriften und Dokumentationen und der lange und offen geführte Kampf unserer Genossen von Generation zu Generation, gegen jede Form des Revisionismus und Opportunis-

mus. Es ist nicht unsere Absicht, hier alles das noch einmal aufzuzählen.

1917, mitten im Weltkrieg, war Russland das schwächste Glied in der Kette des Imperialismus. Im Bündnis mit Frankreich und England, später mit den Vereinigten Staaten, also mit einer der beiden bürgerlichen Gruppen, die sich im Kampf miteinander befanden, war es zu großen Teilen ein bäuerliches und rückständiges Land, mit einer noch embrionalen kapitalistischen Entwicklung, wenngleich diese schon eingesetzt hatte. Aber die ganze Welt war am flimmern in jenen Jahren zu Beginn des Jahrhunderts: der Kapitalismus war bereits in seine aggressivste Phase eingetreten, die imperialistische, und überall (in Europa genauso wie in den amerikanischen Ländern und in Asien) erschütterten große instinktiv klassenkämpferische, proletarische Bewegungen sein Fundament und stellten sein Überleben in Frage. Diese „Globalisierung", die bereits in die DNA des Kapitals eingeschrieben ist (bereits in seiner imperialistischen Phase ist es anonym und unpersönlich geworden, nicht mehr notwendigerweise an die „Figur" des einzelnen Kapitalisten gebunden, sondern wird vielmehr durch den Unternehmer-Staat verkörpert), war daher bereits von einer notwendigerweise globalen Dimension der revolutionären Perspektive und des revolutionären Prozesses begleitet: bereits die Pariser Kommune war in den Worten von Engels der erste Weltkrieg des Proletariats. Die Revolution, die im Schoße der bürgerlichen Gesellschaft heranreifte, konnte nur von internationaler Natur und Reichweite sein.

Unter den sozioökonomischen Bedingungen in Russland in dieser Epoche, konnte die Revolution, die von der bolschewistischen Partei geführt wurde (und sich bereits mit dem Revolutionsversuch von 1905 angekündigt hatte, der im Blut ertränkt worden war) nur eine „doppelte Revolution" sein, wie Lenin dies sehr gut in seinen Texten gezeigt hat, wie „Zwei Taktiken der Sozialdemokratie" und die „Aprilthesen", die auf der Analyse von Marx und Engels über die „permanente Revolution" aufbauen: eine kommunistische Revolution auf politischer Ebene (weil sie sich auf das Proletariat stützt und von der bolschewistischen Partei geführt wird), aber mit bürgerlich-demokratischen Aufgaben auf ökonomischer und sozialer Ebene, vor allem aufgrund der großen Präsenz der Bauernschaft. Es ging also darum, die Macht zu ergreifen, gegen den Zar und die Bourgeoisie und, wenn diese fest in der Hand ist, in Russland den Kapitalismus einzuführen, unter staatlicher Führung in seinem Nervenzentrum, das alles in enger Verbindung mit einer „reinen Revolution" (die ausschließlich proletarisch war, ohne bürgerlich-demokratische Komponenten) im bereits voll entwickelten Westen. Das war von Anfang an die Strategie von Lenin und den Kommunisten: Russland musste solange ausharren, bis die Macht in den Schlüsselländern Europas in die Hände der Kommunisten gefallen war, in erster Linie (aufgrund des hohen Niveaus der Entwicklung der Produktivkräfte) in Deutschland. Die Vision von Lenin enthielt kein einziges Gramm Utopismus: der „Sozialismus in einem Land" war jedoch unmöglich, vor allem in einem rückständigen Land wie Russland. Erst wenn die Macht fest in der Hand der Genossen im Westen gewesen wäre, hätten sich die beiden Hälften vereinen und durchdringen können, und erst dann wäre der „Weg zum Sozialismus" offen gewesen. Um zu zeigen, dass diese Strategie auch vom Proletariat bereits instinktiv begriffen wurde, reicht es, eine Episode wiederzugeben, die John Reed in seinen Zehn Tage, die die Welt erschütterten erzählt: „Ein Soldat sprach, von der rumänischen Front, abgemagert, voll bebender Leidenschaft: 'Genossen, wir hungern an der Front, wir frieren, wir sterben und wissen nicht wofür. Ich bitte die amerikanischen Genossen, es in Amerika zu sagen, daß wir Russen unsere Revolution bis zum Tode verteidigen werden. Wir werden alles daran halten, unsere Feste zu halten, bis die Massen der ganzen Welt sich erheben werden, um uns zu Hilfe zu eilen. Sagt den amerikanischen Arbeitern, daß sie aufstehen mögen zum Kampf für die soziale Revolution!'" (Kapitel II).

Zum Markstein dieser Perspektive wurde damals die Kommunistische Internationale, gegründet 1919 (wohlgemerkt: mitten im Bürgerkrieg, als Russland von allen kapitalistischen Ländern belagert wurde, gestern Feinde und jetzt - gegen das Proletariat - alle vereint) um die Kommunisten auf der ganzen Welt in einer einzigen Organisation und Aktion zu koordinieren. Die Verspätung und die Niederlage (wohlgemerkt: mit der Waffe in der Hand) der Revolution in Deutschland stellte sicher, dass die Revo-

lution in Russland isoliert blieb und auf sich zurückgeworfen wurde: Bauernschaft und Kleinbürgertum, materielle ökonomische Kräfte, haben Schritt für Schritt das Beste sowohl innerhalb der bolschewistischen Partei, als auch der Kommunistischen Internationale ausgestoßen, die beide bereits durch taktisches und strategisches Schwanken untergraben worden waren. Wir haben seit ihrem ersten Auftreten mit aller Macht gegen diese Kräfte gekämpft, von Genossen zu Genossen.

Der „Stalinismus“ war der politische Ausdruck des Übergewichts dieser ökonomischen Kräfte: einer herrschenden Klasse, so unpersönlich wie das Kapital, dessen Ausdruck sie ist, die sich auf die Bauernschaft und das Kleinbürgertum stützt. Die „demokratische Diktatur des Proletariats und der Bauernschaft“ wurde nach und nach durch die unpersönliche Diktatur des Kapitals ersetzt; es folgte der schnelle Sturz, sowohl auf theoretischer als auch praktischer Ebene, sämtlicher Eckpfeiler der kommunistischen Doktrin, sowohl der ökonomischen als auch der politischen. Und dem folgte die rücksichtslose Beseitigung der gesamten „alten Garde“ des Bolschewismus, eine notwendige Voraussetzung für die Beteiligung am zweiten Weltmassaker, durch das Bündnis erst mit dem einen, dann dem anderen imperialistischen Lager.

Wir müssen keine weiteren Worte mehr verschwenden, um die ganzen Lügen der Konterrevolution der letzten Jahrzehnte über unsere Klasse zu widerlegen: von der „sozialistischen Natur“ der „UdSSR“ bis zum „Zusammenbruch des Kommunismus“. Weder Sozialismus noch Kommunismus hat es in Russland je gegeben (und genau so wenig in den anderen Ländern, die im Anschluss an den Stalinismus ihren „eigenen“ „nationalen Sozialismus“ theoretisiert haben). Die Notwendigkeit des Kommunismus zeigt sich also mit aller Dringlichkeit.

Die Bedingungen der proletarischen Revolution

Die Revolution erfindet man nicht, noch macht man sie: das hat uns der Rote Oktober bestätigt und gelehrt, der auf den theoretischen und praktischen Erfahrungen der Russischen Revolution von 1905, der Pariser Kommune von 1871 und des europäischen 1848 aufbaute. Die Revolution entwickelt sich ausgehend von objektiven und materiellen Bedingungen, welche riesige, verzweifelte und unwissende Massen dazu treiben (zwingen), sich aufzulehnen und schlussendlich zu versuchen das Regime, das sie unterdrückt und massakriert, abzuschütteln. Ja, unwissend: die Revolution ist nicht und kann nicht das Resultat einer kapillaren Ausbreitung von „Klassenbewusstsein“ sein, das irgendwie mysteriös dem „proletarischen Wesen“ entspringt, wie es so viele Spontaneisten (oder Reformisten) gerne sehen, besoffen von bürgerlichem und kleinbürgerlichem „Kulturalismus“ und „Idealismus“.



„Du willst also eine Revolution der Unwissenden?“, rufen sie entsetzt. Es ist keine Frage von „wollen“ oder „nicht wollen“: materialistisch ist es so, dass sich der revolutionäre Prozess auf diese Weise entwickelt und entwickeln wird. Die proletarischen Massen bewegen sich nicht, weil sie eine klare Vision von Taktik und Strategie, Programm und Zweck des Kommunismus haben. Sie bewegen sich und sie werden sich bewegen, weil sie verzweifelt sind, weil sie nicht mehr leben können (oder besser überleben),

weil sie vom Hunger getrieben werden, vom Elend, dem Krieg, den Massakern, weil die soziale und politische Krise bereits allgemein ist und die herrschende Klasse wankt und unfähig ist dem zu begegnen. Das sind in aller Kürze die notwendigen objektiven Bedingungen damit ein revolutionärer Prozess einsetzt.

Reicht das? Ganz sicher nicht. Notwendig ist noch eine andere Bedingung, dieses mal eine subjektive, die aber eng mit den objektiven Bedingungen verwoben ist: die Anwesenheit einer aktiven, anerkannten und von einem maßgeblichen Teil der Avantgarden der Kämpfe unterstützten revolutionären Partei.

Übergeben wir das Wort an Lenin: „Solange es sich darum handelte (und insoweit es sich noch darum handelt), die Avantgarde des Proletariats für den Kommunismus zu gewinnen, solange und insoweit tritt die Propaganda an die erste Stelle; sogar Zirkel mit allen dem Zirkelwesen eigenen Schwächen sind hier nützlich und zeitigen fruchtbare Ergebnisse. Wenn es sich um die praktische Aktion der Massen, um die Verteilung – wenn man sich so ausdrücken darf von Millionenarmeen, um die Gruppierung aller Klassenkräfte einer gegebenen Gesellschaft zum letzten und entscheidenden Kampf handelt, so kann man allein mit propagandistischer Gewandtheit, allein mit der Wiederholung der Wahrheiten des 'reinen' Kommunismus nichts mehr ausrichten. Hier gilt es, nicht mit Hunderten und Tausenden zu rechnen, wie das im Grunde genommen der Propagandist als Mitglied einer kleinen Gruppe tut, die noch keine Massen geführt hat; hier muß man mit Millionen und aber Millionen rechnen. Hier muß man sich nicht nur fragen, ob wir die Avantgarde der revolutionären Klasse überzeugt haben, sondern außerdem auch, ob die historisch wirksamen Kräfte aller Klassen, unbedingt ausnahmslos aller Klassen der gegebenen Gesellschaft, so gruppiert sind, daß die Entscheidungsschlacht bereits vollauf herangereift ist, nämlich daß 1. alle uns feindlichen Klassenkräfte genügend in Verwirrung geraten sind, genügend miteinander in Fehde liegen, sich durch den Kampf, der ihre Kräfte übersteigt, genügend geschwächt haben; daß 2. alle schwankenden, unsicheren, unbeständigen Zwischenelemente, d.h. das Kleinbürgertum, die kleinbürgerliche Demokratie zum Unterschied von der Bourgeoisie, sich vor dem Volk genügend entlarvt haben, durch ihren Bankrott in der Praxis genügend bloßgestellt sind; daß 3. im Proletariat die Massenstimmung zugunsten der Unterstützung der entschiedensten, grenzenlos kühnen, revolutionären Aktionen gegen die Bougeoisie begonnen hat und machtvoll ansteigt. Ist das der Fall, dann ist die Zeit für die Revolution reif, dann ist unser Sieg – wenn wir alle oben erwähnten, oben kurz umrissenen Bedingungen richtig eingeschätzt und den Zeitpunkt richtig gewählt haben –, dann ist unser Sieg gesichert.“ (Lenin, Der „Linke Radikalismus“, die Kinderkrankheit im Kommunismus, Kap. 10)

Noch einmal: „Das Grundgesetz der Revolution, das durch alle Revolutionen und insbesondere durch alle drei russischen Revolutionen des 20. Jahrhunderts [1905, Februar 1917, Oktober 1917 – Anm. d. Red.] bestätigt worden ist, besteht in folgendem: Zur Revolution genügt es nicht, daß sich die ausgebeuteten und unterdrückten Massen der Unmöglichkeit, in der alten Weise weiterzuleben, bewußtwerden und eine Änderung fordern; zur Revolution ist es notwendig, daß die Ausbeuter nicht mehr in der alten Weise leben und regieren können. Erst dann, wenn die 'Unterschichten' das Alte nicht mehr wollen und die 'Oberschichten' in der alten Weise nicht mehr können, erst dann kann die Revolution siegen.“ (Der „Linke Radikalismus“, die Kinderkrankheit im Kommunismus, Kap. 9)

Aus diesen beiden Zitaten (es wären auch viele andere möglich) geht klar hervor, dass das entscheidende Element, ohne das (und die Geschichte selbst zeigt es auf tragische und blutige Weise) jede „Himmelsstürmerei“ dazu verdammt ist zu unterliegen, die revolutionäre Partei ist, dass Führungsorgan der Revolution, jeder Massenbewegung, die aus dem Untergrund einer Gesellschaft emporsteigt, die sich bereits in chronischer Krise befindet. Nur aus dem Zusammenspiel dieser beiden Elemente, in einem dialektischen Verhältnis zueinander (objektive und subjektive Bedingungen: ein Proletariat, das unter dem Druck von materiellen Bedingungen dazu entschlossen ist, das bestehende Regime zu beenden; eine Partei, die sich mit der Zeit, über eine lange Arbeit im Kontakt mit der Klasse und seinen Ab-

wehrkämpfen und Angriffen, das Vertrauen verdient hat, im konkreten und materiellen Sinn), kann sich der revolutionäre Prozess bis zur Eroberung der Macht entwickeln. Das ist die große Lektion des Roten Oktober. Und da schwafeln diese „Historiker“, diese Opportunisten, diese Schreiberlinge (die es immer gab, und die es in diesem 2017 im Überfluss geben wird!) etwas vom Roten Oktober als einem „Handstreich durch Lenin“: also von einem Putsch...! Und vergessen schön (oder verschweigen es), was den Oktober vorbereitet hat: die Revolution von 1905, der unaufhörliche Klassenkampf, der vom Zarismus geführt wurde (dem Verbündeten der „demokratischen Länder“) gegen das Proletariat und die russische Bauernschaft, die enormen Leiden an der Front ebenso wie im Hinterland, die sich wiederholenden Meutereien und Auflehnungen im Heer, der Sturz des Zaren und die Julitage, die Eroberung der Sowjets durch Teile der Bolschewisten, die bewaffnete Mobilisierung gegen den reaktionären Putschversuch von Kornilow... alles ein Reifungsprozess (und nicht nur in Russland!) den die Bolschewisten über Monate und Jahre hinweg zu nähren verstanden, zu organisieren und zu führen. Und der nicht einen „herrlichen Tag“ (oder „Nacht“), sondern zehn Tage, die die Welt erschütterten zur Folge hatte. Die Revolution wird nicht gemacht und nicht erfunden, aber sie wird organisiert und geführt: das setzt aber voraus, dass zuvor für ihre Vorbereitung gekämpft wurde und das sie von der revolutionären Partei mit dem Ziel der Machtergreifung organisiert und geführt wurde.

Die Machtfrage

Das war es, worum es damals ging und worum es morgen gehen wird (ein morgen das wir vorbereiten müssen): die Eroberung der Macht. Nicht um hypothetische Verbesserungen im Rahmen der existierenden Gesellschaft. Nicht um Schönheitsreparaturen oder darum, durch ein wenig Schminke die Falten zu verdecken. Kurz gesagt, nicht um demokratische oder reformistische Illusionen. Die proletarische Revolution hat die Eroberung der Macht zum Ziel: das bedeutet, die Zerstörung des bürgerlichen Staates, der mit allen seinen Apparaten das politisch-militärisch-finanziell-polizeilich-ideologische Organ der herrschenden Klasse ist - und nicht seine „Einnahme“, als wäre er ein leeres Zimmer, das man einfach neu einrichten oder ein Simulacrum, dem man neues Leben einhauchen könnte. In einer Klassengesellschaft ist der Staat kein Organ das über den Parteien steht und sich die Aufgabe gestellt hat, zwischen diesen im Sinne „des allgemeinen Wohls“ zu vermitteln: er ist das Instrument durch das die herrschende Klasse ihre Macht über die gesamte Gesellschaft und vor allem über die beherrschte Klasse ausübt.

Das Proletariat muss daher unter der Führung seiner Partei die Macht ergreifen und sie mit aller Entschlossenheit und Kühnheit, die ihm zu eigen sind, ausüben, sobald es sich aus der tödlichen Umarmung der opportunistischen, reformistischen und konterrevolutionären Parteien befreien konnte. Es muss diese Macht ausüben, sei es, um die laufende Revolution vor allen internen und externen Angriffen zu verteidigen (die – wie es die Geschichte zeigt – rasend, rücksichtslos und blutig sein werden), sei es um die despotischen Eingriffe in Wirtschaft und Gesellschaft vornehmen zu können, die notwendig sind, um die Produktivkräfte von der Zwangsjacke der historisch überholten gesellschaftlichen Rechtsformen und Verhältnisse zu befreien. Es muss dies mithilfe der eigenen Diktatur, der Diktatur der eigenen Partei, tun, als Brücke in eine andere Gesellschaft ohne Klassen, und daher (und erst dann) ohne Staat; und es muss dies, bei Strafe des eigenen Untergangs, in einer internationalen und weltweiten Perspektive tun, und nicht in einer lokalen und nationalen.

Die Kommunisten glauben nicht, wie die Anarchisten, dass die „neue Welt“, die „neue Ordnung“, wie die Sonne am Morgen nach dem „großen Tag“ aufgeht. Ein erbitterter Kampf erwartet uns: bevor sie sagen konnten, dass sie die konzentrierten Angriffe sämtlicher gegen sie verbündeter kapitalistischen Länder zurückgeschlagen hatten, mussten die Bolschewisten über drei lange Jahre der Belagerung hinweg die eroberte Macht verteidigen. Drei Jahre voller unaussprechlicher Leiden, gegen Feinde, nicht nur äußere, die keine Kapitulation akzeptiert hätten. Auch hier wollen wir nicht mehr wiederholen, was die Kommunisten in den letzten 150 Jahren voll erbitterter Schlachten immer wieder bekräftigt haben,

in Theorie und Praxis: noch einmal, hierfür reicht ein Blick in die Texte von Marx, Engels, Lenin, Trotzki und unsere eigenen, es reicht die Erfahrung der Arbeiter- und der kommunistischen Bewegung. Es gibt einfach nichts hinzuzufügen!

„Man muss die Macht übernehmen!“, hat Lenin immer wieder vor dem Oktober insistiert. Das ist eine Parole, die die Kommunisten immer ausgeben, auch wenn die Situation noch nicht reif ist, damit sie in die alltäglichen Kämpfe des Proletariats eindringt: in dem Sinne, dass es immer und überall um eine Frage der Kräfteverhältnisse geht. Das Proletariat, das in den Streiks und seinen Streikposten gegen die Schläger der Bosse kämpft und gegen die legalen und illegalen bewaffneten Banden des bürgerlichen Staates, muss nicht nur begreifen, dass über flüchtige Eroberungen hinaus (wie notwendig sie auch für das Überleben sein mögen), die Macht den Unterschied ausmacht - die regionale Organisationsmacht, die Klassensolidarität über alle Spaltungen hinweg, die entschlossene Reaktion auf jeden Schlag, der vom Feind ausgeführt wird. Egal wie viele Teilerfolge man erreicht hat, das letzte und wichtigste Problem, das bleibt, ist das der Macht, der eigenen Macht, die erobert und auf organisierte Art und Weise ausgeübt werden muss, ohne zu zögern und ohne gegenüber der alten herrschende Klasse Schwäche zu zeigen.

Dies gilt für jeden Aspekt, für jedes „Problem“, das aus der kapitalistischen Produktionsweise resultiert. Wie soll man zum Beispiel auch nur eine wirksame Reduzierung der Arbeitszeit durchsetzen, die Ausbeutung eliminieren, die Gesundheitsschädlichkeit, Ungleichheiten aller Art, grassierende Arbeitslosigkeit und das gesamte industrielle System reorganisieren, sodass es wirklich im Dienste, nicht des Profits, sondern der Bedürfnisse der menschlichen Spezies steht, ohne dass sich die Macht fest in der Hand des Proletariats und seiner Partei befindet? Oder noch einmal: kann man sich wirklich einbilden, heute das Problem der Umweltverschmutzung zu lösen, die wachsende hydrogeologische Instabilität, die eine Frucht der Anarchie des Kapitalismus ist, ohne eine zentrale Macht, zentralisiert und zentralisierend, die nicht nur für heute arbeitet, sondern auch für die zukünftigen Generationen?

Wenn man diese Notwendigkeit der Macht nicht versteht, fällt man unweigerlich in die Logik des feigen Reformismus zurück, die umso frustrierender ist, umso mehr die kapitalistische Zerstörung wächst und um sich greift. Im Gegenteil, nur wenn man die Notwendigkeit der Machtergreifung verstanden hat, und daher die einer zentralisierten Organisation für den Kampf um dieses Ziel, nur dann lassen sich auch Teilkämpfe für die Verteidigung der Lebens- und Arbeitsbedingungen mit der notwendigen Härte und Unnachgiebigkeit führen, die die eigene Stärke erkennen und sie den Gegner spüren lassen, seien es die Bosse oder der Staat mit allen seinen terroristischen Praktiken.

Gegen den imperialistischen Krieg

„Brot, Land, Frieden“: so hat die bolschewistische Partei besonders effektiv ihr Programm zusammengefasst und es, dank einer langen vorhergehenden Arbeit, verstanden, die Klasse der armen Bauern und Proletarier um sich zu scharen. „Brot“ und „Frieden“ bedeutete eine Gesellschaft im offenen Antagonismus mit den Gesetzen des Kapitals neu zu organisieren, die im Gegenteil ausbeuten, verelenden, verhungern lassen, was sich seit der Morgendämmerung der industriellen Revolution und der Durchsetzung der kapitalistischen Produktionsweise verewigt hat – Marx hat das im Kapital und Engels in „Die Lage der arbeitenden Klasse in England“ bereits offengelegt. In dieser effektiven Synthese haben „Land“ und „Brot“ im Verlauf des 19. Jahrhunderts immer schon den Kern der Programme sämtlicher Parteien, die es wert waren sozialistisch genannt zu werden, gebildet. Zu diesen musste sich, nach dem ersten imperialistischen Weltgemetzel, das dritte Element hinzugesellen: „Frieden“. Der widerliche Verrat der europäischen Sozialdemokratie, die sich (mit der Ausnahme kleiner Gruppen von Genossen) zugunsten der Kriegskredite in ihren jeweiligen Staaten erklärt hatte, bedeutete den Bruch mit der gesamten theoretischen und praktischen Tradition des Marxismus. Die genannten kleinen Gruppen von Genossen hatten sich in der Schweiz versammelt (1915 in Zimmerwald, 1916 in Kienthal) um den

Kurs wiederaufzunehmen, gegen den imperialistischen Krieg, den Bürgerkrieg für die Eroberung der Macht.

Noch einmal, keine Erfindung, kein „Handstreich" durch Lenin oder wer weiß wen: der Kommunismus ist kein blökender christlicher Pazifismus, er ist ein Schlachtruf, der Klassenkrieg, der alle Kriege beendet, der ein für alle mal die letzte Klassengesellschaft zerschlägt, die diese Kriege unvermeidlich produziert. Daran kann man auch den anderen schrecklichen und widerlichen Verrat des bereits triumphierenden Stalinismus (auch blutig, über die „alte Garde" des Kommunismus) sehen: der sich erst auf die Seite der einen imperialistischen Front schlug und dann auf die der anderen im zweiten imperialistischen Gemetzel! „Frieden" konnte also nur bedeuten „Krieg dem Kriege": Ergreifung der Macht - Diktatur des Proletariats und der armen Bauern geführt von der kommunistischen Partei - sofortige Beendigung sämtlicher militärischer Aktivitäten an den Fronten des imperialistischen Krieges, auch zum Preis schwerwiegender Konzessionen.

Noch einmal, die russischen Genossen haben es verstanden diese Parolen unter den Massen zu verankern, in einer allgemeinen Stimmung der instinktiven Ablehnung sich weiter in den Schützengräben massakrieren zu lassen, nicht nur unter den russischen Proletariern und armen Bauern, sondern unter einem großen Teil der „Proletarier in Uniform" in Europa wie in den Vereinigten Staaten und sogar in Australien. Wir haben bereits die Episoden der Verbrüderung auf beiden Seiten dokumentiert (und es wird nützlich sein, damit fortzufahren), ebenso die spontanen Bewegungen der Ablehnung des imperialistischen Krieges in diesen blutgetränkten Jahren. Was war Caporetto in Italien anderes, wenn nicht ein unmittelbares „Nein!" zum Massaker, mit Schüssen auf die kriegstreibenden Offiziere vonseiten der Proletarier in Uniform, die leider alleingelassen wurden von einer zitternden und legalistischen Sozialistischen Partei (aber es gab noch zahlreiche andere heroische Widerstandshandlungen die ans Licht gebracht werden sollten, wie die Bewegung in Turin vom August 1917)? In Deutschland rebellierten die Matrosen der kaiserlichen Marine in Wilhelmshaven und Kiel mehrmals im Verlauf der dramatischen Jahre 1917 und 1918 und gründeten Soldatenräte. In Frankreich nahmen die Akte der Auflehnung bereits ab 1916 zu und erreichten ihren Höhepunkt in den weitverbreiteten Meutereien im Frühjahr 1917 in der Hölle der Schützengräben von Chemin des Dames und anderen Orten (30.000 Soldaten die es ablehnten zu kämpfen; rund 3500 Verurteilungen, 554 zum Tode, davon 50 ausgeführt). Hinzu kommt die Rebellion russischer Soldaten in La Courtine, mit der Gründung eines lokalen Sowjets (eine Episode, die lange von den französischen Autoritäten geheim gehalten wurde, aber von John Reed mit zahlreichen Referenzen und Details in seinen Zehn Tage, die die Welt erschüttern erzählt wird). Die englischen Soldaten in Frankreich bildeten da keine Ausnahme (vor allem im Zusammenhang mit dem blutigen Horror der Schlachten von Ypern und Passchendaele), unterstützt von einer antimilitaristischen Bewegung in der Heimat, in den proletarischen Vierteln von Clydeside, Galles del Sud, Yorkshire, Lancashire. In den Vereinigten Staaten führten die Industrial Workers of the World eine entschlossene antimilitaristische Kampagne auf klassenkämpferischer Grundlage und wurden zum Objekt einer wütenden und rücksichtslosen Repression, und die Linke in diesem großen Zirkus der Socialist Party of America zwang die Partei dazu, wenigstens eine neutrale Position zu beziehen und ihre Gegnerschaft zum Krieg zu erklären. In Australien schlug im September 1916 die Verhaftung der „Zwölf von Sydney" großen Lärm, militante Arbeiter und Mitglieder der Industrial Workers of the World, die des Verrats angeklagt wurden und der Aufwiegelung aufgrund ihrer intensiven Aktivität gegen die Wehrpflicht...

Das sind nur einige Beispiele. Aber sie zeigen auf der einen Seite die Breite der Mobilisierung (auch der instinktiven, spontanen) gegen den Krieg aufseiten des Weltproletariats, und auf der anderen die internationale und internationalistische Perspektive die die russischen Genossen zu den drei zusammengefassten Parolen „Brot, Land, Frieden" animierte. Das ist etwas anderes als „Lenin der vom deutschen Oberkommando bezahlt wurde", wie es die dummen bürgerlichen Papageien sämtlicher Farben damals wiederholten (und darauf beharren, es heute weiterhin zu tun)! Wie bekannt ist, wurde der Vertrag von

Brest-Litowsk am 3. März 1918 unterzeichnet, wenige Monate nach dem Sturm auf den Winterpalast, um das Massaker der Proletarier auf beiden Seiten an der Ostfront zu beenden. „Eine russische Angelegenheit"? „Eine Angelegenheit von 1917"? Nein, „Angelegenheiten" die heute wieder im Zentrum der alltäglichen Arbeit der theoretischen Klärung und der Propaganda, Agitation, Überzeugung und Organisation der weltweiten kommunistischen Partei stehen müssen. „Krieg dem Kriege", oder - besser noch - die „Umwandlung des imperialistischen Krieges in den Bürgerkrieg für die Eroberung der Macht" war für die russischen Genossen nichts Zufälliges: es war der Endpunkt der gesamten verdeckten und offenen Arbeit, im Kontakt mit der proletarischen Klasse, die sich um den revolutionären Defätismus drehte, einer Arbeit der Zersetzung des zaristischen Heeres, der Zerrüttung der Hierarchien, der Erschaffung von Soldatensowjets... eine Arbeit die man nicht improvisierte, wie alle Taktiken und Strategien des Kommunismus, sondern die von langer Hand vorbereitet wird und die - noch einmal - die Anwesenheit und die emsige sowie militante Intervention der revolutionären Partei voraussetzt. Bei Strafe der Katastrophe.

Der revolutionäre Defätismus ist in der Tat integraler Bestandteil der kommunistischen Strategie und er entwickelt sich in verschiedenen Bereichen und zu verschiedenen Zeiten und nicht nur während eines laufenden Krieges. Er setzt die Einsicht über den Klassencharakter des bürgerlichen Staates und aller seiner Äußerungen voraus sowie über die Notwendigkeit seiner Zerschlagung: Marx, Engels, Lenin und 1848, 1871, 1905 lehren es. Auf seine Weise bedeutet das eine lange und tiefschürfende Arbeit an der Seite unserer Klasse, um in diese das Bewusstsein darüber einzuführen, dass die nationale Wirtschaft kein Gemeinschaftsgut ist, das gerettet und verteidigt werden muss, an dessen Altar man seine eigenen Arbeits- und Lebensbedingungen opfert; und das daher die „höheren Bedürfnisse" eine Falle sind, um das Proletariat einzufangen und es schließlich an Händen und Füßen gefesselt zur „Verteidigung des Vaterlandes" zu schleppen, in einen Bruderkrieg gegen andere Proletarier. Die Umwandlung des imperialistischen Krieges in einen Bürgerkrieg für die Ergreifung der Macht, der revolutionäre Defätismus in der Klassengesellschaft, sind zusammengefasst nur möglich, wenn sich erneut hinter dem Druck materieller Fakten und Dank der Intervention der revolutionären Partei ein Klassenantagonismus entwickelt, der jede Art von Ausgleich, von „heiligem Bund", von Interessenidentität zwischen Kapital und Arbeit, ablehnt, und der sich eigene organisatorische Strukturen zur Verteidigung der Arbeits- und Lebensbedingungen im Territorium und jenseits der Beschränkungen des Arbeitsplatzes (oder der Arbeitslosigkeit) gibt.

Und revolutionärer Defätismus bedeutet Internationalismus. Es ist klar, dass die Weigerung, sich an die Seite des nationalen Kapitals in den alltäglichen Klassenkämpfen zu stellen, und dann an die Seite des „Vaterlandes in Gefahr" in den Schlüsselphasen, die dann zum zwischenimperialistischen Konflikt führen, dass diese Weigerung eine internationale Vision und strategische Perspektive erfordert, ganz gleich, wie klar sie bereits den großen Massen des Proletariats ist. Und in der Tat wird durch die Verbreitung und Vertiefung des wirklichen Klassenkampfes - und zwar desjenigen, der aus den Zusammenstößen mit den Bossen, dem Staat und ihren politischen und gewerkschaftlichen Lakaien seine Kraft gewinnt und zugleich den breitesten gesellschaftlichen Antagonismus nährt – die klassenkämpferische und internationalistische Solidarität wiedergeboren und gestärkt. Auf der anderen Seite entwickelt sich der revolutionäre Prozess entweder international (nicht in dem dummen und banalen Sinn der „Gleichzeitigkeit", aber in dem substantiellen der Perspektive) oder dieser Prozess riskiert auf sich zurückgeworfen zu werden und schließlich die Niederlage, aufgrund externer Faktoren genauso (Aggressionen vonseiten der Koalition bürgerlicher Staaten) wie aufgrund interner Faktoren (das Übergewicht konterrevolutionärer materieller Kräfte - ökonomischer und sozialer). Paris 1871 und Russland 1917 bestätigen das auf dramatische Weise.

Daher revolutionärer Defätismus und Internationalismus. Heute steht die Welt des Kapitals immer mehr in Flammen: es ist nicht nötig noch einmal die täglichen Massaker aufzulisten, die jeden Tag das Wehklagen und den Tadel der „guten Seelen" hervorrufen, der Spießer aller Art. Sogar mehr: an allen

Brandherden aus denen die Flammen hervorschießen, akkumuliert sich weiterer Sprengstoff - die Voraussetzungen für einen dritten Weltkrieg. Hier zeigt sich daher, dass die Erfahrungen und Lehren des Oktober 1917 aktueller sind denn je, weil wir da erneut hindurch müssen. Und wenn wir es nicht schaffen den Ausbruch des zwischenimperialistischen Weltkonfliktes zu verhindern, müssen wir dafür arbeiten ihn in einen Bürgerkrieg für die Eroberung der Macht umzuwandeln. Proletarier, seht euch vor: der Rand des Abgrunds kommt immer näher!

Die Notwendigkeit der Partei

Es ist an dieser Stelle überflüssig noch einmal hinzuzufügen, dass das alles die Notwendigkeit der revolutionären Partei deutlich macht, die einzige Kraft, die in der Lage ist, die Lehren des Oktober 1917 ins heute zu übersetzen, die auch die Synthese des enormen theoretischen und praktischen Erbes des Marxismus sind. Die Lehren gelten heute und morgen, aber nur unter der Bedingung, dass sie erneut stark gemacht werden, dass sich dasjenige politische Organ weltweit etabliert, ohne das das Proletariat, trotz ausgedehnter Kämpfe, zu denen es immer fähig ist, niemals die gegenwärtige Produktionsweise beenden kann. Und das ist die dringende und nicht aufschiebbare Aufgabe all derjenigen, die aufgrund der monströsen Zerstörungskraft des Kapitalismus in seiner imperialistischen Phase nach dem Kommunismus verlangen: nicht als einen nostalgischen Slogan oder eine theoretische Proklamation oder ein existentielles Bedürfnis, sondern als eine generationenübergreifende Perspektive.

Nur unsere Partei, die jetzt seit über einem Jahrhundert, über Höhen und Tiefen der kommunistischen Bewegung hinweg, einen unerbittlichen und entschlossenen Kampf gegen jede Form des Revisionismus und Opportunismus geführt hat, die durch alle Manifestationen der gigantischsten und gnadenlosesten Konterrevolution gegangen ist, die sich jemals aufs Proletariat geworfen hat, kann diese Lektionen für die revolutionäre Strategie ziehen, die notwendig sind für den Sieg über unseren historischen Gegner: die Bourgeoisie. Nur wir, die wir von Anfang an und vor allem sofort als sich die ersten beunruhigenden Zeichen der zukünftigen Konterrevolution im Schoße der russischen Partei und der kommunistischen Internationale gezeigt haben, einen Kampf mit offenem Visier geführt haben, können den Oktober 1917 voll und ganz einfordern. Nicht wie einen Eintrag im Kalender vor dem man in frommer Ehrfurcht niederkniet, sondern wie einen Schlachtruf.



Unser Flugblatt, welches wir in mehreren Sprachen am 1. Mai in Deutschland, Italien, und der Schweiz verteilt haben:

Gegen alle imperialistischen Kriege

Viele Worte bringen nichts: nur pathetischen Traumtänzern gelingt es nicht zu sehen, dass sich in den Tiefen der kapitalistischen Ökonomie, die seit Jahrzehnten zwischen Höhen und Tiefen in der Krise steckt, ein neuer allgemeiner Konflikt vorbereitet, noch verwüstender als die zwei vergangenen Weltkriege und die unzähligen "kleinen Kriege", die diesen vorangegangen und gefolgt sind.

Dieser allgemeine Konflikt bereitet sich nicht vor, weil Donald Trump oder Kim Jong-un (oder weitere künftige Hampelmänner), dies wollen, auch wenn sie heute ein Machtwort sprechen und mit den Muskeln spielen. Die imperialistischen Kriege sind nicht das Resultat von "Machtwillen" oder von "Amokläufen" von diesem oder jenem "Diktator" (oder – noch schlimmer – von diesem oder jenem "Volk"). Sie sind das Produkt der eigenen Dynamiken des Kapitals, das dazu gezwungen ist, auf diese zurückzugreifen im Versuch, den steckengebliebenen Mechanismus der Akkumulation wieder in Gang zu setzen, durch die Zerstörung von dem, was im Exzess produziert wurde (inklusive der Arbeitskraft).

In der Epoche des Imperialismus gibt es keine "Aggressorenländer" und "angegriffenen Länder", "Schurkenstaaten" und "guten Staaten": wer sich gegenseitig angreift, sind die verschiedenen nationalen Bourgeoisien, die so den "friedlichen" Wettbewerb (sprich: Handelskrieg) fortsetzen – mit immer gnadenloseren und extremeren Mitteln – auf den sich die kapitalistische Produktionsweise stützt. Die zwei Weltkriege und die dutzenden der "kleinen" Konflikte müssten das gelehrt haben! Kein einziger Proletarier, keine einzige Proletarierin für den nächsten Konflikt, der sich vorbereitet, im Dienste der Interessen der herrschenden Klasse, ihrer Staaten und ihrer Armeen!

Die "Vaterländer", die "Nationen", die "Religionen" lassen wir bei den Bourgeoisien zurück (und ihren ergebenen kleinbürgerlichen Dienern), diese dienen dazu, die Proletarier loszuschicken, damit sie sich an der Kriegsfront in deren Namen massakrieren. Wir haben keine "Vaterländer" und keine "Nationen" zu verteidigen, oder "Religionen" zu propagieren: unser Krieg kann nur der Klassenkrieg sein, von Proletariern gegen die Bourgeoisie, um letztendlich die Macht zu erobern und eine Gesellschaft ohne Klassen, ohne Ausgebeutete und Ausbeuter ins Leben zu rufen.

Organisieren wir uns deshalb außerhalb des Gefängnisses der Lohnarbeit und vereinigen wir Beschäftigte und Erwerbslose, Prekäre, Junge und Alte in territorialen proletarischen Kampforganismen, offen für alle ohne Unterscheidung nach Geschlecht, Nationalität, Berufsgruppe, politischer Zugehörigkeit, als Basis für die Wiederaufnahme von realer klassengewerkschaftlicher Arbeit. Es ist der erste unentbehrliche Schritt, um uns heute gegen die Angriffe des Kapitals (der Arbeitgeber, des Staates und seiner legalen und illegalen bewaffneten Banden und der staatstragenden Gewerkschaften) zu verteidigen, mit der nationalen Einheit zu brechen und sich der Kriegspolitik von allen Regierungen zu widersetzen, und uns auf den zukünftigen Angriff auf die bürgerliche Macht vorzubereiten. Aber um dieses Ziel zu erreichen, ist es von fundamentaler Wichtigkeit, an der Festigung und Verankerung der Internationalen Kommunistischen Partei zu arbeiten, die unentbehrliche Führung des revolutionären Prozesses. Wir haben keine Zeit zu verlieren!

Kontaktadressen:

Kommunistisches Programm,
c/o Rotes Antiquariat, Rungestraße 20, 10179 Berlin
E-Mail: kommunistisches-programm@gmx.de

Istituto Programma Comunista
Casella postale 272, Poste Cordusio, 20101 Milano
E-Mail: info@partitocomunistainternazionale.org

www.partitocomunistainternazionale.org

Sektionen:

Berlin, Benevento, Bologna, Mailand, Messina, Rom, Turin

Impressum

Kommunistisches Programm

Herausgeberin (V.i.S.d.P.): Stefanie Meier, Skalitzer Straße 73, Berlin-Kreuzberg

Druck: Eigendruck im Selbstverlag